

Vierteljahresschrift
für Stadtgeschichte,
Stadtsoziologie, Denkmalpflege
und Stadtentwicklung



36. Jahrgang

Heft 4/2009

BAG - Verlag

BORIS PODRECCA

Der öffentliche Raum – Hier oder irgendwo?

CHRISTINE BAUHARDT

Gleichheit – Differenz – Örtlichkeit:
Demokratie und öffentlicher Raum

ROBERT KALTENBRUNNER

Zum Wechselspiel von Architektur, Urbanismus
und Temporalität

STEFANIE FÖBKER

Innerstädtische Wanderungen unter
Schrumpfungsbedingungen

MARKUS HÄFNER

Wiederaufbau nach 1945: Das Beispiel Hanau

UWE ALTROCK

„Die autogerechte Stadt“ – 50 Jahre danach neu gelesen

BERNHARD SCHÄFERS

Kommentar: Baukultur und gesellschaftlicher Wandel

Die alte Stadt

Vierteljahrszeitschrift für Stadtgeschichte,
Stadtsoziologie, Denkmalpflege und Stadtentwicklung

Herausgegeben von der Arbeitsgemeinschaft Die alte Stadt
in Verbindung mit Gerd Albers, Helmut Böhme, Friedrich Mielke,
Jürgen Reulecke, Erika Spiegel und Jürgen Zieger

Redaktionskollegium:

HANS SCHULTHEISS (Chefredakteur) -
Dr. Nina Ehresmann (Besprechungen)
PROF. DR. HARALD BODENSCHATZ, TU Berlin,
Institut für Soziologie - PROF. DR. DIETRICH
DENECKE, Universität Göttingen, Geographisches
Institut - PROF. DR. ANDREAS GESTRICH,
Deutsches Historisches Institut, London -
PROF. THERESIA GÜRTLER BERGER, Zürich -
PROF. DR. TILMAN HARLANDER, Universität
Stuttgart, Institut Wohnen und Entwerfen -
PROF. DR. JOHANN JESSEN, Universität Stuttgart,
Städtebau-Institut - PROF. DR. URSULA VON
PETZ, Universität Dortmund - VOLKER ROSCHER,
Architektur Centrum Hamburg - PROF. DR.
JOACHIM SCHULTIS, Heidelberg - PROF. DR.
DIETER SCHOTT, TU Darmstadt, Institut für
Geschichte - PROF. DR. HOLGER SONNABEND,
Universität Stuttgart, Historisches Institut.

Redaktionelle Zuschriften

und Besprechungsexemplare werden an die
Redaktionsadresse erbeten:
Die alte Stadt, Postfach 100355, 73728 Esslingen.
Tel.: 0711 - 3512 - 3242, Fax: 0711 - 3512 - 2418.
Email: Hans.Schultheiss@esslingen.de
Internet: <http://www.alte-stadt.de>

Die Zeitschrift Die alte Stadt ist zugleich Mit-
gliederzeitschrift der ca. 110 Städte umfassenden
Arbeitsgemeinschaft Die alte Stadt e.V.

Erscheinungsweise:

jährlich 4 Hefte zu je mind. 88 Seiten.

Bezugsbedingungen:

Jahresabonnement EUR 85,- Einzelheft EUR 24,-
Vorzugspreis für Studierende EUR 64,- jeweils
zzgl. Versandkosten.

Ein Abonnement gilt, falls nicht befristet bestellt,
zur Fortsetzung bis auf Widerruf. Kündigungen
des Abonnements können nur zum Ablauf eines
Jahres erfolgen und müssen bis zum 15. November
des laufenden Jahres beim Verlag oder der Redak-
tion der Arbeitsgemeinschaft Die alte Stadt einge-
gangen sein.

Verlag:

Bernhard Albert Greiner Verlag (BAG-Verlag),
Olgastraße 13, 73630 Remshalden.
Tel.: 07151/2766-45, Email: info@bag-verlag.de
Anzeigenleitung: Dr. Claudia Greiner

Mit Namen gekennzeichnete Beiträge geben nicht
unbedingt die Meinung der Redaktion wieder.
Redaktion und Verlag haften nicht für unverlangt
eingesandte Manuskripte. Die der Redaktion an-
gebotenen Originalbeiträge dürfen nicht gleich-
zeitig in anderen Publikationen veröffentlicht
werden. Mit der Annahme zur Veröffentlichung
überträgt der Autor der Arbeitsgemeinschaft Die
alte Stadt und dem Verlag das ausschließliche Ver-
lagsrecht für die Zeit bis zum Ablauf des Urheber-
rechts. Eingeschlossen sind insbesondere auch das
Recht zur Herstellung elektronischer Versionen
und zur Einspeicherung in Datenbanken sowie das
Recht zu deren Vervielfältigung online und offline.
Alle in dieser Zeitschrift veröffentlichten Beiträge
sind urheberrechtlich geschützt. Kein Teil der
Zeitschrift darf außerhalb der engen Grenzen des
Urheberrechts ohne schriftliche Genehmigung des
Verlags in irgendeiner Form reproduziert oder in
eine von Maschinen, insbesondere von Datenver-
arbeitungsanlagen verwendbare Sprache über-
tragen werden.

Druck: Druckerei Dünnbier, Großschönau

© 2009 BAG-Verlag, Remshalden
Printed in Germany. ISSN 0170-9364
ISBN für dieses Heft: 978-3-86705-060-9

Inhalt

ERIKA SPIEGEL, Gerd Albers zum 90. Geburtstag	411
---	-----

ABHANDLUNGEN

BORIS PODRECCA, Der öffentliche Raum – Hier oder irgendwo?	415
CHRISTINE BAUHARDT, Gleichheit – Differenz – Örtlichkeit: Demokratie und öffentlicher Raum	423
ROBERT KALTENBRUNNER, Die Zeit bedenken – zum Wechselspiel von Architektur, Urbanismus und Temporalität	435
STEFANIE FÖBKER, Selektive Abwanderung oder Umzugschancen für alle? Eine Fallstudie zu innerstädtischen Wanderungen unter Schrumpfbedingungen	447
MARKUS HÄFNER, Der Wiederaufbau der deutschen Mittelstädte nach 1945 und seine Bedeutung für die heutige Stadtplanung am Beispiel Hanau	461

AUTORINNEN / AUTOREN	475
-----------------------------------	-----

FORUM

UWE ALTROCK, Höhepunkt der Moderne oder Wende zur Nachmoderne? „Die autogerechte Stadt“ von Hans Bernhard Reichow – 50 Jahre danach neu gelesen	476
BERNHARD SCHÄFERS, Baukultur und gesellschaftlicher Wandel. Kommentar zu einer aktuellen Neuerscheinung	481
HEIKE DELITZ, Tagungsbericht: Soziologische Analysen des aktuellen Städtebaus	485

OTTO-BORST-PREIS

Auslobung des Sanierungspreises 2010	489
--	-----

BESPRECHUNGEN

BERND FUHRMANN, Die Stadt im Mittelalter (<i>Hiram Kümper</i>).....	491
ANNE-KATHRIN REICH, Kleidung als Spiegelbild sozialer Differenzierung. Städtische Kleiderordnungen vom 14. bis zum 17. Jahrhundert am Beispiel der Altstadt Hannover (<i>Immo Eberl</i>)	492
RUDOLF BENL (Hrsg.), Der Erfurter Fürstenkongreß 1808 (<i>Ulman Weiss</i>).....	492
LANDESHAUPTSTADT ERFURT (Hrsg.), „in unserer unbeschreiblich bedrängten Lage“. Erfurt als Domäne Napoleons 1806-1814 (<i>Ulman Weiss</i>)	493
LANDESARCHIV BERLIN (Hrsg.), Stadtpläne von Berlin. Geschichte vermessen (<i>Thomas Wolfes</i>)	494
SABINE MECKING/ANDREAS WIRSCHING (Hrsg.), Stadtverwaltung im Nationalsozialismus. Systemstabilisierende Dimensionen kommunaler Herrschaft (<i>Thomas Wolfes</i>)	496
BERNHARD GOTTO, Nationalsozialistische Kommunalpolitik. Administrative Normalität und Systemstabilisierung durch die Augsburger Stadtverwaltung 1933-1945 (<i>Markus Pöhlmann</i>)	497

Gerd Albers zum 90. Geburtstag

von Erika Spiegel

Am 20. September dieses Jahres wurde Gerd Albers, als Mit-herausgeber, Autor und verlässlicher Ratgeber dieser Zeitschrift wie auch der Vereinigung „Die Alte Stadt“ seit Jahrzehnten eng verbunden, 90 Jahre alt. Auch die Denkmalpflege verdankt ihm viel. Dabei wird die ganze Spannweite seiner Beiträge gerade in seinen beiden letzten



Gerd Albers und Erika Spiegel bei der Herausgeber- und Redaktionskonferenz der Zeitschrift *Die alte Stadt* 2006 in Freiberg/Sachsen.

Aufsätzen in dieser Zeitschrift besonders deutlich: in seinem Beitrag in memoriam August Gebeßler, in dem er, unter dem Titel „Alte Stadt und neue Zeit“, in einem weiten Bogen das inhärente Spannungsverhältnis zwischen Kontinuität und Wandel, Bewahren und Verändern nachzeichnet, und dem Beitrag „Altstadt wohin? – Die Jahre um 1970“ vom Herbst 2006, in dem er mit genauer Quellenkenntnis und sicherem Blick die zahlreichen Institutionen – von der UNESCO und dem Europarat über den Deutschen Städtetag bis zum Bundesverband der deutschen Industrie – zu Wort kommen lässt, die schon ab Mitte der 1960er Jahre zum „Aufbruch in die Vergangenheit“ aufriefen – wobei er selbst als Vorsitzender des 1972 von der Deutschen UNESCO-Kommission eingesetzten Ausschusses „Historische Stadtzentren“ nicht den geringsten Anteil daran hatte.

Dabei waren ihm weder die spezifische Perspektive noch das methodische Werkzeug des Historikers in die Wiege gelegt. Als Sohn eines Hansischen Kaufmanns 1919 in Hamburg geboren, verbrachte er die prägenden Jahre von 1937 bis 1946 im Dienst der Deutschen Kriegsmarine, zuletzt, nach Kriegsende und Internierung durch die Engländer, als verantwortlicher „Kapitänleutnant und Stützpunktkommandant“ – so die offizielle Dienstbezeichnung – eines Marinestützpunktes in Südnorwegen, in dem nicht nur Angehörige des unter internationaler Flagge operierenden Minenräumdienstes, sondern auch versprengte Marineangehörige und Marinehelferinnen samt ihren 23 Klein-

kindern zusammengezogen worden waren, wohl um die tausend nicht eben gleich gestimmte Insassen, die untergebracht, gepflegt, sinnvoll beschäftigt, gelegentlich auch zur Ordnung angehalten werden mussten – eine Aufgabe, für die es in keiner Marinevorschrift Anweisungen gab, die aber der 26jährige Kommandant mit ebensoviel Organisationstalent wie natürlicher Autorität und, nicht zuletzt, Humor meisterte.

Auch die anschließenden Studienjahre in Hannover und Chicago, die ihm 1950 den Master of Science in City Planning, 1951 das deutsche Diplom einbrachten, waren eher durch die zukunftsgläubige Aufbruchstimmung dieser Jahre als durch eine Neigung zu historischen Rückblicken geprägt, und wenn, dann am ehesten am Beispiel seiner Lehrer Ludwig Hilberseimer („Mr. Hilbs“) und Mies van der Rohe am Illinois Institute of Technology, die mit ihren Erfahrungen und Überzeugungen viel vom Geist der Zwanziger Jahre in die Emigration hinübergerettet hatten.

Die folgenden Jahre, von 1952 bis 1961, waren in erster Linie durch die praktische Arbeit als Stadtplaner geprägt, zunächst als Sachbearbeiter im Planungsamt der Stadt Ulm, dann als Planungsamtsleiter in Trier, schließlich als Oberbaudirektor in Darmstadt, von wo aus er schon nach zwei Jahren zum Ordinarius für Städtebau, Orts- und Regionalplanung an der TH München berufen wurde, Tätigkeiten, die sich auf Dauer in einer souveränen Beherrschung des planerischen Handwerks – einschließlich seiner gesetzlichen Voraussetzungen und politischen Bezüge – niederschlagen sollten.

In diese Jahre fällt aber auch die Fertigstellung seiner Dissertation und 1957 die Promotion bei Erich Kühn in Aachen, und zwar mit einem Thema, das bereits die Weichen für seine spätere wissenschaftliche Arbeit und die ihr zugrunde liegende „Philosophie“ stellen sollte: „Über den Wandel der Wertmaßstäbe im Städtebau“, eine Arbeit, in der er anhand einer zielgenauen Auswertung der einschlägigen Fach- und Lehrbücher der Jahre 1870 bis 1956 die wichtigsten Gegenstände der Planung, ihre Zielsetzungen, nicht zuletzt ihr Mandat und ihr Selbstverständnis herausgearbeitet und in die jeweiligen historischen Zusammenhänge gestellt hat.

Nicht ohne Grund gilt Gerd Albers daher nach wie vor als einer der besten Kenner, wenn nicht als Begründer der Geschichte des Städtebaus und der Stadtplanung in Deutschland, dies auch und gerade in ihren internationalen Bezügen, die sonst oft vernachlässigt werden. Es gibt bis heute keine Windung dessen, was er gern als „Zeitgeist“ bezeichnet, die er nicht früh erkannt, in ihren Ursachen, Erscheinungsformen und Auswirkungen durchleuchtet, zu der er im Zweifelsfalle nicht auch kritisch Stellung bezogen hätte.

Leider dürfte den meisten deutschen Lesern eine bezeichnende Passage aus einer englischen Fachzeitschrift entgangen sein, in der er im Hinblick auf den Wiederaufbau des Berliner Schlosses deutlich genug sagt, dass „it could well be argued that respect for history would find better expression in the maintenance and new use of the Palace of the Republic, once built to symbolize the German Democratic Republic, than in the Federal Assembly’s decision to do away with it and to reconstruct the totally ra-

zed Berlin castle of the seventeenth century – accompanied by a desperate search for adequate uses.“¹

Es würde den Rahmen dieses Heftes sprengen, wollte man auch nur die wichtigsten Themen und Anliegen nennen, die Gerd Albers mit seinen Arbeiten verfolgt hat. Schon wegen ihrer Breitenwirkung soll aber doch kurz auf die seit 2008 in dritter, zusammen mit Julian Wékel überarbeiteter Auflage seiner 1988 erstmals erschienenen („praxis-orientierten“) Einführung in die Stadtplanung² eingegangen werden, zumal auch diese, wie es im Vorwort heißt, „nicht allein auf die fachlich-technischen Aspekte der Stadtplanung gerichtet (ist), sondern auch auf die Auseinandersetzung mit den ihr zugrundeliegenden Zielen und Wertmaßstäben.“ Dabei sind nicht nur für künftige Denkmalpfleger, sondern auch und gerade für Stadtplaner, die mehr und mehr auf das „Bauen (und Planen) im Bestand“ verwiesen sind, vor allem die Passagen wichtig, in denen die „Verknüpfungen der Stadtplanung mit der Denkmalpflege“ behandelt und Hinweise zur „Bewahrung und Bestandspflege“ gegeben werden.

Dabei geht es zum einen um die zwar jahrhundertealte, aber jedes Mal neu zu bewältigende Aufgabe, historische Gebäude nicht zu musealisieren, sondern durch jeweils zeitgemäße Nutzungen lebendig zu halten, dabei aber ihre spezifische Eigenart zu bewahren, zum anderen um den keineswegs leichteren Auftrag, auch umfassendere, sozial, ökonomisch oder technisch bedingte Entwicklungsschübe in überlieferte Maßstäbe und Strukturen einzupassen – oder aber sie von empfindlichen Gebieten fernzuhalten und ihnen Alternativen an anderer Stelle zu eröffnen.

Bei Festschriften ist es alter Brauch, die Beiträge der Fachkollegen durch eine Zusammenstellung der Veröffentlichungen des Geehrten abzurunden, selbst wenn diese, wie hier, mehrere hundert Titel umfassen dürften. Auch dies würde jedoch nur einen höchst unzureichenden Eindruck der Leistung und Wirkung von Gerd Albers vermitteln, vor allem keinen Eindruck seiner Präsenz als Person. Dabei geht es auch nicht nur um Zahl, Ansehen und Einfluss der „großen“ Ämter, die er, oft über lange Jahre hinweg (und immer neben, aber nie unter Vernachlässigung seiner Lehrtätigkeit), ausgeübt hat und die in keiner Vita fehlen: vom Rektorat der TH München (1965-1968) über die Präsidenschaften der Bayerischen Akademie der Schönen Künste (1974-1983), der Deutschen Akademie für Städtebau und Landesplanung (1985-1991) und der „International Federation for Housing and Planning“ (1975-1978) bis zur Leitung des Instituts für Städtebau und Wohnungswesen München der Deutschen Akademie für Städtebau und Landesplanung, die er 29 Jahre lang, von 1962 bis 1991, innehatte.

Weit seltener erwähnt werden die unzähligen Gremien, die Räte und Beiräte, die Fach-, Gutachter- und Redaktionsausschüsse, die Kommissionen, Arbeitsgemeinschaften und Arbeitskreise, in denen Gerd Albers mitgewirkt und die er vielfältig geprägt

1 G. Albers, Urban development, maintenance and conservation: planning in Germany – values in transition, in: *Planning Perspectives*, 21 (January 2006) p. 62.

2 G. Albers/J. Wékel, *Stadtplanung. Eine illustrierte Einführung*, Darmstadt 2008.

hat, meist als Vorsitzender, bei dem Initiatoren wie Mitglieder stets davon ausgehen konnten, dass nicht nur die Qualität der Arbeit, sondern auch gesichert war, dass Termine eingehalten und ein vorzeigbares Produkt abgeliefert werden würde, vorzeigbar auch in dem Sinne, dass Ergebnisse und Empfehlungen knapp und klar formuliert und dabei auch politische und finanzielle Restriktionen zur Sprache gebracht sein würden. Nicht umsonst galt und gilt Albers als Meister der präzisen und treffenden Formulierungen, dazu einer unvergleichlichen Gabe, Skepsis und Kritik deutlich genug, aber nie verletzend und notfalls auch noch in Nebensätzen unterzubringen. Vielen ist er aber auch bekannt als Freund (und gelegentlicher Konkurrent) aller derer, die, vom unbekannten Schüttelreimer über Edward Lear bis zu Christian Morgenstern, mit der Sprache auch hintersinnige Kapriolen zu schlagen wussten.

Besonderen Dank schuldet ihm aber auch der Städtebau als Profession. Es war weitgehend seiner Initiative zuzuschreiben, wenn 1968/69 in Dortmund der erste Ausbildungsgang für Stadtplaner in Deutschland eröffnet werden konnte; und auch Konzeption und Ausgestaltung des damaligen Studiengangs Städtebau/Stadtplanung an der TU Hamburg-Harburg verdanken ihm viel. An Breitenwirkung nicht zu unterschätzen sind aber auch die Hunderte von Fortbildungskursen, die er als Leiter des Instituts für Städtebau und Wohnungswesen München durchgeführt hat, Kurse, in denen er fast immer selbst das Einführungsreferat hielt und als Diskussionsleiter dafür sorgte, dass alle Fragen der Teilnehmer möglichst erschöpfend beantwortet und auch ihre Erfahrungen mit eingebracht werden konnten.

Als sein Lehrstuhl, vermutlich noch etwas erschöpft von der Festschrift zum 60. Geburtstag, darüber nachsann, ob und wie man dem Professor auch zur Emeritierung eine Freude bereiten könnte, entschied man sich dafür, langjährige Weggefährten um persönliche Erinnerungen oder Anmerkungen zu bitten. Leider ist das kleine Buch, das daraus entstanden ist, der Öffentlichkeit weitgehend unbekannt geblieben, sollte es wohl auch bleiben. Trotzdem sagt es mehr über Person und Persönlichkeit von Gerd Albers aus als es jede Festschrift vermöchte. Die von den unterschiedlichsten Verfassern in den unterschiedlichsten Zusammenhängen immer wieder genannten Stichworte bedürfen denn auch keines Kommentars: Geradlinigkeit und Offenheit, Verlässlichkeit und Loyalität, Noblesse und Sensibilität, aber auch Standfestigkeit und Kampfbereitschaft, wenn es um „essentials“ ging...

Es ist gute Sitte, am Ende einer Laudatio dem Laureaten für die Zukunft vor allem gute Gesundheit und unverminderte Schaffenskraft zu wünschen. Hier soll der Wunsch hinzugefügt werden, dass auch sein – von Max Webers Definition von Politik als Beruf abgeleitetes – Verständnis von Stadtplanung als „beharrliches Bohren dicker Bretter mit Leidenschaft und Augenmaß“ weiterhin Schule machen möge.

Der öffentliche Raum – Hier oder irgendwo

Wenn ich hier zum Thema „Öffentlicher Raum – Hier oder irgendwo“ spreche,¹ ist mir bewusst, dass man das Wort *offen* oder *öffentlich* einer genauen Analyse unterziehen müsste. Doch im Sinne einer angelsächsischen *convenience*, aber auch aus Zeitgründen, erlaube ich mir, dies vorerst zu überspringen.

Ich werde nicht bloß als Architekt fachbezogen sprechen, sondern versuchen eine allgemeine Zeitdiagnose zu erstellen, der zufolge der Stadtraum als Behälter unserer beschleunigten Existenz seine Eigenart, seine Balance zu verlieren droht. Dieser offene Raum – ich beziehe mich im wesentlichen auf unseren europäischen Raum – scheint an der Entfesselung des Wohlstands keinerlei Mitverantwortung tragen zu wollen und hat bisher mit *Labels* geantwortet, mit Beschönigung und Kompensation auf die Bedürfnisse unserer offenen Gesellschaft.

Der öffentliche Raum und die Stadt – zwei untrennbare Begriffe des europäischen Stadtbildes. Ohne den zivilen öffentlichen Raum kann die europäische Stadt nicht sein. Der offene Raum war immer ein Begriff für Kultur, für Begegnung und für geistige Freiheit.

Was aber ist der Raum unserer Gesellschaft, und gibt es überhaupt einen prototypischen Raum? Übergeben wir der nächsten Generation ein signifikantes Bild unseres Zusammenseins in geordneten Verhältnissen, an dem unsere Zeit annähernd ablesbar sein wird? Oder anders gefragt, kann man heute mit einem homogenen Raumtypus auf die Bedürfnisse der Gesellschaft antworten?

Planer, Soziologen, Stadtpsychologen haben uns bis zum Überdruß erklärt, dass die Bodenhaftung sozialer Milieus weitgehend verloren gegangen ist und die Demontage regionaler Substrate im städtischen Raum zu einem globalisierten Esperanto führt. Doch die Geschichte des öffentlichen Raumes, zumindest im europäischen Kontext mit ihren vielfachen Überlagerungen lehrt uns, dass im Globalen, mehr als vermutet, regionale und autochthone Echos zu finden sind. Daher wäre es hier unsinnig, ein allzu eingeschränktes *retour à l'origine* zu reklamieren. Zu diesen Phänomenen gesellen sich der Anstieg der Mobilität, die territoriale Entgrenzung und die

1 Schriftliche Fassung des Vortrags auf der Internationalen Städtetagung der Arbeitsgemeinschaft Die alte Stadt am 8. Mai 2009 in St. Pölten/Österreich.

daraus folgende Entkoppelung sozialer Beziehungen.

All dies und viel mehr scheint zur Auflösung des traditionellen öffentlichen Raumes zu führen. Vornehmlich tendiert der mitteleuropäische Mensch zu einer abgesicherten Sesshaftigkeit. Dies erzeugt Affekte, manchmal auch einen Affektüberschuss seinem Umfeld gegenüber. Zum Vergleich widersetzt sich die Mobilität des amerikanischen Arbeitnehmers der territorialen Zuständigkeit und trägt daher zum Abbau jeglicher Ortsaffekte und Sentimentalitäten bei. Sein Bezug

zum öffentlichen Raum ist daher austauschbar und von lateralem Interesse. Diesen mobilen, liquiden, städtischen Raum bezeichnet man bloß als *Umgebung*, und die neu entstehenden bzw. wandernden Räume der Stadt, Räume, die nur kurzzeitig aufgesucht werden, als mobile, umgestaltbare *Szenarien*. Der Ortsbezug spielt hier keine Rolle.

Die Steigerung des Lebensstandards, die Entkonventionalisierung der Beziehungen und die soziale Durchmischung, vor allem bei unseren östlichen Nachbarn, hat den öffentlichen Raum zusätzlich fragmentiert. Der Aktionsradius eines gemeinsamen affektiven Lebensraumes wurde somit gesprengt. In Belgrad zerbricht man sich den Kopf, ob eine neue Oper diesseits oder jenseits der Donau, in der Altstadt oder in Novi Beograd gebaut werden soll. Die kaputten Trottoirs und die abgewrackten Zwischenräume hingegen werden weder gesehen noch thematisiert. Diese Blindheit mag sich daraus ergeben, dass jegliche Wiederbelebung des Stadtraumes ohnehin keinen Profit abwerfen würde, weil er sozusagen niemanden gehört. Öffentlicher Raum eignet sich nicht für die Rendite.

Ganz im Gegensatz dazu beobachten wir in der zentraleuropäischen Hemisphäre mit ihrem Vorsprung beim Lebensstandard und einem Stadtraum, der sich längst zum Kaufraum emanzipiert hat, ein anderes Phänomen: Hier geht das Salz und Pfeffer des Öffentlichen, der wahre Animateur, der Plätze schuf, nämlich die Mittelschicht, uns langsam verloren.

Die Veränderung der sozialen Strukturen wird derzeit viel diskutiert, insbesondere die Zunahme der Ober- und Unterschicht zu Lasten der Mittelschicht. Das bedeutet, dass ein bestimmtes bürgerliches Milieu trotz seiner spezifischen Bildung schwächer wird, und der Segregationsprozess – das Schlimmste, was der Virulenz des öffent-



Abb. 1: Piazza Tartini (Piran, Slowenien 1986-1989);
Foto: U. Trnkoczy.



Abb. 2a und 2b: Piazza XXIV Maggio (Cormons, Italien 1989/90); Fotos: D. Gale.

lichen Raumes passieren kann – sich merkbar zuspitzt. Daher stelle ich mir die Frage: Für wen gestalten wir Architekten den offenen Raum? Wer ist unser Adressat, wer hört uns zu? Hat die *face-to-face*-Begegnung noch Bedeutung oder gibt es bloß noch Interaktion?

Die Praxis der Gestaltung der offenen Räume lehrt mich, dass die Physis unserer zentraleuropäischen Stadt und ihrer Begegnungs- und Kulturräume, trotz ihrer relativen Eigenart und Abgegrenztheit eine gewisse Durchlässigkeit und Assimilation verträgt. Und sei es mit einem Hauch von Anarchie oder Irritation. In der Organisation dieser Räume muss man die Einzigartigkeit gegenüber der digitalisierten Konfektionierung der Welt suchen. Im Grunde setzen wir uns dabei für die Erhaltung des Körperhaften in der Stadt ein und stellen uns der Hyperrealität und Entmaterialisierung des computererzeugten Raumes entgegen.

Wer wird die neuen Räume gestalten und somit zum Abbau der Segregation und der lauten Selbstdarstellungs-Szenarien im öffentlichen Raum beitragen? Meistens geben Architekturschulen wenig Antworten auf die gesellschaftsrelevanten Fragestellungen das *Revival* des offenen Stadtraumes betreffend. Dort wird nach wie vor klassischer Urbanismus oder rudimentärer Siedlungsbau gelehrt – es herrscht weiter die Trennung als alteuropäische Dichotomie von Theorie und Praxis. Plätze, Milieus, Lebensräume, Wasser und Schatten, der Eros der Materialität, der Gusto des Haptischen und der Atmosphäre – um nur einige Themen zu erwähnen – all das wurde vom vererbten Institutsdenken exkommuniziert. Und so wächst eine Architekten-Generation heran, die unvorbereitet den faktischen Aufgaben der Breite und Komplexität des offenen Raumes für die offene Gesellschaft gegenübersteht. Dabei ist es augenscheinlich, dass man hier

keinen hoffnungslosen Theoriepragmatismus, sondern vielmehr eine *Ökologie des Geistes*, wie sie Sloterdijk nennt, benötigen würde.

Stadtraum gestalten zählt zur Sphäre der breiten Temporalität und ist kein Terrain für die Avantgarde. Es geht um künftige Vergangenheit und revolutionäre Beruhigung.

Gleichzeitig erleben wir zu unser aller Überraschung eine langsame Renaissance des purifizierten und entschlackten Stadtraumes. Ein Phänomen, das man nicht übersehen darf. Der städtische Raum, der im letzten Jahrzehnt als *Umwelt* getarnt war, wird wieder hoffähig. Die nächste Stufe dieser Aufmerksamkeit, abseits seiner ökologischen Gesundung, fragt nach seinem *Couleur*, nach seinem Sinn, nach einem spezifischen Topos und Typus, nach Ethnizität und nach der Balance zwischen Lokalem und Globalem – oder, wenn man es auf einen Begriff reduzieren möchte, nach seinem Charakter. Man versucht, verfremdete Stadtmilieus zu reanimieren und ihrer bereits stattgefundenen *Entortung* entgegenzutreten. In diesem Zusammenhang beobachten wir, wie die progressive Sicht des Urbanismus, einer Wissenschaft, die heute im Absinken begriffen ist, angesichts des Ausbleibens relevanter Stadt-Neubauprojekte in Europa vom Retrograden, oft allzu Denkmalämtlerischen abgelöst wird.

Die Verlusterfahrung alter baulicher Substanz im eigenen Umfeld führt zu seiner oft hypertrophen Wertbemessung. Noch nie war in der Menschheitsgeschichte das Denkmal oder das, wofür es gehalten wird, so *untouchable* wie heute. In uns ist der Barbar, um es metaphorisch auszudrücken, verloren gegangen, der für die kulturelle Progression notwendig war.

Der postmoderne Druck, der aus etwas naiver Sehnsucht nach Historie, vornehmlich aus dem anglo-amerikanischen Raum explosionsartig auch Europa vereinnahmt hat, hat einen institutionalisierten aber auch aktionistischen Beitrag zu den retrograden Umtauschregeln der Verdenkmalung geleistet. Beide Wendungen zur Wiederkehr des



Abb. 3: Hauptplatz (Leoben, Österreich, 1995-1997), Foto: G. Zugmann.



Abb. 4: Marktplatz
(Ottensheim, Österreich,
2000-2002).

Abb. 5a: Praterstern, Bahnhof
Wien Nord (Wien, Österreich,
2002-2009) mit B. Edelmüller.



Gestrigen traten in eine innige Allianz mit der turbokapitalistischen Arroganz und Aggression des Stadtraumes der 1980er und 1990er Jahre. Als unentbehrlich galt schon damals der Mainstream, das Logo und die Marke, gedeckt durch den Mehrwert der Historie. Plätze und Straßen schienen vom Schamgefühl des Leeren erfasst.

Immerhin profitiert heute die Wiedergeburt des Raumes auch vom Kollaps der bipolaren, geopolitischen Welt, in der der öffentliche Raum nicht mehr als eine Art Luft zum Atmen war und wie in den ehemaligen Oststaaten lediglich als Tablett für den ideologischen Überbau gedient hat. Erst durch den Zerfall der Sowjetstaaten wurden von uns neue Regionen, Orte und Plätze entdeckt und die Neugierde für Geschichte und Besonderheiten vergessener Kulturen geweckt. Ein neues Bewusstsein für unsere Orte und Plätze, für die Enge, Breite und Tiefe von Räumen, für ihre Geschichte und



Abb. 6: Piazza Unità (Triest, Italien, 1999)



Abb. 7: Lungomare mit Nautic-, Hotel- und Kongresszentrum (Triest, Italien, 2002), Wettbewerb 1. Preis.

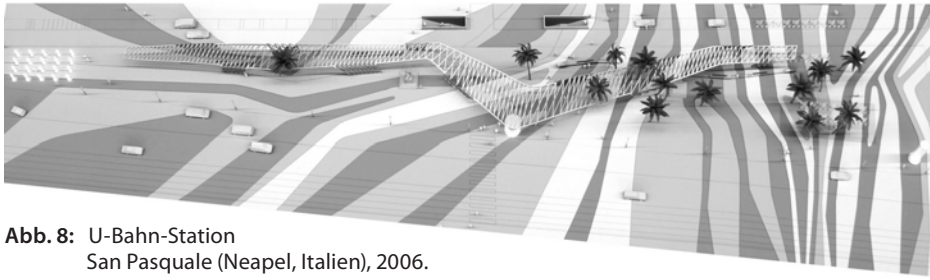


Abb. 8: U-Bahn-Station
San Pasquale (Neapel, Italien), 2006.

Spezifika findet langsam statt und lässt hoffentlich einen neuen Typus des Bildungsbürgers aufkommen.

Das Thema meiner Ausführungen und Bilder zielt auf Möglichkeiten, nach all diesen Erfahrungen unseren Lebensraum, unsere Begegnungskultur im Bildungs- und Kreativraum neu zu definieren. Und ich denke, man sollte diesem Sachverhalt noch ein wenig weiter auf den Grund gehen. Gibt es in der Tradition unserer Raumgeschichte etwas Ableitbares für unsere Zeit? Sind unsere identitätsprägenden und unverwechselbaren Orte, die verschiedenen Inseln im gleichen Meer gestalterisch fassbar oder ist der Begriff des *Hier* wie bereits erwähnt zu einem *Irgendwo* oder gar zu einem *Überall* geworden?

Meine Arbeit als Architekt schlägt im Wesentlichen in diese Kerbe und impliziert Entscheidungsstrukturen jenseits der Prinzipien der Wachstumsökonomie, selbst wenn im extremen Fall Übereinkünfte notwendig sein sollten. Die daraus resultierenden Angebote sollen stets revidierbar sein und müssen immer wieder neu erstritten werden. Ich will Redundanzen zumindest *meines* zentraleuropäischen Raumes aktualisieren und weiterentwickeln.

Um neues Vertrauen für den öffentlichen Raum der gebauten, gelebten Stadt zu gewinnen, wird man sich auf Methoden der gestalterischen Verdichtung der spezifischen Orte beziehen müssen, im vollen Ausschöpfen der Modernität. Ich sage bewusst Modernität und nicht das Neue, als Substrat einer zeitgeistigen Moderne. Hierzu möchte ich bemerken, dass Modernität immer utopisch war, dass ihre wissenschaftlichen Erkenntnisse und deren Anwendung nicht nur auf individuelle Urheber, auf das Unverwechselbare des Ortes, auf regionale Besonderheiten fixiert waren, sondern dass sie grenzenlos, ja bedingungslos für das gesamte Gestaltungsfeld galt. Aber als Utopie prallt sie auf die systematische Verselbständigung von Interessen, auf die Entgrenzung der Räume und auf die beklagte Ort- und Heimatlosigkeit unseres öffentlichen Raumes.

Wenn der öffentliche Raum substantiell renaturiert und nicht behübscht sein will, muss er die Lust und die Sinnlichkeit von Parallelbildern, die zugleich Heimat, Bühne und Werkstatt bedeuten, in sich tragen. Die Methode, die ich mir für diese neue Lesbarkeit der Orte zu Eigen mache, und meistens sind es Orte in der gewachsenen Stadt, stützt sich auf die Singularität und Unverwechselbarkeit ihres spezifischen Milieus. Daraus

resultiert die Topoisierung der Stadttexur, die Chromatik, die Redundanz von Identifikationsmerkmalen, von lateralen Vernetzungen, ja sogar von Verfremdungen, wenn sozialer Kitt notwendig ist.

Plätze haben, zumindest am Beginn der Entwurfsarbeit nichts mit Apriorismen der Gestalt zu tun. Die Form ist das letzte, woran ich denke, ich muss sie zunächst verdrängen und fernhalten. Die *res gestae* eines Ortes umfassen nicht nur Häuser, Denkmäler und andere Rahmenhandlungen eines Platzes. Für mich liegt vielmehr die Quelle der Inspiration im breiten Feld der Ursachen am Ort, das heißt seine Wirtschafts-, Sozial-, Technik- und Wissenschaftsgeschichte, Zeugnisse, Relikte, ja auch Gerüche eines spezifischen Milieus. Alles dies, wenn geordnet und positioniert, führt durch kontrollierte Äquidistanz zur endgültigen Form des Raumes. Die Kunst liegt hier im Herausprovozieren vom oft zugeschütteten Klang der Dinge, der dann in ein neues Bezugssystem vermittelt werden muss. In der tradierten, aber verklärten Physis der Stadt werden noch immer die besten Orte jene sein, wo der Mensch imstande sein wird, sich inmitten von Ungewissheiten aufzuhalten, ohne gereizt nach Tatsachen und Gründen fragen zu müssen.

Die Zeit bedenken – zum Wechselspiel von Architektur, Urbanismus und Temporalität

Zum Verhältnis von Zeit und Raum hat Karl Valentin einmal hintersinnig angemerkt: „Ich weiß nicht, war’s gestern, war’s vorgestern, oder war’s im vierten Stock?“ Die Kategorie Zeit offenbart sich in unserer Lebenswelt auf unpräntöse Weise so allgegenwärtig, dass man sie zu ignorieren geneigt ist. Ihre Wirkungen indes bekommt – über kurz oder lang – jeder zu spüren. Und zwar nicht nur, indem wir vom nächtlichen Autoverkehr um den Schlaf gebracht werden oder um 2.00 Uhr morgens an der Tankstelle noch *Sixpack* nebst Chips und Chilisauce erwerben können. Die Zeit ist der Generator einer Struktur, „die in ihrer Unlesbarkeit besteht für alle, die sie nicht kennen, die also Fremde sind; die nur denen durchsichtig ist und vollkommen sichere Orientierung gestattet, die sie sich angeeignet haben dadurch, dass sie in ihr wohnen, in ihr zuhause sind oder täglich in ihr zu tun haben“.¹

1. Gesellschaft und Effizienz

In einem gewissen Sinne liegt das Kennzeichen der Moderne in der Trennung der erlebten Welt der Individuen von Zeit und Raum sowie in „deren Neuverbindung in Formen, die die Einteilung des sozialen Lebens in präzise Raum-Zeit-Zonen gestatten“. Es ist dies jenes „disembedding“, mit dem Anthony Giddens die „Entbettung“ gesellschaftlicher Beziehungen aus ortsgebundenen Interaktionszusammenhängen beschrieb.² Unter den Bedingungen der Globalisierung gewinnt der Wandel der Zeitstrukturen generell an Dynamik. Deren Auswirkungen wiederum offenbaren sich zuerst – und wohl auch am stärksten – in den Städten: Und zwar nicht nur in der Ausdifferenzierung der Arbeitszeiten nach Dauer und Lage, in modifizierten Lebensgewohnheiten oder der Veränderung der Ladenöffnungszeiten.

Bereits in den 1930er Jahren wurde von Ernst Bloch der Begriff der Ungleichzeitigkeit zur Beschreibung der widersprüchlichen Wirklichkeit kapitalistischer Gesellschaften in die Diskussion eingebracht. Er verweist auf die Koexistenz verschiedener

1 U. Conrads, *Zeit des Labyrinths – beobachten, nachdenken, feststellen 1956-2006*, Basel 2007, S. 222.

2 A. Giddens, *Konsequenzen der Moderne*, Frankfurt a.M. 1990, S. 28 u. 33.

Zeiten in einer Gegenwart, auf Wirkweisen unerledigter Vergangenheit und verhinderter Zukunft, auf Widersprüche in und zwischen den gesellschaftlichen Verhältnissen. Man kann, so Bruno Latour, Zeit definieren „als eine ‚Ordnung der Aufeinanderfolge‘ und Raum als eine der ‚Gleichzeitigkeit‘. Solange wir alles unter der Macht des Fortschritts zu den Akten nahmen, lebten wir in der Zeit der Aufeinanderfolge. Kronos fraß alles Archaische und Irrationale in seiner Nachkommenschaft auf und verschonte nur jene Nachkommen, denen eine strahlende Zukunft bestimmt war [...] Die revolutionäre Zeit, der große Vereinfacher, ist ersetzt worden durch die Zeit des Zusammenlebens, die alles kompliziert macht. Anders gesagt, der Raum hat die Zeit als prinzipielles Ordnungssystem abgelöst.“³ Und doch gestaltet sich das Wechselverhältnis von Raum und Zeit offenkundig immer komplexer: Ortszeit wird um Echtzeit ergänzt; Kommunikationstechnologien machen die Gleichzeitigkeit zu einer weltweiten Erfahrung. Die Globalisierung lässt die Entfernung zwischen den verschiedenen Lebenswelten schrumpfen. Am konkreten Ort häuft sich indes das Kontrafaktische: Wachstum und Schrumpfung vollziehen sich heute kleinräumig neben- und ineinander; zur selben Zeit und in der gleichen Stadt expandieren Gewerbe und Wohnen gen Suburbia, während in der City Gebäude leer stehen und Flächen brach fallen.

Unabhängig davon stellt Stadt eine Ansammlung von Räumen dar, in denen Geschichte und Geschichten eingelagert sind: Offensichtliche und verborgene, vertraute und mit Aufregung zu entdeckende. Diese unbekannte und unsichtbare Dimension der Zeit betrifft nun nicht nur Gebrauchswert und Stimmung, sondern die Wahrnehmung überhaupt. Der nigerianische Schriftsteller Chris Abani hat dies einmal so beschrieben: „Sie haben mal eine Untersuchung gemacht: Leute, die hier lebten, wurden gebeten, die Stadt zu zeichnen, in der sie zu Hause sind. Die korrektesten Zeichnungen stammten von jenen, die am kürzesten da waren, ungefähr fünf Jahre. Nach zehn Jahren zeichneten die Leute ihre täglichen Wege und Abkürzungen, die nichts mehr mit einem maßstabsgetreuen Stadtplan zu tun hatten. Nach zwanzig Jahren hatte ihr Stadtbild nichts mehr zu tun mit irgendetwas außerhalb ihrer eigenen Vorstellung.“⁴

Freilich, dass die Zeit gleichsam eine aktiv eigenständige Rolle übernimmt, stellt ein vergleichsweise junges Phänomen dar: Erst die Industrialisierung verkoppelte Produktion, Transport, Verteilung und Verbrauch der Güter auf der Grundlage des Prinzips der abstrakten Zeit. Sie sorgte für eine Beschleunigung von der Produktion bis zum Konsum durch den Einsatz von Zeitverkürzungsmaschinen und -techniken. Sie forderte alle Beteiligten zu einem neuen Umgang mit der Zeit auf: zu ihrer wirtschaftlichen Nutzung. Sie führte zur Bewirtschaftung der Zeit, die zu einem anerkannt ökonomischen Faktor wurde. Die vermehrte Arbeitsteilung machte gleichzeitig eine Synchronisierung von einzelnen Produktionsbereichen unumgänglich, die sich in Terminabsprachen und dem Einhalten von Terminen äußerte. Die effiziente Ausnutzung der Investitionen zwang die

3 B. Latour, *Von der Realpolitik zur Dingpolitik*, Karlsruhe 2005, S. 74.

4 Chr. Abani, *Der diebische Engel*, in: *Süddeutsche Zeitung*, 26.05.2007.

Unternehmer zudem zu einem rascheren Umschlag des Anlagekapitals sowie zu einer strengerer Disziplinierung der Arbeiter hinsichtlich der Zeit. Mit der Elektrifizierung des Alltags verstärkte sich aber auch die soziale Disziplinierung; ein rationales, „zeitgemäßes“ Denken setzte sich allenthalben durch. Und dies war zugleich der Ausgangspunkt, von dem aus auch im übrigen Leben der Geschwindigkeit zur Herrschaft verholten wurde.⁵

Seit Ende des 19. Jahrhunderts wurde „Effizienz“ zu einem gesellschaftlichen Schlüsselbegriff, die Uhr zu ihrem entscheidenden Gradmesser. Implizit steckte dahinter die Aufforderung, die Zeit optimal zu nutzen, schneller zu arbeiten und schneller zu leben. Geschwindigkeit und Tempo infizierten die Gesellschaft als Ganzes und formten auch den Privathaushalt nach ihren Regeln. Die Hausfrau musste sich bei ihrer Arbeit von Zeitnehmern über die Schulter blicken lassen, die Wohnungseinrichtung wurde nach zeitökonomischen Gesichtspunkten zusammengestellt, indem der Wohnungsgrundriss als zeitsparende Wohnmaschine konzipiert wurde. Damit setzte ein zivilisatorischer Prozess ein, der das Alltagsleben immer weiter verregelte – und der bis heute keineswegs obsolet ist.

2. Zeitmaschine Architektur

In einer – zugegebenermaßen etwas zurückliegenden – Vergangenheit waren Bauten eine besonders handfeste Wirklichkeit, weil ihre Voraussetzung eine zwar nicht ‚hand‘-feste, dafür aber ‚gefühl‘-feste, noch stabilere sinnbildliche Wirklichkeit war, ein Interpretationszusammenhang der Welt, der gemeint ist, wenn von Kultur oder Stil gesprochen wird. Architektur war darin ein Leitsystem, in dem und an dem sich Glaube und Absicht einer Kultur mit einer je spezifischen symbolischen Wirklichkeitsauffassung objektivierten. Neben ihren offenkundigen Funktionen hatte Architektur stets auch andere, die dann wiederum Ausdruck gesellschaftlicher Konventionen waren.

Seit der Renaissance versuchen Baumeister über die Zeitdimension verlorene Architekturbilder wieder zu beleben. Die Rolle der Avantgarde war diesbezüglich ambivalent – und zwar nicht nur, weil sie gegen die Stilregeln des Zeitgeistes verstieß. Die Suche nach dem Neuen war das konstituierende und zugleich tragische Moment der großen Erzählungen der Moderne. Es ist ja offenkundig, dass es etwa dem Bauhaus „um nichts Geringeres als einen großen und für alle modernen Zeiten denkwürdigen Neuanfang ging, um ein neues und ewig währendes ‚Heute‘“.⁶ Der Blick voraus wurde jeweils durch seinen gesellschaftlich emanzipatorischen und kritischen Gehalt legitimiert. Allerdings

5 Als treibende Kraft dahinter macht Lewis Mumford wiederum „die Maschine“ aus. Sie sei, aufgrund ihrer rationalen Konstruktion und der Vollkommenheit ihrer Leistung, nunmehr zu einer Art „moralischen Kraft“ geworden, die dem Menschen neue Maßstäbe setze; vgl. L. Mumford, *Mythos der Maschine*. Frankfurt a.M. 1980³, S. 571.

6 S. Neef, *An Bord der Bauhaus. Einleitung*, in: dies. (Hrsg.), *An Bord der Bauhaus. Zur Heimatlosigkeit der Moderne*, Bielefeld 2009, S. 12.

hat das kapitalistische System die radikale Ikonographie des Neuen rasch verdaut – und zum Reflex verharmlost.⁷ Eben diese Verwertungsdynamik, so etwa Amsoneit/Ollenik, sei Teil des heutigen Dilemmas. „Philosophisch gesehen, zielte die Klassische Moderne auf die Überzeitlichkeit und auf einen unveränderlichen Idealzustand der Architektur. Praktisch führten aber die Experimente der Moderne zu einem beschleunigten Zerfallsprozess der Gebäude.“⁸ Und das Antlitz der Städte spottete heute aller gestalterischen Konvention.

So scheint es denn nur konsequent, wenn heute vor allem das Fehlen des „guten Durchschnitts“ beklagt wird: „Bemerkenswerte Qualität wurde zu einer singulären Erscheinung. Überall sonst machte sich dasselbe belanglose Durcheinander breit. Das Bauen nahm in seiner Masse den Charakter eines Zerstörungswerks an Stadt und Landschaft an. In einem Metier, das so schwierig ist wie die Architektur, kommt nicht weit, wer immer wieder ganz von vorn beginnt. In den Sprachen, die einst mit konventioneller Geläufigkeit zu Gebot standen, war viel mehr Wissen und Können gespeichert, als in einer einzigen Generation von neuem hätte aufgebaut werden können.“⁹ Einzelne – wie auch immer gelungene – architektonische Großtaten schaffen noch längst keine *Baukultur*. Denn diese ist nicht isoliert zu sehen, nicht greifbar, sondern tief eingewoben in Mentalitäten, Gewohnheiten einer Gesellschaft. „Wir reden heute nicht mehr gerne davon, dass das Bauen bis ins 20. Jahrhundert hinein eine gesellschaftliche Grundlage hatte, nämlich die der Konvention. Was bedeutet, dass Architektur nicht in großer Selbstverständlichkeit von Architekten geschaffen, sondern mit der (informierten, gebildeten) damals vorhandenen Gesellschaft beredet wurde. Sie sorgte dafür, dass im Neuen das Vorherige wiedererkannt werden konnte, dass das Vertrautsein mit gebauter Form nicht unterbrochen wurde.“¹⁰ Umgekehrt hat das heute „gebrochene Vertrautsein“, der Verlust an Konventionen naturgemäß viel mit unserer Gesellschaft zu tun.

Die moderne Architekturtheorie hat die Auffassung eingeführt, dass gebauter Raum in einem vierdimensionalen Raum-Zeit-Kontinuum stattfindet, in erster Linie durch die Bewegung des Wahrnehmenden. Doch die Zeit ist, wie es der amerikanische Philosoph Karsten Harries formuliert, „nicht nur um den domestizierenden Raum herum. Sie ist auch eine große Schutzmaßnahme gegen den Terror der Zeit.“¹¹ Insofern artikuliert Architektur tatsächlich auch Zeit; sie gibt dem unermesslichen, ortlosen und unendlichen

7 Wobei man einräumen muss, dass es wahrscheinlich notwendig war, mit der Vergangenheit zu brechen, um der heutigen Gesellschaft die Freiheit zu geben, das Wertvollste aus ihr auswählen zu können – wie ein Heranwachsender mit seinen Eltern brechen muss, bis er reif genug ist, von der älteren Generation schließlich das zu übernehmen, was seiner Entwicklung förderlich ist.

8 W. Amsoneit/W. Ollenik, *Zeitmaschine Architektur. Eine Einführung in die Architekturtheorie*, Essen 2008, S. 59.

9 G. Franck/D. Franck, *Architektonische Qualität*, München 2008, S. 225.

10 P. Peters, *Ehrlichkeit*, in: *Deutsche Bauzeitung*, Nr. 10, 2002, S. 47.

11 Im Original: „Architecture is not only about domesticating space, it is also a deep defence against the terror of time“, K. Harries, *Building and the Terror of Time*, in: *Perspecta* (Yale Architectural Journal), issue 19, 1982, S. 59-69.

Raum ihr auf Erfahrung beruhendes menschliches Maß und Bedeutung, und sie verhilft auch der endlosen natürlichen Zeit zu ihrem menschlichen Maßstab. Folglich ist die übliche Sicht von Architektur als Projektionen von futuristischem Interesse und Aspiration für Neues falsch. Statt den Sinn für Kontinuität, für die Historizität der Kultur und die menschliche Erfahrung zu stärken, erleben wir seit gut 15 Jahren eine zunehmende Bildhaftigkeit gesellschaftlicher Kommunikation, die *Iconic turn* genannt wird und in der visuelle Medien und Phänomene bestimmend geworden sind. Nicht zuletzt die Domäne der Architektur glaubte, von diesem Anzeichen für einen grundsätzlichen kulturellen Wandel zu profitieren. Doch diese neue öffentliche Wirkung, die suggestive Kraft von Bildern unterlaufen zuweilen jede vernunftgemäße Argumentation. Diesen schalen Beigeschmack meint, wer von der sprichwörtlichen Bilderflut redet.

Dass das Nachdenken darüber bei Produzenten und Verbrauchern zu kurz kommt, kann selbst ein durchweg positiv besetzter Begriff wie „Patina“ nicht verschleiern. Meist dient er als Metapher für die Spuren, die die Zeit einem Bauwerk einschreibt. Sieht man einmal genauer hin, dann offenbart sich jedoch ein Widerspruch in unserer Rezeption von Alterungsprozessen: Kupferdächer mit Grünspan, ausgetretene Stufen in ehrwürdigen Treppenhäusern, von häufigem Gebrauch blank geriebene Bronzegriffe: all das trägt den Schein von Beständigkeit und „guter alter Zeit“. Bröckelnder Putz, blätternde Farbe, rostige Träger: das signalisiert Endlichkeit, Vergeblichkeit und Verfall. Im Alltag des Planens und Bauens ist mit dem Zeitbegriff zumeist die diskursive Bezugnahme auf das Prinzip „Denkmal“ gemeint. Dessen Erhalt und Pflege ergänzt mit der Optik des Anwalts geschichtlichen Bewusstseins die bisweilen entgegengesetzte Perspektive des Architekten. Holzschnittartig gesagt: Der Architekt erkennt im Alten mit seinem in die Zukunft gerichteten Blick das Gegenwärtige, der Denkmalpfleger sieht im Alten das erhaltenswerte Zeugnis der Vergangenheit. Diese Verkürzung hat ihre eigene Geschichte in der Entwicklung der Moderne, und sie ist folgenreich: Hier die Fixierung auf das Neue, dort die Einbalsamierung des vom Leben isolierten Monuments. Und oft genug begünstigte sie ein unbefriedigendes Nebeneinander von grell kontrastierender baulicher Intervention und brav restauriertem Bestand.

Die Ansprüche von historischer Wahrheit einerseits und ästhetischem Eigenwert andererseits müssen aber, so schwierig dies ist, verhandelt werden. Zumal die Herausforderung für die Politik gerade darin bestehe, „den Wert von Denkmälern als einen strategischen Faktor im Schachspiel um die Zukunft und auch die Wirtschaftlichkeit der Städte zu betrachten“.¹² Mit Blick auf die Dresdner Frauenkirche oder das Berliner Schloss stellt sich zwangsläufig die Frage, wieviel Kulturpessimismus in den aktuellen Überlegungen zur Rekonstruktion steckt, und ob, bzw. inwieweit man sie nicht als Ergänzung zu einem stark reduzierten Denkmalbestand, der für sich genommen nicht ausreichend Bilder erzeugen kann, anerkennen muss. Schließlich zeichnet sich ja eine

12 W. Amsoneit/W. Ollenik (s. A 9), S. 165.

allgemeine Tendenz ab, die noch weiter geht: „Der gründerzeitliche Städtebau scheint dem modernen sowohl immobilienökonomisch als auch stadträumlich überlegen zu sein.“¹³ Nebenbei sollte dies Anlass sein, über das Verhältnis von Gedächtnisverlust und Erinnerungsarbeit sowie über die Frage nachzudenken, was es denn bedeute, Geschichte zu bewahren und zu vergegenwärtigen. Dass es darauf nicht eine, sondern viele Antworten gibt, das macht jeder Spaziergang etwa durch Berlins Mitte augenfällig, wo man das Wiedererstehen der historischen Stadtgestalt (Stand: vor der Zerstörung im Zweiten Weltkrieg) als Nebeneinander und Durcheinander von Kopieren, Rekonstruieren und Konservieren erleben kann.

3. Stadtbild, Zeitgeist und das Problem der Planung

Dass Ordnungsprobleme eines Staatswesens und einer Volkswirtschaft eine inhärente Verknüpfung mit dem Raum aufweisen, wird heute weithin ignoriert. „So wie der Historizismus sich nicht für die strukturierende Rolle der Zeit interessierte, übergeht ein vielleicht noch weiter verbreiteter ‚Geographismus‘ die Rolle räumlicher Strukturbildungen.“¹⁴ Unsere gesellschaftliche Kurzatmigkeit widmet indes auch der Temporalität keine besondere Aufmerksamkeit. Sie erscheint eher wie der blinde Fleck im Auge des Betrachters. Tatsächlich artikuliert Zeit sich als Abfolge, aber auch als Nebeneinander und wechselseitige Überlappung von Phasen und Perioden. Der zeitliche Rhythmus der Stadt wird geprägt durch die unterschiedlichsten Taktgeber formeller und informeller Art. Dazu gehören Betriebszeiten genauso wie natürliche Rhythmen, Lebensgewohnheiten oder sozial-kulturelle Orientierungen.¹⁵

Desgleichen sind – gerade in der Stadt – die Zeit und die traditionellen drei Raumdimensionen untrennbar miteinander verbunden. Denn hier „verschmelzen räumliche und zeitliche Merkmale zu einem sinnvollen und konkreten Ganzen. Die Zeit verdichtet sich hierbei [...] der Raum gewinnt Intensität [...]. Die Merkmale der Zeit offenbaren sich Raum, und der Raum wird von der Zeit mit Sinn erfüllt und dimensioniert.“¹⁶ Das Beispiel des Fordismus macht das sinnfällig. Er hat nicht nur Binnenmarkt und Massenkonsum in den Mittelpunkt gerückt, sondern auch die Systeme sozialer Sicherung, einen hoch arbeitsteiligen Arbeitsalltag, die Mobilität und die Familienzelle als Kompensation dieses dicht regulierten Alltags. Das den Raum ordnende Prinzip dieser Phase war die Zonierung: Nicht nur Wohnen und Arbeit wurden in unterschiedlichen Gebieten organisiert; vom Kinderspielplatz über die Fußgängerzone bis hin zum Landschafts-

13 Ebda., S. 200.

14 G. Held, *Territorium und Großstadt. Die räumliche Differenzierung der Moderne*, Wiesbaden 2005, S. 9 f.

15 Vgl. J.P. Rinderspacher, *Der Rhythmus der Stadt – Die Bedeutung der Zeit für die städtische Gesellschaft*, Berlin 1988 (difu-Materialien 1/88).

16 M.M. Bachtin, *Formen der Zeit und des Chronotopos im Roman*, in: E. Kowalski/M. Wegner (Hrsg.), *Untersuchungen zur Poetik und Theorie des Romans*, Berlin 1986, S. 236.

schutzgebiet bildet dieses Prinzip den roten Faden. Die Architektursprache dieser Zeit war – ausweislich nicht nur der industriell erstellten Großsiedlungen – der Standardisierung und Gleichmacherei verpflichtet.

Spätestens die Postmoderne hat zwar mit dieser Vorstellung aufgeräumt. Geblieben aber ist die Auffassung von einer linearen Entwicklung mit einem festen Fluchtpunkt. Dem ist allerdings nicht so. Bereits die Veränderungen der Arbeitswelt – oder die der Ladenöffnungszeiten – hat ungeahnte Folgen.¹⁷ Grundsätzlich, auf gesellschaftlicher Ebene, wird man auch konzedieren müssen: Alle Rettungsaktionen und alle Präventionen sind rückwärts gewandt. Je mehr sie für sich beanspruchen, die Zukunft zu beherrschen, umso gefährlicher werden sie. Politiker, Intellektuelle, Planer, Unternehmer möchten die Zukunft in den Griff nehmen, um ‚Planungssicherheit‘ zu geben. Sie wollen den Zufall eliminieren. Aber sie haben nicht alle Informationen, und sie wissen noch nicht einmal, welche Informationen relevant sein werden. Und selbst wenn sie es wüssten, könnten sie nicht ahnen, ob sich deren Relevanz im Zeitverlauf ändert. Denn die Zukunft ist eine spontane Ordnung, sie ist „Ergebnis menschlichen Handelns, nicht menschlichen Entwurfs“, wie der schottische Aufklärer Adam Ferguson einmal schrieb. Handeln aber ist immer ein Akt der menschlichen Freiheit, bezogen auf die Freiheit anderer, nicht denkbar ohne Zufall und überraschende Konstellation, sei sie glücklich oder unglücklich. All das entzieht sich der Planbarkeit.

So nimmt es nicht wunder, wenn die Kategorie Zeit sich in der Stadtentwicklung durchaus diffus und widersprüchlich bemerkbar macht. Was umgekehrt bedeutet, dass man Urbanismus – mehr als bisher – als vielschichtiges und wechselseitig verknüpftes Gebilde begreifen muss: Bei einer sektoralen Optimierung geraten die oft durch komplexe Rückkopplungs- oder Kumulierungseffekte verstärkten Auswirkungen auf die Stadtentwicklung aus dem Blickfeld. Allzu oft werden Wirkungsgrad und Nachhaltigkeit einzelner Maßnahmen durch die Nebenwirkungen anderer Politikbereiche wie z.B. der Steuerpolitik, der Wirtschaftsförderung, der Sozialpolitik oder diverser Umweltmaßnahmen beeinträchtigt: Gewissermaßen „Kollateralschäden“ des Umstandes, dass viele Programme weithin „raumblind“ sind, weil sie einen konkreten Gebietsbezug ausblenden, weil territoriale Kategorien für sie nicht aktiv existieren.

Zudem wäre das „klassische“ Planungsverständnis auf den Prüfstand zu stellen: Traditionell wird zunächst ein Ergebnis bzw. ein Produkt formuliert, um im zweiten Schritt zu überlegen, wie dieses erreicht werden kann. Vielleicht wäre dieses Verhältnis heute umzudrehen: Als Frage, wie eine Entwicklungsdynamik entfaltet werden kann, ohne dass ein idealer Endzustand antizipiert und (vorschnell) fixiert wird. Temporäre Nutzungen sind als Korrektiv und Komplementär eines (wie auch immer gearteten) verbindlichen Masterplans zu verstehen: Sie gehen vom Kontext und vom aktuellen

17 Vgl. D. Henckel/B. Grabow/H. Kunert-Schroth/E. Nipper/N. Rauch, *Zeitstrukturen und Stadtentwicklung*. Stuttgart 1989, S. 30 ff.

Zustand statt von einem fernen Ziel aus, sie versuchen Bestehendes zu verwenden statt alles neu zu erfinden, sie kümmern sich um die kleinen Orte und kurzen Zeiträume sowie die Zustände zu verschiedenen Zeitpunkten. Damit reagieren sie in gewisser Weise auf jenes Dilemma, das Lucius Burckhardt der Stadtplanung *in toto* zuschreibt: Erweist sie sich doch als „ein Zuteilen von Bequemlichkeiten und von Leiden; alles was Stadtplanung plant, bringt irgendwelchen Leuten Vorteile und anderen Nachteile. [...] Probleme sind unlösbar – und zwar deshalb, weil sie durchgesetzt sind von Leidenszuteilungen. Bei Problemen gibt es keine beste und endgültige Lösung. Es gibt nur Möglichkeiten, wie sich die Gesellschaft für eine Weile einigermaßen gut durchwursteln kann.“¹⁸ Temporarität kann darüber hinaus aber auch heißen, die Richtigkeit sofortiger Intervention in Zweifel zu ziehen. Häufig braucht es Geduld, eine konsolidierte Abwartehaltung, den berühmten „langen Atem“, wenn man mit bestimmten Problemsituationen in der Stadt umgehen will.¹⁹

Atmosphäre baut sich gerade in der Dimension städtebaulicher Phänomene nur über lange Prozesse auf. Ohnehin wird man einräumen müssen, dass der Rhythmus einer *belebten* Stadt von Ungleichzeitigkeit geprägt ist. Hier funktioniert nichts nach einem zentralen Zeitregime. Jahreszeiten und Öffnungszeiten müssen ihre strukturierende Gewalt verlieren, wenn Spontanes, Ungeplantes und Unerwartetes möglich sein sollen. Eine Stadt ist nur dann lebendig, wenn man darauf hoffen darf, dass nicht alles nach Plan verläuft. Die tatsächlich urbane Stadt lebt wesentlich von der beständigen Erwartung, dass alles, was ist, auch anders sein könnte. Doch nach wie vor gilt: „Das Unübersehbare, Nicht-Lesbare, nicht nach einem erkennbaren Prinzip Geordnete, also chaotisch Erscheinende provoziert zu allen Zeiten das Bedürfnis, es ‚in Ordnung‘ zu bringen, ihm ein Prinzip einzuverleiben oder überzustülpen, auf daß sich das scheinbar Ungeordnete nach diesem ausrichte.“²⁰ Ob nun von Seiten der (Stadt)Politik oder der planenden Zunft: Die Idee des gesellschaftlichen Fortschritts wurde bislang – und wird wohl noch immer – viel zu stark an die Semantik neuer urbaner Layouts geknüpft, die Eigendynamik des Bestehenden negiert. Damit laufen die vielpostulierte Erwartung „Urbanität zu schaffen“ und die reale Entwicklung offenkundig auseinander.

18 L. Burckhardt, Das Ende der polytechnischen Lösbarkeit (1989) in: *ders.*, Wer plant die Planung? Architektur, Politik und Mensch, hrsg. von J. Fezer und M. Schmitz, Berlin (o. J.), S. 119-128, hier S. 122 u. 128.

19 Geduld haben ist schon deswegen von Bedeutung, weil man häufig nicht sofort wissen kann, was das eigentliche Problem und was – vor allem – das Potential einer urbanen Situation in einer bestimmten Zeit ist. „Hände weg, liegenlassen“ hat Karl Ganser schon vor Jahren programmatisch gefordert und zugleich vor der Lebenslüge gewarnt, mit der sich unsere Gesellschaft an den vermeintlichen Rettungsanker Funktionswandel klammert: „Denn irgendwann werden die Dinge liegen bleiben.“ Damit darf man umgekehrt nun nicht dem Attentismus, dem Nichtstun das Wort reden. Im Gegenteil. Aber es mag heißen: Lieber ein bisschen länger nachdenken und abwarten, sich nicht durch – oftmals ohnehin vermeintliche – Sachzwänge unter Druck setzen lassen.

20 U. Conrads (s. A 1), S. 217.

Dennoch, und dem nicht widersprechend, braucht die Stadt im gleichen Maße Regeln wie die Gesellschaft eine Verfassung. Statt sie bei jedem auftretenden Problem neu zu fassen oder aber als Kulturgebilde aufzugeben, wäre strukturell an Bewährtes anzuschließen. Und es braucht eine Verständigung über die Hierarchie von Stadtbausteinen: „Was früher öffentlich war, wurde ‚bedeutend‘ gestaltet – Rathaus und Kirche in der mittelalterlichen Stadt, Postamt, Bahnhof, Schule oder Stadttheater in der Stadt des 19. Jahrhunderts. [...] Eine Hierarchie trägt zur Verstehbarkeit der Architektur bei, weil sie Orientierung vermittelt. Verstehbarkeit wiederum gibt dem Bürger die Chance, auch Neues einzuordnen.“²¹ Jenseits aller Versuche, mit immer wieder neuen Ideologien oder primär technischen Mitteln die Probleme der Städte in den Griff zu bekommen, existieren einfache Raumdispositionen, urbanistische Bausteine und stadträumliche Elemente, mit denen auch heute noch gut umzugehen ist, wenn sie denn mit neuen Inhalten gefüllt werden. Kongenial eingesetzt, wird jedem Benutzer auch ohne geschriebene Regeln und selbst unter den Bedingungen zerstörter gesellschaftlicher Konventionen über das Leben in der Stadt klar, dass hier nicht alles an jedem Platz und zu jeder Zeit stattfinden kann.

4. Die Ungleichzeitigkeit der belebten Stadt

Fraglos wird im sich verschärfenden Städtewettbewerb das ‚Branding‘ als Strategie immer wichtiger. Doch im Bestreben, ihr Marken-Image zu verbessern, konzentrieren sich viele Städte mehr auf die Werte und Emotionen, die die Kunden und Bürger mit dem ‚Produkt‘ verbinden, als auf deren Qualität selbst. Die Stadtoberen befeißigen sich einer Haltung, die die „Ökonomie der Aufmerksamkeit“ (Georg Franck) verinnerlicht zu haben scheint: Sie zeichnen ein attraktives Bild der Stadt vor, für das sie, was sichtbar sein soll, auswählen und anderes abblenden. Es ist dies die inszenatorische Wirklichkeit vieler Städte: Und in der scheint die ‚objektive Kultur‘ der Sachen und Sachanlagen einen viel größeren Raum einzunehmen als die ‚subjektive Kultur‘ der Menschen. Diese Sachdominanz degradiert den Bewohner zur Randfigur, der in der Großstadt gar nicht mehr ‚Herr im eigenen Haus‘ ist, sondern mit einer Realität umgehen muss, die ihn übersteigt und die ihm immer wieder voraus ist. Denn dem Durchschnittsmenschen ist „die ganze Stadt als eine riesige Schmiede erschienen, in der alles der Bearbeitung unterlag, in der es keinen Unterschied mehr gab zwischen Werkstück und Schmied, alles war zugleich Werkstück und Schmied, jeder und jedes wurde bearbeitet und bearbeitete selbst, ein Ende dieses Prozesses war nicht vorgesehen; der Bearbeitungsprozess registrierte keine Stufe der Vervollkommenung, selbst wenn es eine Vollkommenheitsstufe in diesem Prozess gab, so funktionierte alles ohne die geringste Unterbrechung weiter, die Vollkommenheitssekunde ging ganz mechanisch über in die Periode der Zerstörung,

21 G. Kähler, Heimat, deine Sterne, in: Süddeutsche Zeitung, 18.02.2008, S. 13.

denn selbstverständlich hielt kein Material und kein Mensch diese Bearbeitung für alle Zeit aus.“²²

So problematisch die Analogie mit einem natürlichen Organismus auch sein mag, so sehr gibt es doch Ähnlichkeiten, die das Verständnis von Stadt erleichtern. Lebende Organismen erneuern z.B. permanent einen Teil ihrer Zellen, aber niemals alle gleichzeitig und selten an einer Stelle konzentriert. In Rhythmen von fünf bis fünfzehn müssen zum Beispiel Gebäude renoviert werden, um als Baubestand aufrechterhalten zu werden. Geschäftsbauten, Produktionsanlagen und Infrastrukturen haben charakteristische Investitions- und Lebenszyklen, die eingehalten sein wollen, wenn ihre Art der Raumnutzung auf Dauer sichergestellt werden soll. Werden diese Rhythmen gestört oder übergangen, so äußert sich dies häufig in Verödung, Verslumung und Brachliegen von Arealen. Doch selbst solche Desinvestitionsphasen können wiederum zu regulären Takteilen noch längerer Rhythmen werden.²³ Besondere Ereignisse aber hinterlassen zumeist spezifische Spuren, wobei der Organismus in der Regel Narben, Verfestigungen oder Umwege zur Abwehr eines bedrohlichen Ereignisses entwickelt. Ähnliche Spuren haben sich oft in Stadtgrundrissen über Jahrhunderte konserviert. Auch bei Städten lässt sich ein permanenter ‚zellulärer‘ Erneuerungsprozess feststellen. Komplexe biologische und menschliche Systeme haben Ähnlichkeiten in der Trägheit des Systemverhaltens gegen plötzliche Veränderungen. Doch „auch ‚gewachsene‘ Strukturen sind auf insofern planmäßiger Art gewachsen, dass sie nur wachsen konnten, solange sie funktioniert haben. Straßen- und Platzräume entstehen nicht von selbst, sondern dadurch, dass sie festgelegt und von Bebauung freigehalten werden.“²⁴ Zwar entstehen Veränderungen aus individuellen und gesellschaftlichen Interessen heraus und nicht aus der Struktur selbst. Aber die Eigenart der Struktur hat darauf einen gewissen Einfluss.

Selbst in der drängenden Ökonomie der Zeit schwingt – in einer Art gegenläufigen Pendelschwingung – die Ahnung davon mit, dass die Beständigkeit der gewohnten Räume um die Menschen herum das Aushalten von sozialen und anderen Veränderung abfedert, wenn nicht gar ermöglicht. „Untrennbar von unserem Ich sind die gewohnten Bilder der äußeren Welt.“²⁵ Überspitzt ausgedrückt: Je schneller der Wandel der Arbeits- und Lebensweisen, um so wichtiger scheint die Trägheit der alten Routinen und Formen als mentales Gegengewicht zu sein. Wenn die Zeitachse aus Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft keine sichere Orientierung mehr bietet, wenn „quer dazu“, im „Hier und Jetzt“, die viel zitierte Gleichzeitigkeit von Ungleichzeitigem Verwirrung stiftet, scheint man den Fortschritt im Bewahren zu suchen.

22 M. Walser, Ehen in Philippsburg, Frankfurt a.M. 1957, S. 166.

23 Wo es, wie zum Beispiel in amerikanischen Städten, üblich ist, dass Quartiere immer wieder von neuem entwickelt werden, um nach einer gewissen Spanne hochwertiger Nutzung dann wieder einen Prozess des Herabfilterns überzugehen, haben diese Quartiere selber Lebenszyklen von 50 bis 100 Jahren.

24 G. Franck/D. Franck (s. A 9), S. 248.

25 M. Halbwachs, Das kollektive Gedächtnis, Frankfurt a.M. 1985, S. 127.

Dafür ist mit der „europäischen Stadt“ eine Art Leitbild gefunden, das – gerade weil es so affirmativ wie vage gehalten ist – eine breite gesellschaftliche Akzeptanz verbuchen kann. Wenn nun mit der „europäischen Stadt“ nicht bloß eine normative Orientierung gesucht, wenn die zentralen Konstituenten dahinter erkannt und stabilisiert würden, dann kann hierin auch ein neuer „Möglichkeitssinn“ liegen. Stadtveränderung ist Detailarbeit, ein sanftes Steuern von Prozessen, die am besten gleichsam von selbst laufen; zumal die „Einwirkungsmöglichkeiten auf große Prozesse gering [sind]. Die Selbstheilungskraft komplexer Systeme ist, sofern sie noch vital genug dazu sind, und das ist eine Frage ihrer inneren Notwendigkeit, meist ausreichend. Dass bei derartigen Selbstheilungsprozessen lineare Verläufe, an die wir uns so rasch gewöhnen, die Ausnahmen sind, ist ein Wirkungsgesetz der Welt.“²⁶ Gerade die inhärente Koppelung von stabilen und instabilen Prozessen ist es, was Städte einerseits zu höchst dauerhaften und andererseits zu brodelnd lebendigen Gebilden macht. Städte gehören zu den beständigsten gesellschaftlichen Strukturen überhaupt. Ihre Dauerhaftigkeit ist aber unlösbar verbunden mit ständiger Veränderung und Entwicklung. Für den Städtebau die Zeit „urbar zu machen“, wie es der große Aufklärer Georg Christoph Lichtenberg schon gefordert hat, bleibt die Aufgabe.

26 Chr. Hackelsberger, *Lebensraum Stadt. Nachdenken über Stadt heute und morgen*, Stuttgart 1985, S. 18 f.

Die Zeit bedenken – zum Wechselspiel von Architektur, Urbanismus und Temporalität

Zum Verhältnis von Zeit und Raum hat Karl Valentin einmal hintersinnig angemerkt: „Ich weiß nicht, war’s gestern, war’s vorgestern, oder war’s im vierten Stock?“ Die Kategorie Zeit offenbart sich in unserer Lebenswelt auf unpräntöse Weise so allgegenwärtig, dass man sie zu ignorieren geneigt ist. Ihre Wirkungen indes bekommt – über kurz oder lang – jeder zu spüren. Und zwar nicht nur, indem wir vom nächtlichen Autoverkehr um den Schlaf gebracht werden oder um 2.00 Uhr morgens an der Tankstelle noch *Sixpack* nebst Chips und Chilisauce erwerben können. Die Zeit ist der Generator einer Struktur, „die in ihrer Unlesbarkeit besteht für alle, die sie nicht kennen, die also Fremde sind; die nur denen durchsichtig ist und vollkommen sichere Orientierung gestattet, die sie sich angeeignet haben dadurch, dass sie in ihr wohnen, in ihr zuhause sind oder täglich in ihr zu tun haben“.¹

1. Gesellschaft und Effizienz

In einem gewissen Sinne liegt das Kennzeichen der Moderne in der Trennung der erlebten Welt der Individuen von Zeit und Raum sowie in „deren Neuverbindung in Formen, die die Einteilung des sozialen Lebens in präzise Raum-Zeit-Zonen gestatten“. Es ist dies jenes „disembedding“, mit dem Anthony Giddens die „Entbettung“ gesellschaftlicher Beziehungen aus ortsgebundenen Interaktionszusammenhängen beschrieb.² Unter den Bedingungen der Globalisierung gewinnt der Wandel der Zeitstrukturen generell an Dynamik. Deren Auswirkungen wiederum offenbaren sich zuerst – und wohl auch am stärksten – in den Städten: Und zwar nicht nur in der Ausdifferenzierung der Arbeitszeiten nach Dauer und Lage, in modifizierten Lebensgewohnheiten oder der Veränderung der Ladenöffnungszeiten.

Bereits in den 1930er Jahren wurde von Ernst Bloch der Begriff der Ungleichzeitigkeit zur Beschreibung der widersprüchlichen Wirklichkeit kapitalistischer Gesellschaften in die Diskussion eingebracht. Er verweist auf die Koexistenz verschiedener

1 U. Conrads, *Zeit des Labyrinths – beobachten, nachdenken, feststellen 1956-2006*, Basel 2007, S. 222.

2 A. Giddens, *Konsequenzen der Moderne*, Frankfurt a.M. 1990, S. 28 u. 33.

Zeiten in einer Gegenwart, auf Wirkweisen unerledigter Vergangenheit und verhinderter Zukunft, auf Widersprüche in und zwischen den gesellschaftlichen Verhältnissen. Man kann, so Bruno Latour, Zeit definieren „als eine ‚Ordnung der Aufeinanderfolge‘ und Raum als eine der ‚Gleichzeitigkeit‘. Solange wir alles unter der Macht des Fortschritts zu den Akten nahmen, lebten wir in der Zeit der Aufeinanderfolge. Kronos fraß alles Archaische und Irrationale in seiner Nachkommenschaft auf und verschonte nur jene Nachkommen, denen eine strahlende Zukunft bestimmt war [...] Die revolutionäre Zeit, der große Vereinfacher, ist ersetzt worden durch die Zeit des Zusammenlebens, die alles kompliziert macht. Anders gesagt, der Raum hat die Zeit als prinzipielles Ordnungssystem abgelöst.“³ Und doch gestaltet sich das Wechselverhältnis von Raum und Zeit offenkundig immer komplexer: Ortszeit wird um Echtzeit ergänzt; Kommunikationstechnologien machen die Gleichzeitigkeit zu einer weltweiten Erfahrung. Die Globalisierung lässt die Entfernung zwischen den verschiedenen Lebenswelten schrumpfen. Am konkreten Ort häuft sich indes das Kontrafaktische: Wachstum und Schrumpfung vollziehen sich heute kleinräumig neben- und ineinander; zur selben Zeit und in der gleichen Stadt expandieren Gewerbe und Wohnen gen Suburbia, während in der City Gebäude leer stehen und Flächen brach fallen.

Unabhängig davon stellt Stadt eine Ansammlung von Räumen dar, in denen Geschichte und Geschichten eingelagert sind: Offensichtliche und verborgene, vertraute und mit Aufregung zu entdeckende. Diese unbekannte und unsichtbare Dimension der Zeit betrifft nun nicht nur Gebrauchswert und Stimmung, sondern die Wahrnehmung überhaupt. Der nigerianische Schriftsteller Chris Abani hat dies einmal so beschrieben: „Sie haben mal eine Untersuchung gemacht: Leute, die hier lebten, wurden gebeten, die Stadt zu zeichnen, in der sie zu Hause sind. Die korrektesten Zeichnungen stammten von jenen, die am kürzesten da waren, ungefähr fünf Jahre. Nach zehn Jahren zeichneten die Leute ihre täglichen Wege und Abkürzungen, die nichts mehr mit einem maßstabsgetreuen Stadtplan zu tun hatten. Nach zwanzig Jahren hatte ihr Stadtbild nichts mehr zu tun mit irgendetwas außerhalb ihrer eigenen Vorstellung.“⁴

Freilich, dass die Zeit gleichsam eine aktiv eigenständige Rolle übernimmt, stellt ein vergleichsweise junges Phänomen dar: Erst die Industrialisierung verkoppelte Produktion, Transport, Verteilung und Verbrauch der Güter auf der Grundlage des Prinzips der abstrakten Zeit. Sie sorgte für eine Beschleunigung von der Produktion bis zum Konsum durch den Einsatz von Zeitverkürzungsmaschinen und -techniken. Sie forderte alle Beteiligten zu einem neuen Umgang mit der Zeit auf: zu ihrer wirtschaftlichen Nutzung. Sie führte zur Bewirtschaftung der Zeit, die zu einem anerkannt ökonomischen Faktor wurde. Die vermehrte Arbeitsteilung machte gleichzeitig eine Synchronisierung von einzelnen Produktionsbereichen unumgänglich, die sich in Terminabsprachen und dem Einhalten von Terminen äußerte. Die effiziente Ausnutzung der Investitionen zwang die

3 B. Latour, *Von der Realpolitik zur Dingpolitik*, Karlsruhe 2005, S. 74.

4 Chr. Abani, *Der diebische Engel*, in: *Süddeutsche Zeitung*, 26.05.2007.

Unternehmer zudem zu einem rascheren Umschlag des Anlagekapitals sowie zu einer strenger Disziplinierung der Arbeiter hinsichtlich der Zeit. Mit der Elektrifizierung des Alltags verstärkte sich aber auch die soziale Disziplinierung; ein rationales, „zeitgemäßes“ Denken setzte sich allenthalben durch. Und dies war zugleich der Ausgangspunkt, von dem aus auch im übrigen Leben der Geschwindigkeit zur Herrschaft verholten wurde.⁵

Seit Ende des 19. Jahrhunderts wurde „Effizienz“ zu einem gesellschaftlichen Schlüsselbegriff, die Uhr zu ihrem entscheidenden Gradmesser. Implizit steckte dahinter die Aufforderung, die Zeit optimal zu nutzen, schneller zu arbeiten und schneller zu leben. Geschwindigkeit und Tempo infizierten die Gesellschaft als Ganzes und formten auch den Privathaushalt nach ihren Regeln. Die Hausfrau musste sich bei ihrer Arbeit von Zeitnehmern über die Schulter blicken lassen, die Wohnungseinrichtung wurde nach zeitökonomischen Gesichtspunkten zusammengestellt, indem der Wohnungsgrundriss als zeitsparende Wohnmaschine konzipiert wurde. Damit setzte ein zivilisatorischer Prozess ein, der das Alltagsleben immer weiter verregelte – und der bis heute keineswegs obsolet ist.

2. Zeitmaschine Architektur

In einer – zugegebenermaßen etwas zurückliegenden – Vergangenheit waren Bauten eine besonders handfeste Wirklichkeit, weil ihre Voraussetzung eine zwar nicht ‚hand‘-feste, dafür aber ‚gefühl‘-feste, noch stabilere sinnbildliche Wirklichkeit war, ein Interpretationszusammenhang der Welt, der gemeint ist, wenn von Kultur oder Stil gesprochen wird. Architektur war darin ein Leitsystem, in dem und an dem sich Glaube und Absicht einer Kultur mit einer je spezifischen symbolischen Wirklichkeitsauffassung objektivierten. Neben ihren offenkundigen Funktionen hatte Architektur stets auch andere, die dann wiederum Ausdruck gesellschaftlicher Konventionen waren.

Seit der Renaissance versuchen Baumeister über die Zeitdimension verlorene Architekturbilder wieder zu beleben. Die Rolle der Avantgarde war diesbezüglich ambivalent – und zwar nicht nur, weil sie gegen die Stilregeln des Zeitgeistes verstieß. Die Suche nach dem Neuen war das konstituierende und zugleich tragische Moment der großen Erzählungen der Moderne. Es ist ja offenkundig, dass es etwa dem Bauhaus „um nichts Geringeres als einen großen und für alle modernen Zeiten denkwürdigen Neuanfang ging, um ein neues und ewig währendes ‚Heute‘“.⁶ Der Blick voraus wurde jeweils durch seinen gesellschaftlich emanzipatorischen und kritischen Gehalt legitimiert. Allerdings

5 Als treibende Kraft dahinter macht Lewis Mumford wiederum „die Maschine“ aus. Sie sei, aufgrund ihrer rationalen Konstruktion und der Vollkommenheit ihrer Leistung, nunmehr zu einer Art „moralischen Kraft“ geworden, die dem Menschen neue Maßstäbe setze; vgl. *L. Mumford, Mythos der Maschine*. Frankfurt a.M. 1980³, S. 571.

6 *S. Neef, An Bord der Bauhaus. Einleitung, in: dies. (Hrsg.), An Bord der Bauhaus. Zur Heimatlosigkeit der Moderne*, Bielefeld 2009, S. 12.

hat das kapitalistische System die radikale Ikonographie des Neuen rasch verdaut – und zum Reflex verharmlost.⁷ Eben diese Verwertungsdynamik, so etwa Amsoneit/Ollenik, sei Teil des heutigen Dilemmas. „Philosophisch gesehen, zielte die Klassische Moderne auf die Überzeitlichkeit und auf einen unveränderlichen Idealzustand der Architektur. Praktisch führten aber die Experimente der Moderne zu einem beschleunigten Zerfallsprozess der Gebäude.“⁸ Und das Antlitz der Städte spottete heute aller gestalterischen Konvention.

So scheint es denn nur konsequent, wenn heute vor allem das Fehlen des „guten Durchschnitts“ beklagt wird: „Bemerkenswerte Qualität wurde zu einer singulären Erscheinung. Überall sonst machte sich dasselbe belanglose Durcheinander breit. Das Bauen nahm in seiner Masse den Charakter eines Zerstörungswerks an Stadt und Landschaft an. In einem Metier, das so schwierig ist wie die Architektur, kommt nicht weit, wer immer wieder ganz von vorn beginnt. In den Sprachen, die einst mit konventioneller Geläufigkeit zu Gebot standen, war viel mehr Wissen und Können gespeichert, als in einer einzigen Generation von neuem hätte aufgebaut werden können.“⁹ Einzelne – wie auch immer gelungene – architektonische Großtaten schaffen noch längst keine *Baukultur*. Denn diese ist nicht isoliert zu sehen, nicht greifbar, sondern tief eingewoben in Mentalitäten, Gewohnheiten einer Gesellschaft. „Wir reden heute nicht mehr gerne davon, dass das Bauen bis ins 20. Jahrhundert hinein eine gesellschaftliche Grundlage hatte, nämlich die der Konvention. Was bedeutet, dass Architektur nicht in großer Selbstverständlichkeit von Architekten geschaffen, sondern mit der (informierten, gebildeten) damals vorhandenen Gesellschaft beredet wurde. Sie sorgte dafür, dass im Neuen das Vorherige wiedererkannt werden konnte, dass das Vertrautsein mit gebauter Form nicht unterbrochen wurde.“¹⁰ Umgekehrt hat das heute „gebrochene Vertrautsein“, der Verlust an Konventionen naturgemäß viel mit unserer Gesellschaft zu tun.

Die moderne Architekturtheorie hat die Auffassung eingeführt, dass gebauter Raum in einem vierdimensionalen Raum-Zeit-Kontinuum stattfindet, in erster Linie durch die Bewegung des Wahrnehmenden. Doch die Zeit ist, wie es der amerikanische Philosoph Karsten Harries formuliert, „nicht nur um den domestizierenden Raum herum. Sie ist auch eine große Schutzmaßnahme gegen den Terror der Zeit.“¹¹ Insofern artikuliert Architektur tatsächlich auch Zeit; sie gibt dem unermesslichen, ortlosen und unendlichen

7 Wobei man einräumen muss, dass es wahrscheinlich notwendig war, mit der Vergangenheit zu brechen, um der heutigen Gesellschaft die Freiheit zu geben, das Wertvollste aus ihr auswählen zu können – wie ein Heranwachsender mit seinen Eltern brechen muss, bis er reif genug ist, von der älteren Generation schließlich das zu übernehmen, was seiner Entwicklung förderlich ist.

8 W. Amsoneit/W. Ollenik, *Zeitmaschine Architektur. Eine Einführung in die Architekturtheorie*, Essen 2008, S. 59.

9 G. Franck/D. Franck, *Architektonische Qualität*, München 2008, S. 225.

10 P. Peters, *Ehrlichkeit*, in: *Deutsche Bauzeitung*, Nr. 10, 2002, S. 47.

11 Im Original: „Architecture is not only about domesticating space, it is also a deep defence against the terror of time“, K. Harries, *Building and the Terror of Time*, in: *Perspecta* (Yale Architectural Journal), issue 19, 1982, S. 59-69.

Raum ihr auf Erfahrung beruhendes menschliches Maß und Bedeutung, und sie verhilft auch der endlosen natürlichen Zeit zu ihrem menschlichen Maßstab. Folglich ist die übliche Sicht von Architektur als Projektionen von futuristischem Interesse und Aspiration für Neues falsch. Statt den Sinn für Kontinuität, für die Historizität der Kultur und die menschliche Erfahrung zu stärken, erleben wir seit gut 15 Jahren eine zunehmende Bildhaftigkeit gesellschaftlicher Kommunikation, die *Iconic turn* genannt wird und in der visuelle Medien und Phänomene bestimmend geworden sind. Nicht zuletzt die Domäne der Architektur glaubte, von diesem Anzeichen für einen grundsätzlichen kulturellen Wandel zu profitieren. Doch diese neue öffentliche Wirkung, die suggestive Kraft von Bildern unterlaufen zuweilen jede vernunftgemäße Argumentation. Diesen schalen Beigeschmack meint, wer von der sprichwörtlichen Bilderflut redet.

Dass das Nachdenken darüber bei Produzenten und Verbrauchern zu kurz kommt, kann selbst ein durchweg positiv besetzter Begriff wie „Patina“ nicht verschleiern. Meist dient er als Metapher für die Spuren, die die Zeit einem Bauwerk einschreibt. Sieht man einmal genauer hin, dann offenbart sich jedoch ein Widerspruch in unserer Rezeption von Alterungsprozessen: Kupferdächer mit Grünspan, ausgetretene Stufen in ehrwürdigen Treppenhäusern, von häufigem Gebrauch blank geriebene Bronzegriffe: all das trägt den Schein von Beständigkeit und „guter alter Zeit“. Bröckelnder Putz, blätternde Farbe, rostige Träger: das signalisiert Endlichkeit, Vergeblichkeit und Verfall. Im Alltag des Planens und Bauens ist mit dem Zeitbegriff zumeist die diskursive Bezugnahme auf das Prinzip „Denkmal“ gemeint. Dessen Erhalt und Pflege ergänzt mit der Optik des Anwalts geschichtlichen Bewusstseins die bisweilen entgegengesetzte Perspektive des Architekten. Holzschnittartig gesagt: Der Architekt erkennt im Alten mit seinem in die Zukunft gerichteten Blick das Gegenwärtige, der Denkmalpfleger sieht im Alten das erhaltenswerte Zeugnis der Vergangenheit. Diese Verkürzung hat ihre eigene Geschichte in der Entwicklung der Moderne, und sie ist folgenreich: Hier die Fixierung auf das Neue, dort die Einbalsamierung des vom Leben isolierten Monuments. Und oft genug begünstigte sie ein unbefriedigendes Nebeneinander von grell kontrastierender baulicher Intervention und brav restauriertem Bestand.

Die Ansprüche von historischer Wahrheit einerseits und ästhetischem Eigenwert andererseits müssen aber, so schwierig dies ist, verhandelt werden. Zumal die Herausforderung für die Politik gerade darin bestehe, „den Wert von Denkmälern als einen strategischen Faktor im Schachspiel um die Zukunft und auch die Wirtschaftlichkeit der Städte zu betrachten“.¹² Mit Blick auf die Dresdner Frauenkirche oder das Berliner Schloss stellt sich zwangsläufig die Frage, wieviel Kulturpessimismus in den aktuellen Überlegungen zur Rekonstruktion steckt, und ob, bzw. inwieweit man sie nicht als Ergänzung zu einem stark reduzierten Denkmalbestand, der für sich genommen nicht ausreichend Bilder erzeugen kann, anerkennen muss. Schließlich zeichnet sich ja eine

12 W. Amsoneit/W. Ollenik (s. A 9), S. 165.

allgemeine Tendenz ab, die noch weiter geht: „Der gründerzeitliche Städtebau scheint dem modernen sowohl immobilienökonomisch als auch stadträumlich überlegen zu sein.“¹³ Nebenbei sollte dies Anlass sein, über das Verhältnis von Gedächtnisverlust und Erinnerungsarbeit sowie über die Frage nachzudenken, was es denn bedeute, Geschichte zu bewahren und zu vergegenwärtigen. Dass es darauf nicht eine, sondern viele Antworten gibt, das macht jeder Spaziergang etwa durch Berlins Mitte augenfällig, wo man das Wiedererstehen der historischen Stadtgestalt (Stand: vor der Zerstörung im Zweiten Weltkrieg) als Nebeneinander und Durcheinander von Kopieren, Rekonstruieren und Konservieren erleben kann.

3. Stadtbild, Zeitgeist und das Problem der Planung

Dass Ordnungsprobleme eines Staatswesens und einer Volkswirtschaft eine inhärente Verknüpfung mit dem Raum aufweisen, wird heute weithin ignoriert. „So wie der Historizismus sich nicht für die strukturierende Rolle der Zeit interessierte, übergeht ein vielleicht noch weiter verbreiteter ‚Geographismus‘ die Rolle räumlicher Strukturbildungen.“¹⁴ Unsere gesellschaftliche Kurzatmigkeit widmet indes auch der Temporalität keine besondere Aufmerksamkeit. Sie erscheint eher wie der blinde Fleck im Auge des Betrachters. Tatsächlich artikuliert Zeit sich als Abfolge, aber auch als Nebeneinander und wechselseitige Überlappung von Phasen und Perioden. Der zeitliche Rhythmus der Stadt wird geprägt durch die unterschiedlichsten Taktgeber formeller und informeller Art. Dazu gehören Betriebszeiten genauso wie natürliche Rhythmen, Lebensgewohnheiten oder sozial-kulturelle Orientierungen.¹⁵

Desgleichen sind – gerade in der Stadt – die Zeit und die traditionellen drei Raumdimensionen untrennbar miteinander verbunden. Denn hier „verschmelzen räumliche und zeitliche Merkmale zu einem sinnvollen und konkreten Ganzen. Die Zeit verdichtet sich hierbei [...] der Raum gewinnt Intensität [...]. Die Merkmale der Zeit offenbaren sich Raum, und der Raum wird von der Zeit mit Sinn erfüllt und dimensioniert.“¹⁶ Das Beispiel des Fordismus macht das sinnfällig. Er hat nicht nur Binnenmarkt und Massenkonsum in den Mittelpunkt gerückt, sondern auch die Systeme sozialer Sicherung, einen hoch arbeitsteiligen Arbeitsalltag, die Mobilität und die Familienzelle als Kompensation dieses dicht regulierten Alltags. Das den Raum ordnende Prinzip dieser Phase war die Zonierung: Nicht nur Wohnen und Arbeit wurden in unterschiedlichen Gebieten organisiert; vom Kinderspielplatz über die Fußgängerzone bis hin zum Landschafts-

13 Ebda., S. 200.

14 G. Held, *Territorium und Großstadt. Die räumliche Differenzierung der Moderne*, Wiesbaden 2005, S. 9 f.

15 Vgl. J.P. Rinderspacher, *Der Rhythmus der Stadt – Die Bedeutung der Zeit für die städtische Gesellschaft*, Berlin 1988 (difu-Materialien 1/88).

16 M.M. Bachtin, *Formen der Zeit und des Chronotopos im Roman*, in: E. Kowalski/M. Wegner (Hrsg.), *Untersuchungen zur Poetik und Theorie des Romans*, Berlin 1986, S. 236.

schutzgebiet bildet dieses Prinzip den roten Faden. Die Architektursprache dieser Zeit war – ausweislich nicht nur der industriell erstellten Großsiedlungen – der Standardisierung und Gleichmacherei verpflichtet.

Spätestens die Postmoderne hat zwar mit dieser Vorstellung aufgeräumt. Geblieben aber ist die Auffassung von einer linearen Entwicklung mit einem festen Fluchtpunkt. Dem ist allerdings nicht so. Bereits die Veränderungen der Arbeitswelt – oder die der Ladenöffnungszeiten – hat ungeahnte Folgen.¹⁷ Grundsätzlich, auf gesellschaftlicher Ebene, wird man auch konzedieren müssen: Alle Rettungsaktionen und alle Präventionen sind rückwärts gewandt. Je mehr sie für sich beanspruchen, die Zukunft zu beherrschen, umso gefährlicher werden sie. Politiker, Intellektuelle, Planer, Unternehmer möchten die Zukunft in den Griff nehmen, um ‚Planungssicherheit‘ zu geben. Sie wollen den Zufall eliminieren. Aber sie haben nicht alle Informationen, und sie wissen noch nicht einmal, welche Informationen relevant sein werden. Und selbst wenn sie es wüssten, könnten sie nicht ahnen, ob sich deren Relevanz im Zeitverlauf ändert. Denn die Zukunft ist eine spontane Ordnung, sie ist „Ergebnis menschlichen Handelns, nicht menschlichen Entwurfs“, wie der schottische Aufklärer Adam Ferguson einmal schrieb. Handeln aber ist immer ein Akt der menschlichen Freiheit, bezogen auf die Freiheit anderer, nicht denkbar ohne Zufall und überraschende Konstellation, sei sie glücklich oder unglücklich. All das entzieht sich der Planbarkeit.

So nimmt es nicht wunder, wenn die Kategorie Zeit sich in der Stadtentwicklung durchaus diffus und widersprüchlich bemerkbar macht. Was umgekehrt bedeutet, dass man Urbanismus – mehr als bisher – als vielschichtiges und wechselseitig verknüpftes Gebilde begreifen muss: Bei einer sektoralen Optimierung geraten die oft durch komplexe Rückkopplungs- oder Kumulierungseffekte verstärkten Auswirkungen auf die Stadtentwicklung aus dem Blickfeld. Allzu oft werden Wirkungsgrad und Nachhaltigkeit einzelner Maßnahmen durch die Nebenwirkungen anderer Politikbereiche wie z.B. der Steuerpolitik, der Wirtschaftsförderung, der Sozialpolitik oder diverser Umweltmaßnahmen beeinträchtigt: Gewissermaßen „Kollateralschäden“ des Umstandes, dass viele Programme weithin „raumblind“ sind, weil sie einen konkreten Gebietsbezug ausblenden, weil territoriale Kategorien für sie nicht aktiv existieren.

Zudem wäre das „klassische“ Planungsverständnis auf den Prüfstand zu stellen: Traditionell wird zunächst ein Ergebnis bzw. ein Produkt formuliert, um im zweiten Schritt zu überlegen, wie dieses erreicht werden kann. Vielleicht wäre dieses Verhältnis heute umzudrehen: Als Frage, wie eine Entwicklungsdynamik entfaltet werden kann, ohne dass ein idealer Endzustand antizipiert und (vorschnell) fixiert wird. Temporäre Nutzungen sind als Korrektiv und Komplementär eines (wie auch immer gearteten) verbindlichen Masterplans zu verstehen: Sie gehen vom Kontext und vom aktuellen

17 Vgl. D. Henckel/B. Grabow/H. Kunert-Schroth/E. Nipper/N. Rauch, *Zeitstrukturen und Stadtentwicklung*. Stuttgart 1989, S. 30 ff.

Zustand statt von einem fernen Ziel aus, sie versuchen Bestehendes zu verwenden statt alles neu zu erfinden, sie kümmern sich um die kleinen Orte und kurzen Zeiträume sowie die Zustände zu verschiedenen Zeitpunkten. Damit reagieren sie in gewisser Weise auf jenes Dilemma, das Lucius Burckhardt der Stadtplanung *in toto* zuschreibt: Erweist sie sich doch als „ein Zuteilen von Bequemlichkeiten und von Leiden; alles was Stadtplanung plant, bringt irgendwelchen Leuten Vorteile und anderen Nachteile. [...] Probleme sind unlösbar – und zwar deshalb, weil sie durchgesetzt sind von Leidenszuteilungen. Bei Problemen gibt es keine beste und endgültige Lösung. Es gibt nur Möglichkeiten, wie sich die Gesellschaft für eine Weile einigermaßen gut durchwursteln kann.“¹⁸ Temporarität kann darüber hinaus aber auch heißen, die Richtigkeit sofortiger Intervention in Zweifel zu ziehen. Häufig braucht es Geduld, eine konsolidierte Abwartehaltung, den berühmten „langen Atem“, wenn man mit bestimmten Problemsituationen in der Stadt umgehen will.¹⁹

Atmosphäre baut sich gerade in der Dimension städtebaulicher Phänomene nur über lange Prozesse auf. Ohnehin wird man einräumen müssen, dass der Rhythmus einer *belebten* Stadt von Ungleichzeitigkeit geprägt ist. Hier funktioniert nichts nach einem zentralen Zeitregime. Jahreszeiten und Öffnungszeiten müssen ihre strukturierende Gewalt verlieren, wenn Spontanes, Ungeplantes und Unerwartetes möglich sein sollen. Eine Stadt ist nur dann lebendig, wenn man darauf hoffen darf, dass nicht alles nach Plan verläuft. Die tatsächlich urbane Stadt lebt wesentlich von der beständigen Erwartung, dass alles, was ist, auch anders sein könnte. Doch nach wie vor gilt: „Das Unübersehbare, Nicht-Lesbare, nicht nach einem erkennbaren Prinzip Geordnete, also chaotisch Erscheinende provoziert zu allen Zeiten das Bedürfnis, es ‚in Ordnung‘ zu bringen, ihm ein Prinzip einzuverleiben oder überzustülpen, auf daß sich das scheinbar Ungeordnete nach diesem ausrichte.“²⁰ Ob nun von Seiten der (Stadt)Politik oder der planenden Zunft: Die Idee des gesellschaftlichen Fortschritts wurde bislang – und wird wohl noch immer – viel zu stark an die Semantik neuer urbaner Layouts geknüpft, die Eigendynamik des Bestehenden negiert. Damit laufen die vielpostulierte Erwartung „Urbanität zu schaffen“ und die reale Entwicklung offenkundig auseinander.

18 L. Burckhardt, Das Ende der polytechnischen Lösbarkeit (1989) in: *ders.*, Wer plant die Planung? Architektur, Politik und Mensch, hrsg. von J. Fezer und M. Schmitz, Berlin (o. J.), S. 119-128, hier S. 122 u. 128.

19 Geduld haben ist schon deswegen von Bedeutung, weil man häufig nicht sofort wissen kann, was das eigentliche Problem und was – vor allem – das Potential einer urbanen Situation in einer bestimmten Zeit ist. „Hände weg, liegenlassen“ hat Karl Ganser schon vor Jahren programmatisch gefordert und zugleich vor der Lebenslüge gewarnt, mit der sich unsere Gesellschaft an den vermeintlichen Rettungsanker Funktionswandel klammert: „Denn irgendwann werden die Dinge liegen bleiben.“ Damit darf man umgekehrt nun nicht dem Attentismus, dem Nichtstun das Wort reden. Im Gegenteil. Aber es mag heißen: Lieber ein bisschen länger nachdenken und abwarten, sich nicht durch – oftmals ohnehin vermeintliche – Sachzwänge unter Druck setzen lassen.

20 U. Conrads (s. A 1), S. 217.

Dennoch, und dem nicht widersprechend, braucht die Stadt im gleichen Maße Regeln wie die Gesellschaft eine Verfassung. Statt sie bei jedem auftretenden Problem neu zu fassen oder aber als Kulturgebilde aufzugeben, wäre strukturell an Bewährtes anzuschließen. Und es braucht eine Verständigung über die Hierarchie von Stadtbausteinen: „Was früher öffentlich war, wurde ‚bedeutend‘ gestaltet – Rathaus und Kirche in der mittelalterlichen Stadt, Postamt, Bahnhof, Schule oder Stadttheater in der Stadt des 19. Jahrhunderts. [...] Eine Hierarchie trägt zur Verstehbarkeit der Architektur bei, weil sie Orientierung vermittelt. Verstehbarkeit wiederum gibt dem Bürger die Chance, auch Neues einzuordnen.“²¹ Jenseits aller Versuche, mit immer wieder neuen Ideologien oder primär technischen Mitteln die Probleme der Städte in den Griff zu bekommen, existieren einfache Raumdispositionen, urbanistische Bausteine und stadträumliche Elemente, mit denen auch heute noch gut umzugehen ist, wenn sie denn mit neuen Inhalten gefüllt werden. Kongenial eingesetzt, wird jedem Benutzer auch ohne geschriebene Regeln und selbst unter den Bedingungen zerstörter gesellschaftlicher Konventionen über das Leben in der Stadt klar, dass hier nicht alles an jedem Platz und zu jeder Zeit stattfinden kann.

4. Die Ungleichzeitigkeit der belebten Stadt

Fraglos wird im sich verschärfenden Städtewettbewerb das ‚Branding‘ als Strategie immer wichtiger. Doch im Bestreben, ihr Marken-Image zu verbessern, konzentrieren sich viele Städte mehr auf die Werte und Emotionen, die die Kunden und Bürger mit dem ‚Produkt‘ verbinden, als auf deren Qualität selbst. Die Stadtoberen befeißigen sich einer Haltung, die die „Ökonomie der Aufmerksamkeit“ (Georg Franck) verinnerlicht zu haben scheint: Sie zeichnen ein attraktives Bild der Stadt vor, für das sie, was sichtbar sein soll, auswählen und anderes abblenden. Es ist dies die inszenatorische Wirklichkeit vieler Städte: Und in der scheint die ‚objektive Kultur‘ der Sachen und Sachanlagen einen viel größeren Raum einzunehmen als die ‚subjektive Kultur‘ der Menschen. Diese Sachdominanz degradiert den Bewohner zur Randfigur, der in der Großstadt gar nicht mehr ‚Herr im eigenen Haus‘ ist, sondern mit einer Realität umgehen muss, die ihn übersteigt und die ihm immer wieder voraus ist. Denn dem Durchschnittsmenschen ist „die ganze Stadt als eine riesige Schmiede erschienen, in der alles der Bearbeitung unterlag, in der es keinen Unterschied mehr gab zwischen Werkstück und Schmied, alles war zugleich Werkstück und Schmied, jeder und jedes wurde bearbeitet und bearbeitete selbst, ein Ende dieses Prozesses war nicht vorgesehen; der Bearbeitungsprozess registrierte keine Stufe der Vervollkommenung, selbst wenn es eine Vollkommenheitsstufe in diesem Prozess gab, so funktionierte alles ohne die geringste Unterbrechung weiter, die Vollkommenheitssekunde ging ganz mechanisch über in die Periode der Zerstörung,

21 G. Kähler, Heimat, deine Sterne, in: Süddeutsche Zeitung, 18.02.2008, S. 13.

denn selbstverständlich hielt kein Material und kein Mensch diese Bearbeitung für alle Zeit aus.“²²

So problematisch die Analogie mit einem natürlichen Organismus auch sein mag, so sehr gibt es doch Ähnlichkeiten, die das Verständnis von Stadt erleichtern. Lebende Organismen erneuern z.B. permanent einen Teil ihrer Zellen, aber niemals alle gleichzeitig und selten an einer Stelle konzentriert. In Rhythmen von fünf bis fünfzehn müssen zum Beispiel Gebäude renoviert werden, um als Baubestand aufrechterhalten zu werden. Geschäftsbauten, Produktionsanlagen und Infrastrukturen haben charakteristische Investitions- und Lebenszyklen, die eingehalten sein wollen, wenn ihre Art der Raumnutzung auf Dauer sichergestellt werden soll. Werden diese Rhythmen gestört oder übergangen, so äußert sich dies häufig in Verödung, Verslumung und Brachliegen von Arealen. Doch selbst solche Desinvestitionsphasen können wiederum zu regulären Takteilen noch längerer Rhythmen werden.²³ Besondere Ereignisse aber hinterlassen zumeist spezifische Spuren, wobei der Organismus in der Regel Narben, Verfestigungen oder Umwege zur Abwehr eines bedrohlichen Ereignisses entwickelt. Ähnliche Spuren haben sich oft in Stadtgrundrissen über Jahrhunderte konserviert. Auch bei Städten lässt sich ein permanenter ‚zellulärer‘ Erneuerungsprozess feststellen. Komplexe biologische und menschliche Systeme haben Ähnlichkeiten in der Trägheit des Systemverhaltens gegen plötzliche Veränderungen. Doch „auch ‚gewachsene‘ Strukturen sind auf insofern planmäßiger Art gewachsen, dass sie nur wachsen konnten, solange sie funktioniert haben. Straßen- und Platzräume entstehen nicht von selbst, sondern dadurch, dass sie festgelegt und von Bebauung freigehalten werden.“²⁴ Zwar entstehen Veränderungen aus individuellen und gesellschaftlichen Interessen heraus und nicht aus der Struktur selbst. Aber die Eigenart der Struktur hat darauf einen gewissen Einfluss.

Selbst in der drängenden Ökonomie der Zeit schwingt – in einer Art gegenläufigen Pendelschwingung – die Ahnung davon mit, dass die Beständigkeit der gewohnten Räume um die Menschen herum das Aushalten von sozialen und anderen Veränderung abfordert, wenn nicht gar ermöglicht. „Untrennbar von unserem Ich sind die gewohnten Bilder der äußeren Welt.“²⁵ Überspitzt ausgedrückt: Je schneller der Wandel der Arbeits- und Lebensweisen, um so wichtiger scheint die Trägheit der alten Routinen und Formen als mentales Gegengewicht zu sein. Wenn die Zeitachse aus Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft keine sichere Orientierung mehr bietet, wenn „quer dazu“, im „Hier und Jetzt“, die viel zitierte Gleichzeitigkeit von Ungleichzeitigem Verwirrung stiftet, scheint man den Fortschritt im Bewahren zu suchen.

22 M. Walser, Ehen in Philippsburg, Frankfurt a.M. 1957, S. 166.

23 Wo es, wie zum Beispiel in amerikanischen Städten, üblich ist, dass Quartiere immer wieder von neuem entwickelt werden, um nach einer gewissen Spanne hochwertiger Nutzung dann wieder einen Prozess des Herabfiltern überzugehen, haben diese Quartiere selber Lebenszyklen von 50 bis 100 Jahren.

24 G. Franck/D. Franck (s. A 9), S. 248.

25 M. Halbwachs, Das kollektive Gedächtnis, Frankfurt a.M. 1985, S. 127.

Dafür ist mit der „europäischen Stadt“ eine Art Leitbild gefunden, das – gerade weil es so affirmativ wie vage gehalten ist – eine breite gesellschaftliche Akzeptanz verbuchen kann. Wenn nun mit der „europäischen Stadt“ nicht bloß eine normative Orientierung gesucht, wenn die zentralen Konstituenten dahinter erkannt und stabilisiert würden, dann kann hierin auch ein neuer „Möglichkeitssinn“ liegen. Stadtveränderung ist Detailarbeit, ein sanftes Steuern von Prozessen, die am besten gleichsam von selbst laufen; zumal die „Einwirkungsmöglichkeiten auf große Prozesse gering [sind]. Die Selbstheilungskraft komplexer Systeme ist, sofern sie noch vital genug dazu sind, und das ist eine Frage ihrer inneren Notwendigkeit, meist ausreichend. Dass bei derartigen Selbstheilungsprozessen lineare Verläufe, an die wir uns so rasch gewöhnen, die Ausnahmen sind, ist ein Wirkungsgesetz der Welt.“²⁶ Gerade die inhärente Koppelung von stabilen und instabilen Prozessen ist es, was Städte einerseits zu höchst dauerhaften und andererseits zu brodelnd lebendigen Gebilden macht. Städte gehören zu den beständigsten gesellschaftlichen Strukturen überhaupt. Ihre Dauerhaftigkeit ist aber unlösbar verbunden mit ständiger Veränderung und Entwicklung. Für den Städtebau die Zeit „urbar zu machen“, wie es der große Aufklärer Georg Christoph Lichtenberg schon gefordert hat, bleibt die Aufgabe.

26 Chr. Hackelsberger, *Lebensraum Stadt. Nachdenken über Stadt heute und morgen*, Stuttgart 1985, S. 18 f.

Selektive Abwanderung oder Umzugschance für alle?

Eine Fallstudie zu innerstädtischen Wanderungen unter Schrumpfbedingungen

1. Einführung

Leerstehende Wohnungen und Ladenlokale, Brachflächen, die dort entstehen, wo funktionslos gewordene Bausubstanz abgerissen wird und die entstandenen Freiflächen keiner neuen Nutzung zugeführt werden – diese Elemente prägen das Bild schrumpfender Städte. Schrumpfung wird überwiegend als Problem wahrgenommen, aber der Prozess kann für Wohnungssuchende auch positiv gedeutet werden. Aus der Verringerung der Einwohnerzahl folgen, sofern sie mit einer Reduzierung der Haushalte einhergeht, eine geringere Wohnungsnachfrage und damit verbesserte Chancen bei der Wohnungssuche. Dabei ist jedoch strittig, ob verschiedene Gruppen von Nachfragern in ähnlicher Weise von dieser Situation profitieren können. In der Literatur wird insbesondere die These vertreten, dass in schrumpfenden Städten diejenigen Haushalte, die über ausreichendes ökonomisches und soziales Kapital verfügen, unattraktive Stadtteile verlassen und, begünstigt durch das große Angebot und geringe Mieten, nach neuem Wohnraum suchen. Zurück bleiben erzwungen sesshafte Haushalte, die durch problematische sozioökonomische Merkmale gekennzeichnet sind oder in anderer Hinsicht, etwa aufgrund ihrer Herkunft, benachteiligt werden und auf Gebiete des sozialen Wohnungsbaus oder besonders preiswerte Wohnungsbestände mit geringer Wohnqualität angewiesen sind. Demzufolge würde eine Wohnungsmarktentspannung in schrumpfenden Regionen die Dynamik sozial selektiver Wanderungen erhöhen und damit eine Verschärfung sozialräumlicher Ungleichheiten fördern. Dieser Prozess der sozialräumlichen Entmischung durch den Fortzug statushöherer Gruppen wird mit dem Begriff der *passiven Segregation* gekennzeichnet.¹ Im Folgenden Beitrag soll das Spannungsfeld

1 ILS, Demographische Entwicklung - Schrumpfende Stadt, Dortmund 2002, S. 15; H. Häußermann/D. Läßle/W. Siebel, Stadtpolitik, Frankfurt am Main 2008, S. 210; J. Glatter, Strategien der Wohnungsunternehmen in schrumpfenden und wachsenden Märkten, in: G. Hutter/I. Iwanow/B. Müller (Hrsg.), Demographischer Wandel und Strategien der Bestandsentwicklung in Städten und Regionen, Dresden 2003, S. 155; I. Iwanow/P. Franz, Wir haben keine Chance – also nutzen wir sie! Herausforderungen und Handlungsspielräume für ostdeutsche Kommunen und Wohnungsunternehmen angesichts zunehmenden Wohnungsleerstands, in: B. Müller/S. Siedentop (Hrsg.), Schrumpfung – Neue Herausforderungen für die Regionalentwicklung in Sachsen / Sachsen-Anhalt und Thüringen. ARL Arbeitsmaterial 303,

von Problemen und Chancen der Schrumpfung im Hinblick auf die sozialräumlichen Konsequenzen innerstädtischer Umzüge ausgelotet werden. Führen sozialeselektive innerstädtische Umzüge in schrumpfenden Städten zu verstärkten Segregationsprozessen? Oder bieten die veränderten Wohnungsmarktbedingungen in schrumpfenden Städten auch Chancen für benachteiligte Haushalte?

2. Innerstädtische Wanderungen unter Schrumpfungsbedingungen

Tatsächlich weisen empirische Untersuchungen zur Ausbildung sozialräumlicher Muster in Ostdeutschland auf eine sich abzeichnende soziale Segregation hin.² Mit dem Übergang von einem staatlich gesteuerten Wohnungsneubau- und Vergabesystem zu einem nachfrageorientierten freien Wohnungsmarkt haben sich für unterschiedliche Wohnlagen Preisunterschiede herausgebildet. Zusammen mit der Differenzierung der Einkommen und der Ansprüche an Wohnung und Wohnumgebung führte dies in ostdeutschen Städten zu zunehmend selektiven Wanderungen und zu einer sozialen Segregation, die noch bis zur Mitte der 1990er Jahre deutlich weniger stark ausgeprägt war.³ Wiest zeigt am Beispiel von Leipzig, dass mit zunehmender Entspannung des Wohnungsmarktes der Abwanderungsprozess stärker von ökonomisch besser gestellten Haushalten getragen wurde, die überdurchschnittlich häufig ins Umland abwandern.⁴ Für Dresden kann Wustmann und Glatte zufolge von „einer Polarisierung oder gespaltenen Stadt (...) allerdings nicht gesprochen werden, da bisher keine ausschließlichen Pole der Auf- bzw. Abwertung entstanden sind.“⁵ Zwar weisen die Autoren nach, dass sich in Dresden Gebiete herausgebildet haben, die die Enden der sozialen Skala bilden, der Großteil der Dresdener Wohngebiete besitzt aber mittleren sozialen Status. Ein direkter Schluss aus diesen Untersuchungen auf das Segregationspotenzial schrumpfender Städte im Allgemeinen ist jedoch nicht möglich, da die Entwicklung sozialer Segregation in Ostdeutschland immer im Zusammenhang mit dem Transformationsprozess zu interpretieren ist und im Vergleich zum Westen vollkommen unterschiedliche Ausgangsbedingungen bestanden.

Hannover 2003, S. 98.

- 2 D. Wustmann/J. Glatte, Sozialräumliche Differenzierung in Dresden - eine Untersuchung anhand statistischer Daten von 1990 bis 2001 mit Hilfe multivariater Analysemethoden, in: W. Killisch (Hrsg.), Aktuelle Beiträge zur Stadt- und Wohnungsmarktentwicklung in Dresden. Dresdener Geographische Beiträge 9, Dresden 2004, S. 33; A. Hill/K. Wiest, Segregation und Gentrification in der schrumpfenden Stadt. Eine Längsschnittstudie in Leipziger Altbaugebieten, in: P. Oswalt (Hrsg.), Working Papers des Projektes schrumpfende Stadt 4, Halle Leipzig 2003, S. 94.
- 3 I. Iwanow/H. Oertel, Wohnmobilität in Dresden und ihre Folgen für die teilstädtischen Wohnungsmärkte, in: W. Killisch (Hrsg.), Aktuelle Beiträge zur Stadt- und Wohnungsmarktentwicklung in Dresden. Dresdener Geographische Beiträge 9, Dresden 2004, S. 81; D. Wustmann/J. Glatte (s. A 2), S. 49.
- 4 K. Wiest, Der Leipziger Wohnungsmarkt: Teilmärkte und sozialräumliche Differenzierungen, in: Europa Regional 6, 3 (1998), S. 42.
- 5 D. Wustmann/J. Glatte (s. A 2), S. 49.

Auch für westdeutsche Städte gibt es Untersuchungen, die den Zusammenhang zwischen Bevölkerungsrückgang und sozialer Segregation bzw. Sozialhilfedichten thematisieren.⁶ Farwick beschreibt das Phänomen der passiven Segregation in den 1980er Jahren, als es aufgrund von Bevölkerungsverlusten zu einer Entspannung im mittleren Mietpreissegment kam und viele einkommensstärkere Haushalte die Gelegenheit nutzten, unattraktive Wohngebiete wie periphere Großwohnanlagen der 1960er und 70er Jahre zu verlassen.⁷ Nach einer Unterbrechung in den Wendejahren setzten sozialelektive Wanderungen Mitte der 1990er Jahre erneut ein. Für Bremen belegt Farwick eine Gleichzeitigkeit von Schrumpfung und Segregation: Im Zeitraum von 1992 bis 2003 verzeichnete die Stadt Bevölkerungsverluste und es kam gleichzeitig zu einem Anstieg des Segregationsindex für die Sozialhilfeempfänger. Zu ähnlichen Ergebnissen kommt auch Grabbert in seiner vergleichenden Untersuchung der Städte Leipzig und Essen.⁸ Die kalkulierten Segregationsindizes liegen jedoch nicht deutlich über denen anderer, nicht schrumpfender Städte, so dass keine eindeutige Tendenz zu stärkeren Segregationsprozessen in schrumpfenden Städten feststellbar ist.⁹ In die gleiche Richtung weist eine Analyse der Sozialhilfedichten in sechs Fallstudienstädten in Nordrhein-Westfalen, die eine Zunahme sowohl in den wachsenden als auch in den schrumpfenden Städten der Untersuchung belegt.¹⁰

Innerstädtische Wanderungen, die in der Hypothese einer passiven Segregation eine zentrale Rolle spielen, werden in den vorliegenden Studien selten explizit untersucht. Für Dortmund stellt das Institut für Landes- und Stadtentwicklungsforschung und Bauwesen (ILS)¹¹ negative innerstädtische Wanderungssalden insbesondere in Vierteln fest, die entsprechend ihres hohen Ausländer- und Arbeitslosenanteils sowie ihrer unterdurchschnittlichen Wohnflächenversorgung als benachteiligte Quartiere charakterisiert werden können. Hier werden die Abwanderer jedoch nicht weiter sozial differenziert, und es bleibt offen, ob die Segregation im Zuge der Abwanderung aus diesen Vierteln zunimmt.

In einem angespannten Wohnungsmarkt gibt es unbestritten Haushalte, die in ihrer Mobilität eingeschränkt sind, da sie bei der Wohnungssuche benachteiligt werden. Dabei sind verschiedene Dimensionen der Benachteiligung zu unterscheiden: eine ökonomische, eine soziale und eine ethnisch-kulturelle Ebene. Eine geringe Kapitalausstattung

6 Vgl. B. Klagge, Städtische Armut und kleinräumige Segregation im Kontext wirtschaftlicher und demographischer Bedingungen, in: Informationen zur Raumentwicklung 3/4 (2003); K.P. Strohmeier/S. Bader, Bevölkerungsrückgang, Segregation und soziale Stadterneuerung, in: Deutsche Zeitschrift für Kommunalwissenschaften 43, 1 (2004).

7 A. Farwick, Soziale Segregation in schrumpfenden Städten - Entwicklung und soziale Folgen, in: vhw FW 5 (2004), S. 257 f.

8 T. Grabbert, Schrumpfende Städte und Segregation. Eine vergleichende Studie über Leipzig und Essen, Berlin 2008, S. 96.

9 Ebda., S. 110.

10 R. Zimmer-Hegmann u.a., Sozialraumanalyse, Dortmund 2006, S. 97 ff.

11 ILS (s. A 1), S. 15 f.

schränkt die Wahlmöglichkeiten ein. Hinzu kommt, dass bei Haushalten mit geringer Kapitalausstattung Umzugskosten relativ höher zu Buche schlagen und damit zu einer Beschränkung anderer Bedürfnisse führen. Bei geringer Kapitalausstattung ist außerdem der Marktüberblick geringer als bei Haushalten, die z.B. Kapital für Makler einsetzen können.¹² Außerdem kann die Wohnstandortauswahl bei ethnisch-kulturell oder sozial stigmatisierten Gruppen zusätzlich durch Zuzugsbarrieren eingeschränkt werden. Osenberg stellt in einer Umzugsbefragung fest, dass die Möglichkeiten, die sich einem Haushalt auf dem Wohnungsmarkt bieten, nicht nur durch seine finanzielle Situation geprägt sind, sondern insbesondere kinderreiche Familien bei der Wohnungssuche auf Schwierigkeiten stoßen.¹³ Aus der Antizipation von Barrieren bei der Wohnungssuche sowie der insgesamt geringen Realisierungschancen kann eine resignative Unterlassung von Wohnungswechseln folgen.¹⁴ Von sesshaften Haushalten selbst werden geringe Einkommen und Konkurrenz auf Wohnungsteilmärkten als Gründe für ihre Sesshaftigkeit genannt.¹⁵ Denn auch finanzstärkere Haushalte weichen bei einem Nachfrageüberhang auf den Teilmarkt mit günstigeren Wohnungen aus.¹⁶ Auf veränderte Lebenssituationen wird unter diesen Umständen nicht durch Mobilität reagiert, sondern erzwungene Immobilität stellt sich ein.¹⁷ Aber gilt das auch im entspannten Wohnungsmarkt? Es ist nahe liegend, dass die Faktoren, die zu einer erzwungenen Sesshaftigkeit beitragen, wie eine geringe Auswahl an Wohnalternativen und Zuzugsbarrieren, an Bedeutung verlieren.¹⁸ Häußermann, Läßle und Siebel sind jedoch skeptisch und vertreten die Auffassung, dass sich die „Chancen des Schrumpfens für ökonomisch schwächere Haushalte (...) nur einstellen, wenn auch bei den Mieten die Marktmechanismen tatsächlich funktionierten. Sie tun es aber nicht“,¹⁹ da die Eigentümer ihre Preise nicht senken, solange sie die Hoffnung haben, noch Mieter zu finden.

Die vorliegenden empirischen Untersuchungen bieten keine Klarheit. Während Oertel nachweist, dass in Dresden im Zuge der Entspannung des Wohnungsmarktes

- 12 D. Zerweck, Großstädtische Wohnstandorte. Die Bestimmung von Wohnstandortpräferenzen als Planungshilfe zur Stadtentwicklung am Beispiel Nürnberg, Dortmund 1997, S. 54; E. Steinberg, Wohnstandortverhalten von Haushalten bei intraregionaler Mobilität, in: Informationen zur Raumentwicklung 10/11 (1974), S. 411.
- 13 H. Osenberg, Auf Sozialwohnungen angewiesen. Ergebnisse einer Umzugsbefragung bei Haushalten mit Problemen auf dem Wohnungsmarkt, in: BfLR-Mitteilungen 3 (1990), S. 4.
- 14 D. Ipsen, Segregation, Mobilität und die Chancen auf dem Wohnungsmarkt. Eine empirische Untersuchung in Mannheim, in: Zeitschrift für Soziologie 10, 3 (1981), S. 269 f.
- 15 J. Jessen u.a., Untersuchungen zur Mobilität der Wohnbevölkerung in Stadtregionen. Eine Kritik anwendungsorientierter Sozialforschung, in: Leviathan 6, 4 (1978), S. 530.
- 16 R. Kecskes, Abwanderung, Widerspruch, Passivität. Oder: Wer zieht wann um? in: Zeitschrift für Soziologie 23, 2 (1994), S. 184.
- 17 R. Keim, Wohnungsmarkt und soziale Ungleichheit, Basel, Boston, Berlin 1999, S. 292.
- 18 A. Kapphan, Bevölkerungsentwicklung, Leerstand und Segregation. Überlegungen zur Zukunft des Berliner Wohnungsmarktes und der Quartiersentwicklung, in: K. Adelhof u.a. (Hrsg.), Amsterdam - Berlin: Menschen, Märkte, Räume. Berliner Geographische Arbeiten 98, Berlin 2004, S. 3.
- 19 H. Häußermann/D. Läßle/W. Siebel (s. A 1), S. 215.

weniger Zuweisungen durch das Wohnungsamt stattfanden und sich die Haushalte offenbar selber versorgen konnten,²⁰ stellt Grabbert für seinen Untersuchungsraum Essen eine Zunahme der amtlich gemeldeten Wohnungssuchenden fest.²¹ Er vermutet sogar eine Verschlechterung des Angebots an preiswertem Wohnraum für einkommensschwache Haushalte, da unter Schrumpfungsbedingungen Bestandsinvestitionen unterlassen werden.²²

Vor dem Hintergrund dieser widersprüchlichen Ergebnisse soll im Folgenden am Beispiel der schrumpfenden Stadt Wilhelmshaven sowohl der Blick auf die sozialräumliche Entwicklung eines benachteiligten Quartiers gerichtet werden als auch die Mobilitätschancen benachteiligter Haushalte in diesem Quartier bewertet werden.

3. Fallstudie Wilhelmshaven

3.1 Das Untersuchungsgebiet

Als Fallstudie wurde die Stadt Wilhelmshaven ausgewählt. Sie kann aufgrund ihrer negativen Bevölkerungsentwicklung und einer hohen Arbeitslosigkeit als schrumpfende Stadt gekennzeichnet werden. Die historische Entwicklung Wilhelmshavens ist stark durch die Marine geprägt. Nach dem Zweiten Weltkrieg musste nach wirtschaftlichen Alternativen für den ehemaligen Kriegshafen gesucht werden und es kam zur Ansiedlung von Industriebetrieben und dem Bau eines Ölhafens.²³ Die arbeitsintensiven Industrien gerieten jedoch in die Krise, die Arbeitslosigkeit überschritt in den 1980er Jahren die 15 Prozentmarke und erreichte in der zweiten Hälfte der 1990er Jahre fast 20%. Im Jahr 2009 hat sich die Arbeitslosenquote bei etwa 13% eingependelt und liegt damit weiterhin oberhalb des bundesdeutschen Durchschnitts (8%). Parallel dazu verlor die Stadt Einwohner, mehr als 10% in den letzten 15 Jahren (1992-2007).²⁴

Der Einwohnerverlust betrifft die meisten der 23 Wilhelmshavener Stadtteile, besonders stark betroffen ist der Stadtteil Bant. Er verlor zwischen 1997 und 2007 mehr als 10% seiner Einwohner und verzeichnet stadtweit die höchste Arbeitslosigkeit (16% Arbeitslose an erwerbsfähigen Einwohnern von 15-65 Jahren).²⁵ Auf der Basis dieser Kennzahlen wurde Bant ausgewählt, um die Entwicklung eines benachteiligten Quartiers in einer schrumpfenden Stadt und die Umzugsmobilität seiner Bewohner zu untersuchen.

20 H. Oertel, Untersuchung zur Entwicklung und Charakteristik der Wohnmobilität in Dresden 1990 bis 2000 unter der besonderen Problematik des Überganges vom Wohnungsmangel zum Wohnungsüberangebot, unveröffentlichte Diplomarbeit am Institut für Geographie der TU Dresden 2002, S. 57.

21 T. Grabbert (s. A 8), S. 153.

22 Ebda., S. 163.

23 U. Jürgens, Tourismus und das Jade Port-Projekt in Wilhelmshaven, in: Geographische Rundschau 52, 5 (2000), S. 39.

24 Stadt Wilhelmshaven, Stadtistikreport 3/2009, Wilhelmshaven; S. Föbker, Wanderungsdynamik in einer schrumpfenden Stadt. Eine qualitative Untersuchung innerstädtischer Umzüge, Zürich/Münster 2008, S. 78 f.

25 Stadt Wilhelmshaven, Stadtistikreport 3/2009, Wilhelmshaven.

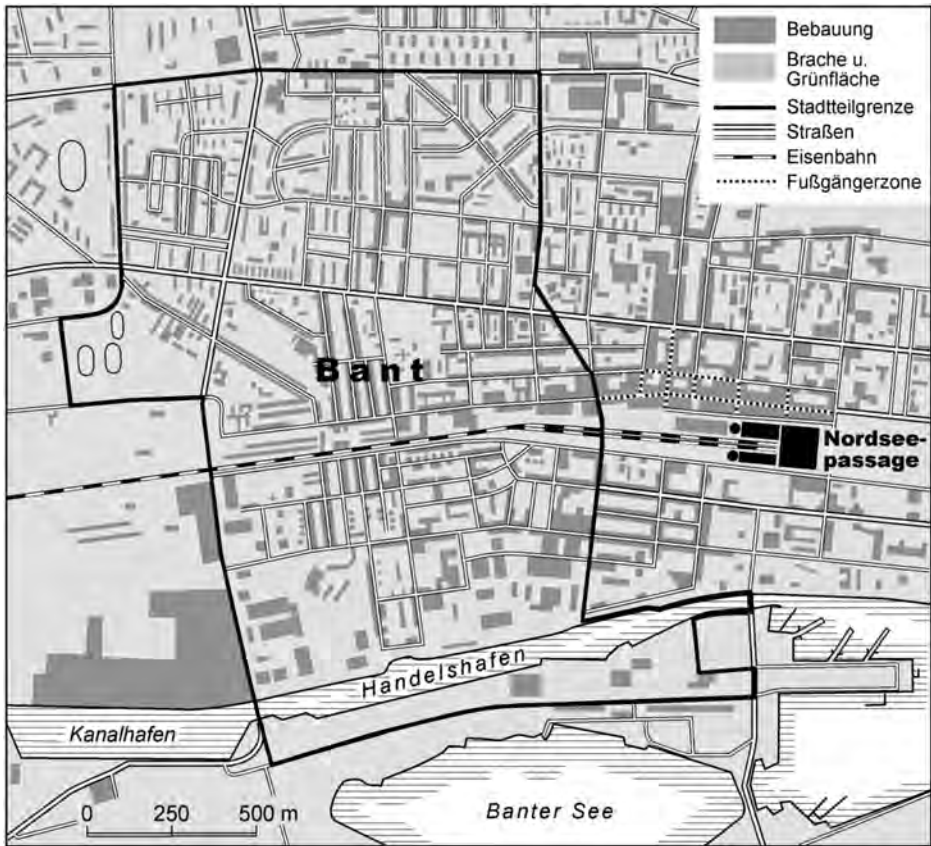


Abb. 1: Karte des Untersuchungsgebietes (Kartengrundlage: Niedersächsisches Landesverwaltungsamt – Landesvermessung – TK 25).

Der 11.500 Einwohner starke Stadtteil liegt in unmittelbarer Nähe zur Wilhelmshavener Innenstadt (vgl. Abb. 1). Aufgrund seiner Größe und Heterogenität muss er in sich weiter differenziert werden und ist bei dieser differenzierten Betrachtungsweise nur zum Teil als benachteiligt zu kennzeichnen. So sind es die Teilgebiete Südstadt und Jadeviertel, die die Funktion eines preiswerten Wohnstandorts erfüllen. Sichtbare Folgen der Schrumpfung in Form von Leerständen sind insbesondere an den Hauptverkehrsstraßen zu erkennen (vgl. Abb. 2). Eine stromzählergestützte Leerstandserhebung ermittelte dort die höchsten Leerstände in Wilhelmshaven, die Werte von mehr als 15% erreichten.²⁶

26 Stadt Wilhelmshaven, Leerstandserhebung. Abgemeldete Stromanschlüsse in Wilhelmshaven, unveröffentlichte Karte 2004.



Abb. 2: Leerstehendes Gebäude mit abgeäugtem Eingang (Foto: S. Föbker 2006).

3.2 Untersuchungsdesign

Um möglichst viele Perspektiven auf die Bedingungen und Auswirkungen von Wanderungen unter Schrumpfungsbedingungen zu gewinnen, wurde ein Methodenmix angewandt. Zunächst wurde eine deskriptive Analyse der Daten der Kommunalstatistik durchgeführt. Im Zentrum der Untersuchung stehen leitfadengestützte Interviews mit drei Gruppen von Gesprächspartnern: (1) Schlüsselpersonen des lokalen Kontextes wie Quartiersmanager oder Vertreter sozialer Einrichtungen, (2) Gespräche mit Anbietern auf dem Wohnungsmarkt und (3) Gespräche mit Nachfragern auf dem Wohnungsmarkt. Diese Methodik erlaubt einen tieferen Einblick in Entscheidungs- und Interaktionsprozesse insbesondere zwischen Anbietern und Nachfragern und vermittelt vielfältige Informationen über die Quartiersentwicklung.

In der Gruppe der Nachfrager wurden Personen interviewt, die innerhalb Wilhelms-havens umgezogen sind und vor und/oder nach dem innerstädtischen Umzug in Bant lebten. Da nicht jeder Umzugswunsch in die Tat umgesetzt wird, wurden außerdem sesshafte Haushalte aus Bant in die Untersuchung einbezogen. Gerade ihre Aussagen können Hinweise auf die Entwicklung des Stadtteils und eventuelle Umzugsbarrieren geben.

4. Ergebnisse

4.1 Passive Segregation in Bant?

Eine Auswertung der Kommunalstatistik zeigt, dass der Stadtteil Bant durch starke innerstädtische Wanderungsverluste geprägt ist (Saldo 2002-2006), die für den Einwohnerrückgang im Stadtteil in erster Linie verantwortlich sind. Die Kommunalstatistik stellt jedoch keine Informationen über die sozialen Merkmale der innerstädtischen Fortzügler zur Verfügung, so dass die Hintergründe und die sozialräumlichen Konsequenzen dieser Wanderungen im Unklaren bleiben. Handelt es sich bei den Fort-

ziehenden um statushöhere Haushalte, die den entspannten Wohnungsmarkt nutzen, um ein benachteiligtes Viertel zu verlassen? Und bleiben in diesem Viertel dann die erzwungen Sesshaften zurück? Tatsächlich werden von einigen der Haushalte, die aus Bant in andere Stadtteile Wilhelmshavens umziehen, Argumente genannt, die die Hypothese einer passiven Segregation durch den Fortzug sozial stabilisierender Haushalte unterstützen.

„Für meinen Mann stand von Anfang an fest, dass er da nicht ewig wohnen möchte. Weil es eben direkt in der City ist, es war die Südstadt, es war nicht so ne feine Gegend, wie er immer gesagt hat. Er wollte da schon immer gerne weg. (...) und dann meinte er, für unsere Tochter wäre es auch besser, wenn wir in so eine reine Wohngegend ziehen würden, weil da, wo wir gewohnt haben, haben eigentlich keine Kinder gewohnt.“
(Frau R.)

Insbesondere von Haushalten mit Kindern wird der Wunsch formuliert, dem Nachwuchs ein besseres Wohnumfeld zu bieten. Das umfasst ein sozial intaktes Umfeld, gleichaltrige Spielkameraden in der Nachbarschaft und die Möglichkeit, im eigenen Garten draußen zu spielen. Aber auch Erwachsenenhaushalte äußern den Wunsch nach einem sozial oder kulturell homogenen Umfeld, das mehr Ruhe und mehr Grün bietet als der frühere Wohnstandort. Hierzu war jedoch nicht immer ein Fortzug aus Bant notwendig, zum Teil erfüllte auch der Umzug in ein anderes Haus oder eine andere Nachbarschaft innerhalb des Stadtteils die bestehenden Wohnwünsche.

Ein Exodus sozial stabilisierender Haushalte kann in der Fallstudie nicht beobachtet werden. Die Gespräche mit sesshaften Haushalten zeigen vielfältige Bindungsfaktoren. Sie beginnen bei finanziellen Aspekten. Wohneigentum, geringe Wohnkosten bei langjährigen Mietverhältnissen sowie Investitionen in die Wohnung werden insbesondere von älteren Gesprächspartnern genannt. Aber auch persönliche Beziehungen oder soziales Engagement im Viertel wirken sich bindend aus. Der Rückhalt und die Bestätigung der eigenen Wertvorstellungen durch gleichgesinnte Nachbarn spielen eine wichtige Rolle für den Verbleib im Viertel. Die Gespräche mit sesshaften Haushalten und solchen, die nach Bant zugezogen sind, belegen aber auch, dass der Stadtteil nicht ausschließlich als Problemviertel wahrgenommen wird, sondern durchaus Standortvorteile besitzt.

„Also, ich bin begeistert von der Südstadt. Ich finde es toll, dass da die ganzen Kulturen aufeinander stoßen. Ich finde das toll, dass ich um die Ecke bin zur Dönerbude. (...) Bei mir kommst du raus aus der Weserstraße und gehst entweder links rum, und dann bist du in der Stadt, oder du gehst rechts rum, dann bis du genau am Kanal (...) und am Süstrand, überall, es ist alles zu Fuß zu erreichen, alles!“ (Frau H.)

Die offensichtlichen Standortvorteile von Bant im Allgemeinen und der Südstadt im Speziellen bestehen in der Lage, denn City und Küste sind fußläufig erreichbar (vgl.



Abb. 3:
Urbanes Wohnen in der Süd-
stadt (Foto: S. Föbker 2007).

Abb. 1). Die Südstadt verfügt damit über einen hohen Freizeitwert. In dem Zitat wird aber noch ein weiterer Aspekt nämlich die kulturelle Vielfalt in diesem Quartier deutlich. Hinzu kommt die gründerzeitliche Bebauung, die, wie auch die Aussagen verschiedener Anbieter bestätigen, die Südstadt attraktiv macht für Haushalte mit einem urbanen Lebensstil (vgl. Abb. 3).

„In dem Bereich Weserstraße haben wir aber auch den Punkt, dass wir da jüngere Leute reinkriegen, also sagen wir mal von der Fachhochschule Studenten oder andere jüngere Leute oder auch welche, die von außerhalb kommen, die Großstädte gewöhnt sind, weil das ja auch so ne gründerzeitliche Häuserreihe da ist, die eigentlich sehr schön ist, wenn sie denn hundertprozentig in Ordnung wäre. So, aber von außen wird das dann teilweise ganz freundlich gesehen und die kleineren Wohnungen sind dann auch begehrt.“ (Anbieter/-in 4)

Neben jungen Menschen, Studierenden und Singles werden zunehmend auch ältere Menschen, insbesondere Menschen, die nach einem Familien- oder Arbeitsleben außerhalb Wilhelmshavens, in diese Stadt zurückkehren möchten, von den Anbietern in den Blick genommen. Sie werden mit altersgerechten Angeboten, die die Vorzüge von Seeblick und Citylage verbinden, anzuziehen versucht. Wie aus der oben zitierten Passage hervorgeht, wird durchaus ein Zuzug sozial stabilisierender Haushalte in die Südstadt festgestellt, der einer sozialen Entmischung entgegenwirkt. Voraussetzung für eine soziale Mischung ist somit auch die Heterogenität des Wohnungsbestandes in der Südstadt. Die Vielfalt der Wohnungseigentümer impliziert auch eine Heterogenität im Umgang mit dem Wohnraum. So finden sich neben desinvestierenden Einzeleigentümern sowohl gepflegter genossenschaftlicher Wohnungsbestand als auch Leuchtturmprojekte, die durch lokale Akteure initiiert werden. Dadurch entstehen unterschiedliche Wohn-

qualitäten und Wohnungspreise, die schließlich die soziale und kulturelle Vielfalt der Südstadtbewohner bedingen. Für die weitere Quartiersentwicklung kann sich die Heterogenität der Südstadt also durchaus als Chance erweisen, sofern es Akteure auf dem Wohnungsmarkt und in der Stadt gibt, die weiterhin in eine Aufwertung ihres Bestandes investieren.

4.2 Marktentspannung als Umzugschance?

Auch die Hypothese, dass benachteiligte Haushalte von der Marktsituation profitieren, wird durch die Interviews gestützt. Verschiedene Anbieter berichten, dass unter angespannten Marktbedingungen, wie sie in Wilhelmshaven in der ersten Hälfte der 1990er Jahre unter dem Einfluss einer starken internationalen Zuwanderung herrschten, benachteiligte Haushalte nur eine sehr eingeschränkte Auswahl bei der Wohnungssuche hatten und gezwungen waren, in diejenigen Objekte und Teilbereiche zu gehen, die ihnen offen standen und die bezahlbar waren.

„... in der guten Zeit konnte ich aussortieren, zum Beispiel ich hatte ja die besondere Auflage keine Arbeitslosen zu nehmen oder von mir aus keine Asylanten zu nehmen oder Ausländer oder wie auch immer. Dann müssen die irgendwo anders hingehen und sie finden sich natürlich nachher irgendwo, in irgendeinem Pool und SO bilden sich eigentlich eher Ghettos. (...) Ghattobildung, meines Erachtens, kommt immer dann, richtig dann zustande, wenn die Tendenz da ist eines engen Wohnungsmarktes oder dass ich nicht viele andere Auswahlmöglichkeiten habe.“ (Anbieter/-in 6)

Solche Wohnungen fanden sich in der Südstadt, so dass es dort zu einer Konzentration der neuen Zuwanderer kam. Die geringe Auswahl und die damit verbundenen Probleme für benachteiligte Haushalte in der Phase des angespannten Marktes belegen auch Gespräche mit den Mitarbeiterinnen von Beratungsstellen.

„Als die Aussiedler alle zuzogen, wir in Wilhelmshaven Wohnungsbedarf hatten, bis etwa 95/96, da haben die genommen, was sie kriegen konnten (...). Da hatte ich also viele Beratungsgespräche mit Aussiedlern hinsichtlich, sagen wir mal, Wasser durch die Decke und was so alles nicht in Ordnung war. Diese Wohnungen wurden zuerst verlassen, das waren auch die, die zuerst leer standen.“ (Kontext 1)

Mit der Entspannung des Wohnungsmarktes bot sich den benachteiligten Haushalten eine größere Auswahl an Wohnraum, so dass sie die prekären Wohnbedingungen wieder verlassen konnten. Viele Anbieter stellen fest, dass sie die Kriterien, die sie früher bei der Auswahl der Interessenten angesetzt haben, heute nicht mehr durchsetzen können, da sich die Nachfragerstruktur verändert hat. Insgesamt ist eine größere Akzeptanz von Haushalten feststellbar, die über kein Berufseinkommen verfügen, wie Studierende und Transferempfänger. Hier hätten die Anbieter früher, als es viele Interessenten gab, selektiert. Da die Gruppe der finanzschwachen Haushalte größer geworden

ist, ist es ökonomisch sinnvoll, diese Nachfragergruppe nicht auszuschließen, sondern den eigenen Bestand (bzw. Teile davon) eben in jenen Teilmarkt wechseln zu lassen, in dem eine höhere Nachfrage besteht. Bei sehr guten Objekten in sehr guter Lage ist eine Selektion auch aktuell noch möglich. Die Interviews zeigen die Schranken der Mobilität benachteiligter Haushalte. So berichten verschiedene Gesprächspartner davon, dass sie aufgrund ihrer finanziellen Situation bzw. ihrer Familiengröße als Mieter abgelehnt wurden. Die Erfahrungen reichen von dem Eindruck, keine attraktiven Angebote zu erhalten über Formulierungen in Annoncen bis zu Absagen für Wohnungen oder für die Finanzierung von Eigentum.

„Ein Reihenhaus war da in Altengroden. Das wär natürlich super gewesen. Da hätten wir auch mit A. [dem Sohn] unheimlich viel Platz gehabt. Das war voll unterkellert, nur die wollten Schufa-Auskunft haben, und da wir beide negativ in der Schufa stehen, war das Thema für uns dann gegessen.“ (Herr L.)

Das Zitat zeigt die Schranken der Mobilität. Haushalte mit geringem Einkommen, negativen Schufa-Einträgen sowie Haushalte, die nicht in der Lage sind, eine Kaution aufzubringen, treffen auf eine beschränkte Auswahl von Wohnangeboten. Familie L. wollte aus einer Wohnung im Stadtzentrum in ein Haus mit Garten in einen anderen Stadtteil ziehen und konnte dieses Vorhaben nicht realisieren. Von einer erzwungenen Immobilität kann jedoch nicht gesprochen werden, da sie eine neue Wohnung gefunden hat. Auch wäre es nicht angemessen, von einer räumlichen Beschränkung auf einzelne schlechte Lagen zu sprechen, da es ihr sehr wohl gelingt, sich *innerhalb* des Untersuchungsgebiets zu verbessern. Familie L. bewohnt nach ihrem Umzug trotz des negativen Schufa-Eintrags und der Tatsache, dass sie Transferleistungen im Rahmen von Hartz IV bezieht, eine Doppelhaushälfte mit Garten. Auch anderen Gesprächspartnern, bei denen problematische Merkmale zusammentreffen (z.B. jung – beruflich unsichere Lage; große Familie – geringes Einkommen), gelingt es eine bessere Wohnung in einer besseren Mikrolage zu beziehen.

Die Gespräche mit Anbietern und Nachfragern haben gezeigt, wie sich die Handlungsbedingungen benachteiligter Haushalte auf einem entspannten Wohnungsmarkt verbessern und sie von der Verhandlungsbereitschaft der Anbieter profitieren können. Betrachtet man zunächst den Preis des Wohnobjekts, so gibt es deutliche Unterschiede in der Verhandelbarkeit beim Vergleich zwischen Miete und Kauf. Beim Verkauf von privatem Wohneigentum ist eine klare Bereitschaft zu erkennen, Preisforderungen nach unten zu korrigieren, wenn dadurch ein Verkauf möglich wird.

So berichten zwei der Gesprächspartner, die beide einen Migrationshintergrund haben, davon, dass sie nach der Geburt eines Kindes eine neue Wohnung suchten. Aufgrund ihrer unsicheren Einkommenslage hatten beide Schwierigkeiten, eine größere Mietwohnung, die zudem einen geringeren Preis haben sollte, zu finden. Durch den Kauf einer Wohnung, die sich in einem stark renovierungsbedürftigen Zustand befand,

Hereinspaziert:

Wir haben für Sie verschiedene Miet- und Kaufobjekte zusammengestellt, die Sie am Samstag, dem 21. Mai, ohne Termin besichtigen können. Wir freuen uns auf Sie.

Mietangebote

Stadt Norden		Ihre Ansprechpartner vor Ort		
Besichtigungszeit	Kategorie			
10.00-11.00	Schnäppchen	Im Werder E. re. 2 ZKB, 44,26 m² 99 € Kaltmiete	Kniprodestraße DG, 1 ZKB, 36,40 m² 99 € Kaltmiete	Salzastraße E. ll., 3 ZKB, 62,60 m² 99 € Kaltmiete
11.30-12.00		Posener Straße E. re. 2 ZKB, 44,26 m² 99 € Kaltmiete	Plauenstraße E. ll., 3 ZKB, 62,60 m² 99 € Kaltmiete	Dirschauer Str. DG, 3 ZKB, 56,62 m² 230 € Kaltmiete
13.00-14.00	Singles/Pärchen	Im Werder 1. re. 3 ZKB, 53,00 m² 220 € Kaltmiete	Bromberger Str. 1. ll., 2 ZKB, 45,78 m² 180 € Kaltmiete	Dirschauer Str. DG, 3 ZKB, 56,62 m² 230 € Kaltmiete

Abb. 4:

Wohnungen zum
Schnäppchenpreis
(Quelle: Wilhelmshavener
Zeitung, 21.05.2005,
anonymisiert und bearbeitet).

gelang es in beiden Fällen den Platzbedarf zu decken, und das zu einer geringeren finanziellen Belastung als in der zuvor bewohnten Mietwohnung. Eine Verbesserung des Wohnstandards wird durch die eigenhändige Renovierung erreicht. Möglich ist dies durch das große Angebot an qualitativ schlechten Wohnungen, das unter den entspannten Marktbedingungen nicht vermietbar ist bzw. nur unter Einsatz von finanziellem Aufwand, den die Eigentümer oftmals nicht mehr leisten können oder wollen.

„Meine Wohnung habe ich über die Zeitung gefunden, halt dann mit ihm [dem Eigentümer] privat, hat auch drei Monate gedauert, bis er dann sein Einverständnis gegeben hat. (...) Die haben damals für die Wohnung 130.000 bezahlt, vor zehn Jahren, in den 90er Jahren haben die das gekauft, ja, und das war für die ein Reinfall! Die zahlen die Schulden immer noch ab. (...) Er hat nur diese eine Wohnung, das sind ja verschiedene Besitzer und einige [Wohnungen] sind hier leer, und die können die Wohnung nicht vermieten, weil die renovieren das nicht.“ (Herr I.)

Da die Eigentümer häufig auch unter der psychischen Belastung durch ihr Eigentum leiden, ist es möglich, besonders günstige Preise auszuhandeln. Eine Möglichkeit für den preisgünstigen Erwerb bieten außerdem Zwangsversteigerungen von Eigentumswohnungen. Allerdings wurde die Finanzierung von Eigentum für Haushalte mit geringem Einkommen durch die Abschaffung der Eigenheimzulage erschwert, ein Aspekt der für die Interviewpartner noch nicht zum Tragen kam, da die Umzüge vor 2006 erfolgten. Bezogen auf das Mietsegment ergibt sich aus dem Rückgang der Nachfrage in Wilhelmshaven kein umfassender Verfall der Preise, sondern es herrscht ein stabiles Mietniveau. Eine Ausnahme stellen besonders preisgünstige Angebote von modernisierungsbedürftigen Wohnungen dar (vgl. Abb. 4). Weit verbreitet ist die Bereitschaft, die erste Miete zu erlassen:

„Wo dann auch oftmals, oder auch mittlerweile, Zugeständnisse gemacht werden, ist, wenn zum Beispiel umgezogen wird, dann hat man ja bei der alten Wohnung auch drei Monate Kündigungsfrist, und in der heutigen Zeit ist das nicht mehr so, wie es früher gewesen ist, son Monat überlappen, damit man noch die Wohnungen fertig machen kann oder sowas, nein, nein, die ziehen zum 31. des Monats aus und möchten zum ersten des nächsten Monats in der nächsten Wohnung drinnen sein, oder möchten (...) früher rein, und das sind schon Punkte, wo man sagt, okay, können zwar jetzt schon rein, zahlen aber erst ab nächstem Monat Miete. Das sind schon so Zugeständnisse, die man macht, die früher, ja letztendlich nicht Not taten.“ (Anbieter/-in 4)

Die Anbieter reagieren damit auf die mangelnde Bereitschaft der Nachfrager, Transaktionskosten eines Umzugs zu übernehmen. Ist nicht absehbar, dass die Wohnung zu einem früheren Termin an einen anderen Interessenten vergeben werden kann, erklären sich die Anbieter bereit, dass die neuen Mieter bereits vor der ersten Mietzahlung die Wohnung nutzen können. Neben doppelten Mietzahlungen können auch andere Transaktionskosten, die durch einen Wohnungswechsel entstehen, reduziert werden. So werden viele Wohnungen bezugsfertig zur Verfügung gestellt. Außerdem übernehmen je nach der Attraktivität des Objekts die Eigentümer Maklerprovisionen und lassen sich auf eine Kautionszahlung in Raten ein. War eine Ratenzahlung im angespannten Markt zwar gesetzlich möglich, so wird sie erst unter den entspannten Bedingungen auch praktiziert. Für finanzschwache Wohnungssuchende sind diese Ersparnisse eine wichtige Rahmenbedingung, um einen Umzug realisieren zu können und wirken einer Immobilität entgegen.

5. Fazit

Das Fallbeispiel zeigt, dass das Konzept einer passiven Segregation, nach dem einzelne durch Verfall geprägte Viertel unter Schrumpfbedingungen von statushöheren Haushalten verlassen werden und benachteiligte Haushalte dort erzwungen immobil zurückbleiben, nicht pauschal auf schrumpfende Städte angewendet werden kann. Zwar sind in Teilbereichen des Untersuchungsgebiets durchaus Fortzüge stabilisierender Haushalte, d.h. von statushöheren Haushalten und von Familienhaushalten, die ein kindgerechtes Umfeld suchen, festzustellen. Im Fallbeispiel erweist sich Segregation aber eher als ein Phänomen unter angespannten Marktbedingungen. Unter Schrumpfbedingungen ist kein Exodus sozial stabilisierender Haushalte zu beobachten, da das Untersuchungsgebiet aufgrund seiner Lage und seiner Architektur durchaus attraktiv ist für Haushalte, die ein urbanes Wohnumfeld suchen. Da es zudem Wohneigentümer gibt, die bereit sind, in ihren Gebäudebestand zu investieren, wird im Untersuchungsgebiet attraktiver Wohnraum angeboten, der auch sozial stabilisierende Haushalte anzieht. Die Gültigkeit des Konzepts einer passiven Segregation ist offenbar räumlich zu differenzieren entsprechend der Lage (z.B. zentral – randstädtisch – landschaftlich reizvoll),

der architektonischen Wertschätzung (z.B. gründerzeitliche Architektur – massenstandardisierte Bebauung) und der Bevölkerungsstruktur (homogen – heterogen) des betrachteten Quartiers. Treffen Faktoren zusammen, die für einzelne Zielgruppen attraktiv sind, so spricht dies dafür, dass solch ein Viertel nicht derart „verlassen“ wird, dass schließlich nur die statusniedrige Bevölkerung zurückbleibt. Die Diskussion um passive Segregation scheint stark durch (randstädtische) Großwohnsiedlungen in Ostdeutschland gekennzeichnet. Dort kam es im Zuge des Transformationsprozesses zu einer sozialen Ausdifferenzierung der Bewohner und zu einer Neubewertung der Stadträume. Dies hat den selektiven Fortzug aus Plattenbauvierteln begünstigt, so dass dort ein Zurückbleiben immobiler Bevölkerungsgruppen beobachtet werden konnte.

Außerdem konnte in der Fallstudie keine erzwungene Immobilität benachteiligter Haushalte festgestellt werden. Die Ergebnisse lassen darauf schließen, dass auch sie sich aktiv am Wanderungsprozess beteiligen und sie in ihrer Wohnstandortsuche nicht auf problematische Wohnlagen beschränkt sind. Ihre Handlungsbedingungen haben sich gegenüber früheren Phasen eines angespannten Wohnungsmarktes verbessert. Viele Anbieter können es sich nicht mehr leisten, Gruppen auszuschließen, die sie im angespannten Markt als Mieter abgelehnt hätten. Zwar hat sich das Mietpreinsniveau in der Fallstudie nicht verringert, beim Erwerb renovierungsbedürftiger Wohnungen bieten sich jedoch durchaus Verhandlungschancen. Darüber hinaus kann die Verhandlungsbereitschaft der Anbieter die Transaktionskosten eines Umzugs erheblich verringern, was die Mobilitätsmöglichkeiten benachteiligter Haushalte wiederum erhöht. Diese Ergebnisse zeigen, dass es neben den vielen mit der Stadtschrumpfung verbundenen Problemen auch Chancen gibt und beide Aspekte eng miteinander verknüpft sind. So wirkt sich die zunehmende Konkurrenz, das Problem der Wohnungsanbieter, als Chance für die Handlungsoptionen der Nachfrager aus.

Der Wiederaufbau der deutschen Mittelstädte nach 1945 und seine Bedeutung für die heutige Stadtplanung am Beispiel Hanau

1. Vorbemerkungen

Wenn wir im Jahre 2009 auf das 60-jährige Bestehen der Bundesrepublik Deutschland zurückblicken, denken wir nur am Rande an die zerstörten Städte und die Mühen des Wiederaufbaus nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs. Die prozentual schwersten Schäden traten nach der Aufstellung von Kästner im statistischen Jahrbuch deutscher Gemeinden hierbei in kleinen Mittelstädten mit 25.000-50.000 Einwohnern auf. Die sieben Städte mit dem größten Verlust an Wohnraum zählen mit Düren (99,2%), Paderborn (95,6%), Bocholt (89%), Hanau (88,6%), Gießen (76,5%), Moers (75,7%) und Siegen (75,3%) allesamt zu diesem Stadttypus.¹ Die Forschung hat sich bisher der Frage nicht angenommen, wie die enorme Wohnungsnot bekämpft werden konnte, die zerstörten Stadtzentren wiederaufgebaut wurden, der Wiederaufbau finanziert wurde und welches Aufbaukonzept zugrunde lag.

Dieser Aufsatz soll dem Leser zum einen den Wiederaufbau der stark zerstörten Mittelstadt Hanau näherbringen sowie am Beispiel der fünf zentralen Plätze der Stadt verdeutlichen, wie viel Einfluss die Phase des Wiederaufbaus auf das heutige Stadtbild hat und welchen Nutzen die Städte an einer wissenschaftlichen Aufarbeitung dieser Periode haben könnten.² Die Ausführungen stellen hierbei nur einen Ausschnitt der Forschungen im Rahmen meiner Magisterarbeit dar, die im März 2009 publiziert wurde.

2. Untersuchungsgegenstand

Während des Zweiten Weltkriegs blieb Hanau lange von Bombardements verschont, erst im September und Dezember 1944 trafen schwere Angriffe das Stadtgebiet. Ein Angriff auf das Stadtzentrum am 6. Januar 1945 richtete schwere Schäden an, doch das ur-

1 F. Kästner, Kriegsschäden, Trümmermengen, Wohnungsverluste, Grundsteuerausfall und Vermögenssteuerausfall, in: Statistisches Jahrbuch deutscher Gemeinden 37 (1949), S. 361-391, hier S. 369.

2 Den besten Überblick zur Thematik bietet W. Sönning, Der Luftkrieg im Hanauer Raum 1939-1945. Erlebt, erlitten und aufgezeichnet von Werner Sönning, in: *Magistrat der Stadt Hanau u.a.* (Hrsg.), Hanau 19. März. 50. Jahrestag der Zerstörung der Stadt 1945, Hanau 1995, S. 51-72.



Abb. 1: Blick auf die zerstörte Hanauer Innenstadt, 1945.

sprüngliche Stadtbild blieb noch erhalten. Wenige Wochen vor Kriegsende suchte die Royal Air Force Hanau am 19. März 1945 als Angriffsziel aus, mit der Absicht, die Stadt einschließlich der Bahn- und Industrieanlagen vollständig zu zerstören. Der Angriff traf Hanau gegen 4:20 Uhr vollkommen unvorbereitet. Binnen 16 Minuten blieben von der Innenstadt nur noch Trümmer. Die Brände griffen in Windeseile um sich und verzehrten alles, was sich ihnen entgegenstellte. Mehr als 2.000 Menschen kamen beim Angriff ums Leben. Viele waren bereits nach dem 6. Januar ins Umland geflohen.³

Die einzelnen Stadtteile waren vom Angriff unterschiedlich betroffen. Die Innenstadt – bestehend aus der 1143 erstmals erwähnten Altstadt um das Stadtschloss und das Goldschmiedehaus sowie der 1597 gegründeten Hanauer Neustadt um den Marktplatz und die Wallonisch-Niederländische Doppelkirche – wurde total zerstört, die Randstadteile Kesselstadt und Wilhelmsbad waren hingegen verhältnismäßig wenig betroffen. Sehr schwere Schäden traten auch im nordwestlichen Stadtgebiet und im Bahnhofsgelände auf, wohingegen geringere Schäden in den östlichen Arbeiteraußenvierteln zu vermelden waren. Durch die Trümmerrmassen und die Zerstreuung der Einwohner

3 M. Häfner, Der Wiederaufbau der deutschen Mittelstädte nach dem Zweiten Weltkrieg am Beispiel Hanau am Main, in: Neues Magazin für Hanauische Geschichte 2009/I, S. 1-244 [kompletter 1. Teilband des Jahres 2009]. Da diese Arbeit ein umfangreiches Quellen- und Literaturverzeichnis beinhaltet und die Nennung der aufgearbeiteten Quellenbestände den Rahmen dieses Aufsatzes sprengen würde, habe ich mich auf grundlegende Angaben von Archivgut und Zeitungsbeständen beschränkt. Der interessierte Leser kann die Publikation über den Hanauer Geschichtsverein und das Stadtarchiv Hanau beziehen.

schaft schien ein rascher Aufbau der Stadt kaum denkbar. Von einem geregelten Leben konnte nach dem Angriff nicht gesprochen werden, da auch die Strom-, Gas- und Wasserversorgung weitestgehend gestört war.⁴

Die Wiederaufbauabteilung des hessischen Innenministeriums setzte 1947 den amtlichen Zerstörungsgrad Hanaus auf 70,14% fest, womit die Kommune die am stärksten zerstörte Stadt in Hessen war. Der Schaden an Wohngebäuden betrug 86,5% und anteilig an den Gesamtschäden im späteren Bundesland 9,4%. Auch in der Statistik der Bevölkerungsabnahme und dem Grundsteuerausfall lag Hanau in Hessen an der Spitze.⁵ Von den 117 öffentlichen Gebäuden wie Ämtern, Kirchen, Schulen, Banken, Krankenhäusern und Veranstaltungsräumen blieben nur acht unversehrt. Bezeichnend ist, dass mit dem Schloss Philippsruhe, der Friedenskirche, der Geibelschule, der Schulturnhalle, der Postzweigstelle und der Badeanstalt sechs Gebäude im wenig betroffenen Stadtteil Kesselstadt lagen.⁶

Trotz der enormen Zerstörungen nahm sich die neue Stadtverwaltung früh der Aufgabe eines planvollen Wiederaufbaus an. Schon 1945 wurde ein Generalbebauungsplan in Auftrag gegeben, dem nach Modifizierungen die Stadtverordnetenversammlung 1947 zustimmte. Bis dato hatte bereits ein obligatorischer Ehrendienst die Straßen von den größten Schuttmassen geräumt. Dennoch dauerte die Entrümmerung von Grundstücken noch mehrere Jahre.

3. Wiederaufbau an den fünf zentralen Plätzen Hanaus

3.1. Französische Allee

Im Mittelpunkt des Wiederaufbaus standen die Plätze um das Stadtschloss, das Goldschmiedehaus und das Neustädter Rathaus sowie der Freiheitsplatz und der Kirchplatz an der Französischen Allee. An letzterer standen der Wohnungsbau und der Wiederaufbau der Wallonisch-Niederländischen Doppelkirche im Vordergrund. Die Doppelkirche wurde im September und Oktober 1946 durch Gemeindemitglieder entrümmert, zum Wiederaufbau fehlte aber jahrelang das Geld.

Mit dieser Situation hatten alle Kirchengemeinden zu kämpfen. Von den zehn Hanauer Kirchen und Kapellen war nur die Friedenskirche in Kesselstadt, abgesehen von Glasschäden, unversehrt geblieben. Diese Schäden waren schnell beseitigt und so konnte an Pfingsten 1945 wieder ein Gottesdienst gefeiert werden. Zusätzlich wurde eine Notkirche im Schlossgarten erbaut. Diese Baracke diente bis zur Wiederherstellung der Johanneskirche im Dezember 1956 als evangelische Kirche in der Stadtmitte.

4 Vgl. L. Neundörfer, Wegweisung für den Wiederaufbau der Stadt Hanau, [MS/Hanau 1946], S. 10.

5 Vgl. Frankfurter Rundschau, 31.07.1947: Zerstörtes Hanau.

6 Vgl. Statistisches Amt der Stadt Hanau (Hrsg.), Die Kriegsschäden und der Wiederaufbau der Stadt Hanau in der Statistik, Hanau 1949, S. 10.

des Winters abzudichten. So gelang es, leicht beschädigte Häuser wieder bewohnbar zu machen.

Bis ein Jahr nach der Währungsreform betrieben im Wesentlichen die Privatleute den Wohnungsbau und erstellten von 1945 bis 1949 ca. 3.500 Wohnungen. Nach der Währungsreform wurde besonders die Finanzierung des Wiederaufbaus zum Problem. Hatte es zuvor an Arbeitskräften und Material gemangelt, gab es dies nun im Überfluss, doch es fehlte an Kapital. Auf der anderen Seite ermöglichte der Geldschnitt, den Wiederaufbau planmäßig voranzutreiben.

Da die ehemaligen Hausbesitzer ihre mit Hypotheken belasteten früheren Häuser nicht mehr aus eigenen Kräften wieder aufbauen konnten, wurde es zum besonderen Anliegen der staatlichen Förderungspolitik, den Bürgern Kreditmittel für die Fertigstellung ihrer Wohnungen zur Verfügung zu stellen. Weil der private Wohnungsbau praktisch zum Erliegen gekommen war, leitete die Stadtverwaltung ein soziales Wohnungsbauprogramm ein. Ziel war, durch die Wohnungsbaugesellschaft Hanau 1.000 Wohnungen im Stadtzentrum errichten zu lassen. Die hohen Kosten für den Grunderwerb glichen sich durch die Einsparungen bei der Erschließung aus, die andernfalls bei der Bebauung in Randgebieten zu zahlen gewesen wären.⁷

Folglich wurde der ursprünglich hoch angesehene Platz um die Wallonisch-Niederländische Kirchrue ab 1949 als Bauplatz für Siedlungshöfe und Wohnblöcke im Rahmen des sozialen Wohnungsbaus freigegeben. Der erste Wohnblock war 1950, der letzte 1953 vollendet. Letztlich entstand in nur wenigen Jahren eine sich dreiseitig um die Ruine der Doppelkirche entwickelnde Häuserfront mit schlichten, mehrgeschossigen Fassaden. Nur vereinzelt wurden aufwertende Gestaltungen oder ein mit Sandstein verblendeter Erker angebracht bzw. die einheitlichen Fassaden durch Arkadendurchbrüche, Ziergitter oder variierende Fenstergrößen akzentuiert.⁸

Den Wiederaufbau der Doppelkirche nahm man am 15. Dezember 1954 in Angriff, der Wiederaufbauplan folgte 1955. Die Kirchen sollten als Wahrzeichen der Hanauer Neustadt wiedererrichtet werden. In einem ersten Bauabschnitt war zuerst mit der Niederländischen Kirche nur der kleinere Kirchenteil für den Aufbau geplant und die Wiederherstellung der Wallonischen Kirche auf einen späteren Zeitpunkt verschoben.

Das Ziel der Architekten war die größtmögliche Erhaltung des Wahrzeichens der Neustadt. Von einem Aufbau des Äußeren in neuzeitlichem Gewand hatten sie abgeraten. So wurde die Niederländische Kirche in ihrer ursprünglichen äußeren Form, jedoch im Inneren in moderner Gestaltung und anstelle des schweren Dachgebälks aus Kostengründen mit einer leichten Faltdachkonstruktion aus Stahl neu erbaut. Diese filigrane

7 Vgl. H. Krause, Zusammenstellung des städtischen Finanzbedarfs für den Wiederaufbau der Stadt Hanau, insbesondere der öffentlichen Einrichtungen der Stadt Hanau, die vordringlich wiederaufgebaut werden müssen, [MS/Hanau 1950].

8 Vgl. Hanauer Anzeiger, 04.01.1950: 100 Wohnungen entstehen in der Innenstadt; C. Krumm, Stadt Hanau, hrsg. vom Landesamt für Denkmalpflege Hessen (= Denkmaltopographie Bundesrepublik Deutschland/Kulturerdenkmäler in Hessen), Stuttgart 2006, S. 100 ff.

Konstruktion stand im Gegensatz zu den wuchtigen Außenmauern, die als einziges verbliebenes Bauelement für den Wiederaufbau verwendet werden konnten. Im Innern waren Nachbildungen nach Meinung der Architekten nicht zu vertreten und das Gewand wurde der modernen Zeit entsprechend schlicht gehalten. Eine Wiederherstellung der alten Form mit reicher Stuckdecke, Werksteinsäulen und hölzernen Emporenverkleidungen wäre weitaus kostspieliger gewesen. Dennoch orientierten sich die Architekten an Bekanntem: Pfeilererstellung, Emporeneinbau, Treppenanlagen, Raumeinheiten, Orgel und Kanzel verblieben an den gewohnten Stellen.⁹ Bis Februar 1959 war der Rohbau der Kirche fertiggestellt. Die Innengestaltung ging zügig voran und die Niederländische Kirche konnte am 22. Mai 1960 eingeweiht werden. Finanziert wurde das Projekt aus Spenden, städtischen Mitteln und Mitgliederbeiträgen des Kirchbauvereins. Die Wallonische Kirche ist bis heute nicht wieder aufgebaut worden und dient als Mahn- und Gedenkstätte für die Zerstörungen des Krieges sowie als Diakoniezentrum.

3.2. Neustädter Marktplatz

Die Zielsetzungen für die Gestaltung des Neustädter Marktplatzes gingen auf die Jahre 1946/47 zurück. Ein Wettbewerb machte den Architekten die dreigeschossige Bebauung und eine den Platz dominierende Fassade des Rathauses zur Vorgabe.¹⁰

Zur Gestaltung des Platzes wurde eine Ortssatzung erlassen. Beim Wiederaufbau hatten an allen Seiten entlang der historischen Fluchtlinien traufständige, dreigeschossige Bauten unter Satteldach zu entstehen. Die Erdgeschosse waren mit Zierelementen aus rotem Sandstein auszuschnücken, die aus Bauschutt geborgen oder aber auch neu geschaffen werden konnten. Die Obergeschosse blieben weitgehend schlicht und ungestaltet, nur die Fensterwände aus Sandstein setzten Akzente. Anhand dieser Baurichtlinie entstand bis 1953 ein weitgehend einheitlicher und geschlossener Raum. Der Konzeption entsprechend trafen historische Formen wie Arkaden, Hängeerker, Gauben, Eckfiguren, Reliefbilder und die alten Blickachsen in Form traufständiger Bebauung sowie Reihenhbauten aufeinander. Damit wurde an das städtebaulich zerstörte Hanau angeknüpft und der Marktplatz zu dem Platz, der am ehesten an die untergegangene Stadt erinnerte. Das Ziel, das historische Bild des Marktplatzes durch die gleichartige Bebauung wiederherzustellen, wurde an der West-, Süd- und Nordseite verwirklicht.¹¹ Nur zwei Gebäude am Marktplatz bilden einen Bruch mit der Konzeption, dominieren ihn aber gleichzeitig: Dem zerstörten Rathaus wurde innerhalb der geschlossenen Bebauung eine Sonderrolle zugewiesen, indem es zugleich das historische, zerstörte und moderne, wiederaufgebaute Hanau präsentiert. Als zweiter Bau sticht der „Kaufhof“ aus der nostalgischen Bauweise heraus.

9 Vgl. W. Lossow/J.v. Lamatsch, Zur Baugeschichte, in: Festschrift zur Einweihung der wiederaufgebauten Wallonisch-Niederländischen Kirche in Hanau am Main, [Hanau 1960], S. 13-14, hier S. 13 f.

10 Vgl. Frankfurter Rundschau, 21.06.1947: Der neue Marktplatz.

11 Vgl. C. Krumm (s. A 8), S. 122 ff.

Für den „Kaufhof“ an der Ostseite wurde die Ortssatzung 1957 nach intensiven Debatten aufgehoben. Ein halbes Jahr später waren die Diskussionen um die Gestalt des Kaufhofs vergessen, niemand empfand das lang gestreckte Gebäude mit der Glasfront mehr als Fremdkörper. Vielmehr wurden nun Überlegungen angestellt, ob die Planung des Rathausbaus nicht überholt war. Da man an der Fassadengestaltung kaum etwas ändern konnte und wollte, richtete sich die Diskussion auf eine moderne Ausrichtung der Flügelbauten.¹²

Die Pläne für den Wiederaufbau des Neustädter Rathauses lagen seit 1949 vor. Der historische Mitteltrakt mit den äußerlich noch stehenden Umfassungsmauern sollte in der alten Form, flankiert von zwei Seitenanbauten in der Geschosshöhe des alten Rathauses in modernen Linien, wiederhergestellt werden. Das Rathaus vermittelte den Planungen entsprechend den Eindruck eines Baus nach modernen Gesichtspunkten unter Wahrung des historischen Bauwerks.¹³ Nach den Diskussionen und Plänen der Jahre 1949/50 hatte das Stadtparlament 600.000 DM für den ersten Bauabschnitt bewilligt, die hauptsächlich dafür verwendet wurden, das Gebäude vor weiterem Verfall zu schützen und Decken einzuziehen. Wegen des Geldmangels der Stadt verschoben sich die Bauarbeiten um viele Jahre. Im Sommer 1955 wurde die Holzkonstruktion des Daches hochgezogen und das Dach eingedeckt.¹⁴ Da der Stadt aber wiederholt die finanziellen Mittel fehlten, konnte das neue Rathaus erst im Herbst 1964 vollendet werden. Gemäß den Plänen des Architekten Theo Pabst stand der barocke Bau frei im Raum, hufeneisenförmig umgeben von einem mit Waschbetonplatten verkleidetem Flachdachtrakt.

3.3. Freiheitsplatz

Im Gegensatz zum Marktplatz wurde aufgrund der Größe für den Freiheitsplatz die mehrstöckige Bauweise beschlossen. Hier endete das alte Hanauer Wiederaufbaukonzept und es entstanden Gebäude, die mit der Bautradition brachen. Am Platz sollte Hanau neues und modernes Gesicht deutlich werden, weshalb hier auch die meiste historische Bausubstanz vernichtet wurde.

Im Sommer 1949 erteilte der Magistrat dem Architekten Wilhelm Schäfer den Auftrag, Überlegungen über die künftige Gestaltung des Freiheitsplatzes anzustellen. Schäfers Plan sah den Wiederaufbau des Stadttheaters, des Zeughauses und der alten Hohen Landesschule vor. Er ging bei seinen Planungen von der Grundannahme aus, dass die Neustadt mit ihrem rechtwinkligem Straßensystem am Freiheitsplatz auf die Altstadt traf und so eine Art „unverdautes Platzgebilde“ entstanden war. Deshalb schlug er vor, die Fläche in zwei Plätze von unterschiedlicher Größe zu teilen und so durch eine geschickte Gliederung und Zuordnung der Elemente einen harmonischen Übergang zwischen Alt- und Neustadt zu schaffen. Grundlegend versuchte er mit seinem

12 Vgl. Frankfurter Rundschau, 20.02.1958: Was war – Was ist – Was sein wird.

13 Vgl. Frankfurter Rundschau, 11.12.1949: Hanauer Rathaus wird wieder aufgebaut.

14 Vgl. Frankfurter Rundschau, 10.08.1955: Aus der Ruine wächst ein neues Gebäude.

Plan an den historischen Bestand anzuknüpfen. Seine Vorschläge wurden aber nicht umgesetzt.¹⁵

Stattdessen wurde der Freiheitsplatz zum Verkehrsknotenpunkt der Stadt ausgebaut, womit vorherbestimmt war, dass historische Gebäude weichen mussten. Dies betraf als erstes die Stadtmauer entlang der Nordstraße, die sich 1949 noch von der Rappengasse bis zum Schlossplatz hinzog. Durch die Enttrümmerungsarbeiten und den Abriss der beiden Häuserzeilen an der Nordstraße war ein großes Stück der Stadtmauer sichtbar geworden. Obwohl die Stadtmauer durch die enge Bebauung jahrhundertlang nicht zu sehen gewesen war, erhoben sich viele Stimmen, dieses historische Bauwerk zu erhalten und in die Wohnbebauung zu integrieren. Dem entgegen stand der geplante Baublock an der Nordstraße, der die frühere unhygienische Verschachtelung verhindern sollte und den Abriss der Stadtmauer erforderte. Größter Gegner der Erhaltung der Stadtmauer war Oberbürgermeister Rehbein. Dieser machte geltend, dass die Kosten für den Erhalt der Stadtmauer und die Einrichtung eines Parks an der Marienkirche in Anbetracht zur Nähe des Schlossparks und der großen Wohnungsnot nicht verantwortet werden konnten. Auch der Einspruch der Hanauer Architektenvereinigung gegen die Sprengung kam zu spät. Die damalige Rathausposition, dass die Stadtmauer keine historische Bedeutung habe, die Instandsetzung zu teuer sei und dem modernen Wohnungsbau weichen müsse, wurde gegen den Willen der Bevölkerung durchgesetzt.¹⁶

Nach dem Abriss entstand an der Nordstraße 1950/51 mit 237 Wohnungen das bis dato größte Wohnungsbauprojekt. Teile der Stadtmauer wurden als Terrassen für die Wohnungen verwendet. Die Grundstücksgrenzen und Straßenverläufe wurden völlig neu geordnet.¹⁷ Heute sind von der Stadtmauer nur noch wenige Meter erhalten und bieten manchen Mietern ein schönes Gartenambiente.

Die Sprengung und Abtragung der Stadtmauer 1949/50 hatten die ersten Zeichen gesetzt, dass die Stadtverwaltung einen Neubeginn mit modernen Bauten durchführen wollte, was am Freiheitsplatz konsequent umgesetzt wurde. Das Stadttheater, das Zeughaus und die alte Hohe Landesschule, die allesamt bis auf die Grundmauern niedergebrannt waren, mussten den Modernisierungswünschen weichen.

Hierbei hatte die Frage des Wiederaufbaus des Stadttheaters fast ein Jahrzehnt für lebhaftes Diskussionen gesorgt und eine Vielzahl von Vorschlägen für die Nutzung des Gebäudes hervorgebracht. Die Befürworter eines Wiederaufbaus planten ein Kino oder Restaurant mit Kleinkunstabühne. Für einen Abriss setzten sich die Stadtplaner ein, um eine vernünftige Verkehrsführung von der Hospitalstraße zum Freiheitsplatz zu errei-

15 Vgl. K. Dielmann, Ein Modell zur Neugestaltung des Freiheitsplatzes von Architekt Dr.-Ing. Wilhelm Schäfer aus dem Jahre 1949, in: Neues Magazin für Hanauische Geschichte 6 (1973-1978), S. 116-120, hier S. 116 ff.

16 Vgl. Frankfurter Rundschau, 17.10.1949: Streit um die Hanauer Stadtmauer; Frankfurter Rundschau, 19.08.1995: Schlechte Zeiten für Kultur und Ästhetik.

17 Vgl. Frankfurter Rundschau, 30.03.1950: Drittes Wohnungsbauprojekt in Hanau; Hanauer Anzeiger, 13.12.1950: Auftakt in der Nordstraße.

chen. Eine dritte Gruppe befürwortete ebenfalls einen Abriss, um eine Grünanlage anzulegen, die dann später für einen Neubau des Theaters genutzt werden konnte. Die städtischen Amtsstellen befürworteten aber den Wiederaufbau der Stadthalle. So wurde die Seite der Eingangshalle des Stadttheaters nur so notdürftig hergerichtet, dass einige Geschäfte einziehen konnten. Beide Gebäude wieder zu errichten konnte sich Hanau damals nicht leisten. Die letzten Vorschläge vom Juli 1953 sahen den Wiederaufbau der Ruine als Kino in Verbindung mit einem Café, Trinkstube und Geschäften vor. Dennoch beschloss der Magistrat am 11. Mai 1954 die Außenmauern der Ruine abzureißen. Die Stadtverordnetenversammlung stimmte dem Beschluss, ebenso wie dem Abriss der alten Hohen Landesschule, am 9. Juni 1954 zu.¹⁸ Auch das Zeughaus war nach dem Krieg ohne Verwendungszweck und musste so 1954 wegen der Verlegung der Umsteigehaltestelle für Busse vom Marktplatz an den Freiheitsplatz für den Busbahnhof weichen.

Hauptkritikpunkt und Symbol der Neugestaltung des Freiheitsplatzes war das aufgrund seiner Bauform sogenannte Y-Hochhaus. Es stellte das erste seiner Art in der Stadt dar und war zugleich die Abkehr von der bisherigen niedrigen Bauweise. Noch 1957 waren die Meinungen in der Stadtverordnetenversammlung und der Bevölkerung in der Frage des Hochhausbaus gespalten. Neu-Hanauer, vor allem Flüchtlinge und Heimatvertriebene, befürworteten den Bau, Alt-Hanauer lehnten ihn dagegen eher ab. Kreise, die der zerstörten Stadt hinterher trauerten, glaubten, dass solche Bauten nicht nach Hanau passten. Auf der Gegenseite hatte der Bau viele Bewunderer, die den Baustil nach dem Krieg kritisch betrachtet hatten und froh über neue Bauten in Hanau waren. Schließlich waren die Modernisierer in der Mehrheit und das Hochhaus konnte 1958 fertiggestellt werden.¹⁹

Auch bei der restlichen Gestaltung des Platzes wurde versucht, moderne Wohn- und Geschäftsbauten mit Verkehrsbedürfnissen zu verbinden. Wo es möglich war, wurden Großbauten mit Wohnungen und Geschäften errichtet, um dem Platz Struktur und Konturen zu geben. Auf der Westhälfte entstanden 1959 Parkmöglichkeiten mit Grünanlagen und der bereits bestehende Busbahnhof an der Ostseite wurde 1960 verbreitert, um auch für die Busse der Bundesbahn und der Bundespost Haltemöglichkeiten zu schaffen. Obwohl Stadtplaner mehrmals über eine Verlegung des Busbahnhofs nachdachten, hat der Platz auch heute noch das Aussehen der 1960er Jahre.

3.4. Altstädter Markt

Am Altstädter Markt war das Goldschmiedehaus das bestimmende Bauwerk. Da das Erdgeschoss mit seinen vier Wänden und der doppelläufigen Freitreppe erhalten geblie-

18 Vgl. K. Schweizer, Stadttheater Hanau. Geschichte einer Kleinstadtbühne von 1768 bis 1945. Ein Beitrag zur Geschichte des Theaters in Deutschland, Hanau 1995, S. 63 ff; K. Schweizer, Vorhang auf. Erinnerung in Bild und Wort an Aufführungen im ehemaligen Stadttheater Hanau 1934 bis 1944, Hanau 1996, S. 149 ff.

19 Vgl. hierzu Bestände im Stadtarchiv Hanau J1 V/1 und J1 XXIII/2.

ben war, war die Struktur des massiven Gebäudes nahezu unzerstört. So tauchten erste Pläne zum Wiederaufbau des Goldschmiedehauses bereits 1946 auf. Das Goldschmiedehaus sollte zum Wahrzeichen der Stadt werden und gleichzeitig deren Tradition als Gold- und Silberschmiedekunststadt deutlich machen. Das Beispiel des Goldschmiedehauses eignet sich hervorragend, um alle Problemstellungen des Wiederaufbaus eines historischen Bauwerks zu verdeutlichen.²⁰

Im Dezember 1950 nahmen die Vorplanungen eines Aufbaus erste Konturen an. Der erste Entwurf der Architektengemeinschaft Bruno Paul, Otto Kämpfer und Reinhold Kerl vom August 1952 sah eine moderne Lösung vor, jedoch sollte die Vorderfront wie gewohnt in Fachwerk gehalten werden. Geplant war, die Rückseite vollkommen neu zu gestalten und dem Altstadtviertel harmonisch beizufügen. Die frühere innere Treppe wollten die Architekten in einem Treppenturm nach außen auf die Rückseite verlagern und einen Anbau für museale Zwecke angliedern. Für die Innengestaltung waren in den unteren Räumen eine Ratsschenke und für die oberen Räume Meisterwerkstätten, Laboratorien sowie Ausstellungs- und Versammlungsräume geplant.

Als Fertigstellungstermin war die 180-Jahr-Feier der Zeichenakademie im Herbst 1953 vorgesehen. Der Kreis von Magistratsmitgliedern und Stadtverordneten war jedoch in Modernisierer und Restaurierer gespalten, wobei die Fürsprecher einer Rekonstruktion in der Überzahl waren. Das Stadtbauamt forderte folgerichtig eine Überarbeitung des ersten Plans. Die Befürworter der Restaurierung wollten, dass mit dem alten Rathaus wenigstens ein Stück Vergangenheit ins neue Hanau kommen sollte, wohingegen die Gegengruppe den Standpunkt vertrat, dass eine völlige Wiederherstellung nicht möglich sei.

Im zweiten Entwurf war die Wiederherstellung der Fassade mit allen charakteristischen Merkmalen sowie der Giebel, des Treppeneingangs und des Untergeschosses vorgesehen. Nur das Obergeschoss und die Fenster sollten moderner gestaltet werden. Trotz des überarbeiteten Plans blieben die Fronten verhärtet. So wurde über die Außengestaltung ausgiebig debattiert. Die Architektengemeinschaft beschloss schließlich mit den städtischen Behörden, dem Goldschmiedehaus das Aussehen nach der Renovierung von 1898 wieder zu geben. Erst nach zweijährigen Diskussionen stellte die Stadt Hanau am 1. September 1954 den Bauantrag zum Wiederaufbau.

Die Stadtverordnetenversammlung stimmte der Magistratsvorlage am 1. Dezember 1954 zu. Bis wenige Tage zuvor war an einem detaillierten Aufbauplan gearbeitet worden. Die oberen Stockwerke wurden dem Originalbau entsprechend in Eichenfachwerk und mit Überhängen ausgeführt und die drei Hauptfronten organisch angepasst. Die Rückseite erhielt einen Treppenhausanbau. Die Anordnung und Abmessung der Innenräume und Decken wurde entsprechend dem veränderten Raum- und Lichtbedarf angepasst. Im Dachgeschoss sollten Archiv, Sekretariat, Verwaltung und Depotraum

20 Vgl. hierzu Bestände im Stadtarchiv Hanau D4B 20, D4B 398, D4B 399, D6D 94 und J1 VII/1.

untergebracht werden. Nachdem am 27. September 1954 mit den Enttrümmerungsarbeiten begonnen worden war, konnte am 17. Februar 1955 das Richtfest gefeiert werden. Im Herbst sollte das Goldschmiedehaus seiner Bestimmung übergeben werden. Doch es dauerte bis August 1955 die alte Fachwerkfassade wiederherzustellen und die Einweihung wurde, da die Finanzierung der Innengestaltung ungeklärt war, ins Frühjahr des kommenden Jahres verschoben.

Die Finanzierung gestaltete sich, wie bei allen Bauprojekten in Hanau, äußerst schwierig. Häufig versuchte die Stadtverwaltung das Projekt durch Zuschüsse zu subventionieren und oft scheiterte sie. Nachdem im Juli 1956 aufgrund der Finanzierungslücke von 200.000 DM die Einweihung auf März 1957 verschoben werden musste, konnte auch der Frühjahrstermin nicht eingehalten werden, da der Fehlbetrag immer noch nicht erbracht war. Unterdessen waren aber bereits die Wände im Inneren verputzt, die Installationen abgeschlossen, der Tresor für die wertvollen Gegenstände sowie Heizung und Aufzug eingebaut worden. Trotz aller Schwierigkeiten konnte das wiederaufgebaute Deutsche Goldschmiedehaus schließlich am 19. März 1958 eingeweiht werden und steht symbolisch für das Ende der Wiederaufbauperiode.

Auch am Altstädter Markt dominierten homogene Wohnbauten den Platz. Vor- und Rücksprünge, einige giebelständige Bauten, Erker und Schlagläden lockerten die Wohnbauten auf und interpretierten die Bausubstanz des Wiederaufbaus traditionell. Als Ergebnis entstand ein intimer Platzraum als Kernbereich der Altstadt mit dem wiederaufgebauten Rathaus als inhaltliche Mitte.

3.5. Schlossplatz

Am Schlossplatz brannten am 19. März 1945 alle Bauten bis auf die Grundmauern nieder. Von Beginn an war der Platz mit Stadthalle und Stadtbibliothek als kulturelles Zentrum vorgesehen.²¹ Im Juni 1948 hatte man mit dem Wiederaufbau der Stadthalle begonnen. Diese war 1928 durch einen Umbau des ehemaligen Marstalls des Stadtschlusses geschaffen worden. Für die Stadtväter war die Stadthalle kein Luxus, da ein Raum für kulturelle Veranstaltungen und für die Abhaltung von Kongressen, Messen und Ausstellungen fehlte.

Doch nach der Währungsreform fehlte das Geld für den weiteren Ausbau. Mittels einer Sachwertlotterie, Spendenaktionen, Veranstaltungen der Hanauer Vereine, deren Erlöse dem Aufbaufonds zugute kamen, Darlehen, Bausteinaktionen und einer Spende der Dunlop konnte das Projekt finanziert werden.

Nach dem Abschluss der Dachdeckerarbeiten 1949 war mit dem Einsetzen der Fenster das Gebäude wetterfest und der erste Bauabschnitt abgeschlossen. Nachdem die Finanzierung gesichert war, ging der Aufbau zügig voran und die Stadthalle wurde am 16. Dezember 1950 eingeweiht.

21 Vgl. hierzu Bestände im Stadtarchiv Hanau D4B 53 und J1 XXIII/7.

Als bescheidener Rest der Schlossanlage blieben neben dem Marstall nur das alte Regierungsgebäude der Grafschaft Hanau über, das 1949-1953 wiederaufgebaut wurde und in dem Kulturamt, Stadtbücherei und Stadtarchiv untergebracht wurden. Trotz des Schulraum- und Wohnungsmangels bleibt also festzuhalten, dass die Stadt Hanau Geld für kulturelle Belange zur Verfügung stellte.

Die noch bestehenden Reste des Stadtschlusses in Form des Friedrichsbaus mussten im Juli 1955 für einen Schulneubau weichen. Von den ehemals 19 Schulstätten waren im Bombenkrieg zwölf Gebäude total zerstört und vier so schwer beschädigt worden, dass die Kosten für den Wiederaufbau den Aufwendungen für einen Neubau entsprachen. Lediglich die Hohe Landesschule und die Gebeschusschule im Lamboyviertel erlitten Teilschäden. Als einziges Schulgebäude blieb die Kesselstädter Volksschule unversehrt.

Bis zur Währungsreform war der Zustand der Schulen katastrophal. Drei Volksschulen, die Hilfsschule, die Mittelschule, das Realgymnasium für Mädchen und drei Berufsschulen waren ohne eigene Unterrichtsstätte. Erst 1949 konnte mit dem Schulbau planvoll begonnen werden. Hier traten dieselben Faktoren wie beim Wohnungsbau auf. Mangelte es zuerst an Baustoffen und Arbeitskräften, fehlte nun das Kapital. Nach dem schleppenden Beginn der Bauarbeiten an den Hanauer Schulgebäuden konnte deren Wiederaufbau seit 1960 als vorläufig abgeschlossen angesehen werden.²²

Dem Aufbau von Wohnungen und öffentlichen Bauten ging der wirtschaftliche Wiederaufbau voraus. Die Hanauer Industrie mit den Unternehmen Dunlop und Heraeus an der Spitze erreichte bereits zu Beginn der 1950er Jahre ihr Vorkriegsniveau wieder und dehnte seitdem ihre Wirtschaftskraft aus. So entwickelte sich Hanau nach dem Krieg zu einem modernen Industriestandort und einem Wirtschaftsschwerpunkt im östlichen Rhein-Main-Gebiet.

4. Auswirkungen auf das heutige Hanauer Stadtbild

Die in der ersten Phase des Wiederaufbaus (1945-1958) entstandenen Bauten prägen noch heute das Stadtbild, insbesondere die Wohnblockbebauung der Altstadt. Auch in der Neustadt im Bereich der Französischen Allee und des Freiheitsplatzes spiegelt sich noch die Zeit des Wiederaufbaus wider. Erst in den 1960er Jahren wurde die Bauweise der geschlossenen Straßenblöcke durch zurückspringende Eckbauten und Häuserfronten oder Erhöhung der Bauten zerrissen. Auch die zeittypische Forderung nach autogerechten Städten führte zu einer leichten Veränderung des Stadtbildes. War Hanau vor der Kriegszerstörung eine geruhame Gewerbestadt mit engen Straßen und zahlreichen Fachwerkhäusern gewesen, zeigte sich die Stadt nach dem Neuaufbau nach modernen Gesichtspunkten als Einkaufszentrum mit zeitgemäß ausgestalteten Geschäften. Der unvorstellbare Wohnungsbedarf dominierte den Wiederaufbau, weshalb schnelle,

22 Zur Geschichte des Hanauer Schulwesens grundlegend I. Hobein, Der Wiederaufbau des Hanauer Schulwesens im Spiegel der Presse 1945-1960, [MS/Hanau 1971].

praktische und preisgünstige Lösungen gefordert waren. Eine der bedeutendsten Entscheidungen war es, in der unmittelbaren Nachkriegszeit keine Hochhäuser in der Kernstadt entstehen zu lassen.

Schon in der Nachkriegszeit war die Art des Wiederaufbaus keineswegs unumstritten. In Bürgerversammlungen wurde über die Wiederaufbaupläne diskutiert, wobei v.a. die Geschosshöhen und die Blockbebauung der Straßenviertel mit Grünanlagen in den Innenhöfen sowie die Gestaltung historischer Gebäude die Hauptstreitpunkte waren. Darüber hinaus waren die Kritikpunkte am Wiederaufbau vielschichtig: Für die eine Gruppe der Kritiker ging der Neuaufbau zu langsam voran, für die andere nicht nach ihren Wunschvorstellungen und für die dritte Gruppe wurde alles falsch angegangen. Auf der anderen Seite wurde die Bevölkerung beim Abriss der historischen Gebäude nicht gefragt. Stets war der politische Wille, die Ruinen zu beseitigen, mit Verweis auf die Erfordernisse der Zeit in Bezug auf den Wohnungsmangel und die Verkehrsprobleme begründbar. Die entscheidenden Personen der Stadtpolitik maßen den Erfordernissen der Zeit mehr Gewicht bei als der Wiedererstellung historischer Bauwerke. Deshalb wurden das Goldschmiedehaus, die Niederländische Kirche, das Landgericht, das Landratsamt und das Behördenhaus in schlichterer Gestaltung in den bekannten Außenfronten mit neuartiger Innengestaltung wiederaufgebaut. Lediglich beim Frankfurter Tor und dem Neustädter Rathaus lässt sich von einer Rekonstruktion der Außenfassade sprechen.

Der erste Abschnitt des Wiederaufbaus endete mit der Vollendung des Goldschmiedehauses, als einziger historischer Bau wurde das Neustädter Rathaus erst 1964 vollendet. Die Einweihung des Stadtbades 1961 symbolisierte den erfolgreichen Beginn einer neuen Aufbauperiode. Die weiteren Baumaßnahmen dienten dem Ausbau der Stadt.

Vergleicht man Hanau mit den ähnlich stark zerstörten Mittelstädten Düren, Gießen und Paderborn treten eine Vielzahl an Gemeinsamkeiten in der Konzeption des Wiederaufbaus auf.²³ Alle Kommunen trafen die Entscheidung, ihre Stadt auf dem mittelalterlichen und frühneuzeitlichen Grundriss wieder aufzubauen. So unterblieb bei den betrachteten Mittelstädten eine konsequente Neuplanung. Die Abkehr vom Stadtgrundriss wurde mit Rücksicht auf die vorhandenen Werte nicht durchgeführt und nur in wenigen Fällen durch neue Fluchtlinien dem Verkaufsaufkommen angepasst.

Die Enttrümmerung wurde uneinheitlich durchgeführt. Je nach Stadt verschieden wurden Notdienste eingeführt oder die Trümmerbeseitigung von Unternehmen be-

23 Zum Vergleich wurden Arbeiten aus der Literatur herangezogen, vgl. u.a. *L. Brake*, Neuanfang und Aufbruch: 1945 bis 1960, in: *L. Brake/H. Brinkmann* (Hrsg.), 800 Jahre Gießener Geschichte 1197-1997, Gießen 1997, S. 263-287; *K. Ferdinand*, Düren – Euskirchen – Zülpich. Drei Städte an Nordostrand der Eifel, ihre Entwicklung von 1945 bis zur Gegenwart, Köln 1981; *D. Schneider*, Die städtebaulichen Entwicklungsphasen Dürens und ihr Niederschlag in der heutigen Stadtgestalt [Diss. HS Aachen 1991], *B. Stambolis*, Städtebaulicher Umbruch und lokale Identität. Zur Verknüpfung von Architektur- und Mentalitätsgeschichte am Beispiel des Neu- und Wiederaufbaus in Paderborn nach 1945, in: *Die Alte Stadt* 4 (1995), S. 383-394; *B. Stambolis*, Stadtplanung und Aufbau kriegszerstörter Städte nach 1945. Konzepte, Handlungsfelder und personelle Kompetenzen am Beispiel des Wiederaufbaus in Paderborn, in: *Westfälische Zeitschrift* 146 (1996), S. 351-366.

werkstellt. Der Umgang mit den historischen Bauwerken ist in allen Städten unterschiedlich, jedoch wurden rekonstruierende Baumaßnahmen nur in Ausnahmefällen durchgeführt. Die historische Bausubstanz wurde entweder beseitigt oder in vereinfachten äußeren Formen mit einer neuartigen Innenkonzeption wieder aufgebaut.

Im Vergleich der Aufbaukonzepte erfolgte der Wiederaufbau von Paderborn und Hanau nach dem Leitbild des traditionellen Anpassungsneubaus. Nicht Rekonstruktion war das Ziel, sondern Wahrung der Proportionen, Kleinteiligkeit und einst verbaute Materialien wiederzuverwenden sowie nach der Beseitigung der Trümmer die vorhandene Bausubstanz zu verwerten. Ein weiteres Wiederaufbaumodell wäre ein rekonstruktiver Wiederaufbau gewesen. Dieses Baukonzept war mit enormen Kosten und technischen Schwierigkeiten versehen und hatte zum Ziel eine Stadt als Kopie der untergegangenen Stadt wieder zu errichten. Dies war ebenso nicht durchsetzbar wie ein vollkommener Neubau ohne Rücksicht auf die historische Bausubstanz. Düren und Gießen bevorzugten hingegen eher moderne Lösungen, besonders im Hinblick auf Materialgerechtigkeit und Lokalisation der Bauten, doch die grundsätzliche Entscheidung die Stadt auf dem alten Grundriss zu erbauen und die Wünsche der Bevölkerung und der Industrie bzw. des Handels verhinderten grundlegende Neuplanungen.

Die Beibehaltung des Stadtgrundrisses führte infolge des größer werdenden Verkehrsaufkommens in Hanau zu schwerwiegenden Problemen, deren Beseitigung und Folgen wie auch die Bausubstanz der Nachkriegszeit, die Standorte der Bauten oder die architektonischen Vorstellungen der Zeit bis heute die Kommunalpolitik dominieren – wie sich in Hanau am Beispiel des „wettbewerblichen Dialogs“ sehen lässt, einer Initiative der Hanauer Stadtverwaltung zur Sanierung der Hanauer Innenstadt. Als die Hanauer Stadtverordnetenversammlung im Juni 2008 das europaweite Vergabeverfahren beschloss, um attraktive Einkaufsmöglichkeiten, lebenswerten Wohnraum, eine funktionierende Infrastruktur sowie Platz für Kunst, Kultur und Gastronomie zu schaffen, galt dieser Weg als bisher einzigartig. In Wirklichkeit ist die Ausschreibung nur die Fortsetzung einer Aufgabe vor der die Hanauer Stadtväter schon 60 Jahre zuvor standen: Die Innenstadt wiederzubeleben, baulich und sozial neu zu strukturieren. Vieles was heute diskutiert wird, stand also damals schon auf der Tagesordnung.

Im Ganzen konnten die Faktoren für den Wiederaufbau hier nur angerissen werden, es bleiben noch umfangreiche Forschungen durchzuführen, deren Erkenntnisse in meine geplante Dissertation einfließen werden. Da die Umgestaltung der Innenstädte stets ein gewichtiger Teil der Arbeit der Stadtplaner sind, könnten historische Forschungen über die vergangene Stadtplanung sowie die Diskussionen, Pläne und Vorschläge oder deren Auswirkungen auf die Gegenwart für die kommunale Stadtpolitik einen enormen Nutzen darstellen.

Autorinnen/Autoren

UWE ALTROCK; Professor für Stadtumbau und Stadterneuerung an der Universität Kassel; 2003-2006 Juniorprofessor an der BTU Cottbus, 2001-2002 Vertretungsprofessor an der TU Hamburg-Harburg, 1994-2001 Wissenschaftlicher Mitarbeiter an der TU Berlin, 1992-1994 Städtebaureferendar bei der Senatsverwaltung für Stadtentwicklung und Umweltschutz Berlin. Forschungsprojekte zu urbaner Governance in Megastädten, zu Fragen der Baukultur und den Wirkungen der Städtebauförderung.

CHRISTINE BAUHARDT; Leiterin des Fachgebietes Gender und Globalisierung an der Humboldt-Universität zu Berlin. 1994 Promotion in Politikwissenschaft, 2003 Habilitation an der Fakultät Raumplanung der Universität Dortmund; Venia legendi für Theorie und Politik räumlicher Planung. Forschungsschwerpunkte: Stadtentwicklung und Migration, Räumliche Planung und Nachhaltigkeit, Globale Umweltpolitik und Gender.

STEFANIE FÖBKER; Studium der Geographie in Bonn und Bordeaux/Frankreich; seit 2002 wiss. Mitarbeiterin am Geographischen Institut der Universität Bonn, zwischenzeitlich im Sommersemester 2004 wiss. Mitarbeiterin am Seminar für Geographie und ihre Didaktik an der Universität zu Köln; Forschungsschwerpunkte: Bevölkerungs- und Stadtgeographie, Demographischer Wandel, Mobilität, Wohnstandortwahl, Internationale Migration.

MARKUS HÄFNER; Ausbildung als Fachinformatiker 2001-2003, Magisterstudium Mittlere und Neuere Geschichte und Politologie 2003-2008; Kurator für die Sonderausstellung „950 Jahre Ersterwähnung Kesselstadt 2009“; seit 2009 Promotionsstudent; mehrere Publikationen zur Hanauer Geschichte im 19. und 20. Jahrhundert.

ROBERT KALTENBRUNNER studierte Architektur und Städtebau an der TU Berlin, wo er auch diplomierte und promovierte; 1990-1999 Projektleiter für Wohnungsbaugroßvorhaben in der Senatsverwaltung für Bau- und Wohnungswesen in Berlin; seit 2000 Leiter der Abteilung „Bauen, Wohnen, Architektur“ im Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung (Bonn und Berlin).

BORIS PODRECCA verkörpert den klassischen Mitteleuropäer – ein Triestiner in Belgrad geboren, in Wien und Venedig ansässig. Er lehrte an der TU Stuttgart und war Direktor des Institutes für Raumgestaltung und Entwerfen. Als Gastprofessor war er unter anderem in Lausanne, London, Paris, Venedig, Wien und an der Harvard University in Boston-Cambridge tätig, bzw. ab Oktober 2009 an der neugegründeten Architekturfakultät Maribors. Die Theorie des Raumes bildet den Mittelpunkt seiner Forschung. Neben zahlreichen Platzgestaltungen realisiert Boris Podrecca vornehmlich Museumsbauten, Hotels und Bürohäuser.

Forum

Uwe Altrock

Höhepunkt der Moderne oder Wende zur Nachmoderne?

Die „autogerechte Stadt“ von Hans Bernhard Reichow – 50 Jahre danach neu gelesen

1. Einführung

Ende der 1950er Jahre wurden bekanntlich einige der programmatischen Werke der städtebaulichen Moderne in Deutschland herausgegeben, so etwa 1957 die „Gegliederte und aufgelockerte Stadt“ von Göderitz, Rainer und Hoffmann.¹ Einige haben Vorläufer, die sie in Verbindung mit nationalsozialistischen Planungsvorstellungen unter dem Schlagwort „Ortsgruppe als Siedlungszelle“ bringen, ein Zusammenhang, auf den sehr ausführlich Werner Durth 1986 in seinem Werk „Deutsche Architekten“ hingewiesen hat.² Teilweise gehen die Leitbilder noch weiter zurück und stellen Bezüge zur Gartenstadtidee von Howard oder der städtebaulich-architektonischen Moderne in den späten 1920er und frühen 1930er Jahren her. Vieles davon ist mehr oder weniger bekannt, wohl auch, dass das Werk von Hans Bernhard Reichow Vorläufer in dessen Städtebaupraxis und dessen früheren Veröffentlichungen insbesondere zum Thema der „Organischen Stadtbaukunst“ (1948) besitzt.³ Wohl vor allem wegen seines für ein perfektes Feind-

bild taugenden Titels seiner das Lebenswerk noch einmal unter einem anderen Aspekt zusammenfassenden Werks von 1959, „Die autogerechte Stadt“, haben sich Generationen nachmoderner Stadtplaner an ihm abgearbeitet und ihm Elemente menschenfeindlicher stadtplanerischer Allmachtsphantasien zugeschrieben.

Untergegangen ist dabei für viele – angesichts der Assoziation von stadtzerstörenden Innenstadt-Straßenringen in Hannover, Stuttgart oder Kassel – was hinter dem Leitbild wirklich steckte. Reichow selbst resümierte seine Auffassung, rückblickend aus dem Heute, in medial professioneller, aber wissenschaftlich sehr ungeschickter Weise, auf Seite 88 der 91 Seiten seines Buchs in einer Schlussreflexion in der Formel, dass er sein Buch wohl besser „Autostadt nach menschlichem Maß“ hätte nennen sollen⁴ – ja, das wäre der angemessene Titel für den vom Bundesministerium für Wohnungsbau geförderten Band gewesen, der vieles erklärt, aber dem teilweise hemdsärmelig geschriebenen, teilweise um interessante wissenschaftliche Analysen angeereicherten polemischen Buch vielleicht weniger Sprengkraft gesichert hätte.

Im Jahr 2009, also 50 Jahre nach dem Erscheinen des Buchs, scheint es an der Zeit, sich rückblickend noch einmal zu vergegenwärtigen,

1 J. Göderitz/R. Rainer/H. Hoffmann, Die gegliederte und aufgelockerte Stadt. Tübingen 1957.

2 W. Durth, Deutsche Architekten. Biographische Verflechtungen 1900-1970, Braunschweig 1986.

3 H.B. Reichow, Organische Stadtbaukunst, Braunschweig 1948.

4 H.B. Reichow, Die autogerechte Stadt, Ravensburg 1959.

welcher Stellenwert ihm in einer Zeit der städtebaulichen „Nachmoderne“ historisch zukommt. War es wirklich einer der Höhepunkte der städtebaulichen Moderne, die ihre aus heutiger Sicht in der Fachwelt tief empfundene Ablehnung verdienen? Wie viel trugen die Gedanken der „Autogerechten Stadt“ zu einer „Zweiten Zerstörung“ nach dem Weltkrieg bei, die ein Vierteljahrhundert später zu einer Ablösung des Leitbilds der Moderne führten? Eine solche Reflexion ist insbesondere vor dem Hintergrund der Tatsache angezeigt, dass heute kaum noch jemand genauer darüber Bescheid weiß, welche Schwerpunkte die Ideen Reichows wirklich befaßten. Die folgenden Beobachtungen und Überlegungen, im Wesentlichen aus einem erneuten Lesen des Buchs von Reichow gewonnen, beschäftigen sich mit diesen Fragen und versuchen daraus weiterhin Gedanken zu einer Standortbestimmung des städtebaulichen Leitbilds der „Nachmoderne“ zu gewinnen.⁵

2. Die autogerechte Stadt als evolutionärer Trittstein zwischen der Charta von Athen und dem Leitbild der Nachmoderne?

Bei genauem Lesen stellt sich die Frage, inwiefern das Buch „Autogerechte Stadt“ als Vorbote der „Nachmoderne“ zu verstehen ist, die dann in den 1960er Jahren wesentliche weitere Impulse erhielt, ausgehend 1961 von Jane Jacobs⁶ und vielen weiteren kritischen Stimmen, von denen stellvertretend in Deutschland das 1963 entstandene Gutachten von Peter Koller zum Sanierungsgebiet Wedding-Brunnenstraße genannt werden soll, das ein Programm der behutsamen Stadterneuerung formulierte, bevor die Kahl-schlagsanierung im „Größten Sanierungsgebiet Europas“ überhaupt Fahrt aufgenommen hatte, umgesetzt als wesentliche Säule und Experi-

mentierfeld des Berliner 1. Stadterneuerungsprogramms, lange vor der Verabschiedung des Städtebauförderungsgesetzes, zunächst nach einem Wettbewerbsiegerentwurf von Fritz Eggeling, 1958 Sieger im (West-)Berliner Hauptstadtwettbewerb, Weggefährte von Reichow etwa in deren gemeinsamer Planung in Leverkusen und Widersacher von Peter Koller bei der Herausbildung eines eigenen Stadtplanungsstudiengangs an der TU Berlin.

Hierfür bot es einige Brücken an, die im Folgenden näher aufgezeigt werden. Wird man sich darüber klar, dass sie bereits im früheren Schaffen Reichows angelegt waren und ein Programm der organischen Moderne darstellten, das von einer Nebenströmung der modernen Bewegung vor dem Zweiten Weltkrieg mit einem gewissen, aber nicht hegemonial werdenden Erfolg propagiert wurde und sich vor allem im Siedlungsbau der Nachkriegszeit und in teilweise scharfer Abgrenzung gegen Le Corbusier durchsetzte, lässt sich die Ablösung der Moderne durch die Nachmoderne anders (neu?) interpretieren: als einen evolutionären Prozess, in dem Abweichungen vom herrschenden Paradigma zunächst in Nischen existierten und im Rahmen der Veränderung äußerer Rahmenbedingungen einen dramatischen Schub erlebten, weil sie unter ihnen deutliche Selektionsvorteile aufwiesen, zunächst aber noch ohne generelle Ablösung der Gesamtströmung, allmählich sich weiter anpassend und schließlich unter Hervorbringung eines gänzlich neuen Leitbilds, die aus der Rekombination bestimmter bereits erprobter Elemente schöpfen konnten. Im Städtebau der deutschen Nachkriegszeit ließe sich diese Abfolge der organischen Prinzipien eines Reichow, dem Versuch der Schaffung von Urbanität durch Dichte und schließlich der Renaissance von Block und Straße mit der Hinwendung zum Behutsamkeitsparadigma diesbezüglich beschreiben. Sie machen deutlich, dass Reichows autogerechte Stadt zwar noch meilenweit vom Städtebau der Nachmoderne entfernt war, in ihr aber zentrale Prinzipien bereits aufschienen, die sich später viel deutlicher Bahn brachen.

⁵ Vgl. insbesondere A. Feldtkeller, *Die zweckentfremdete Stadt*, München 1994; U. Flecken, *Zur Genese der Nachmoderne im Städtebau*, Berlin 1999.

⁶ J. Jacobs, *Death and Life of Great American Cities*, New York 1961.

3. Hintergrund

Für Reichows unkonventionelle Auffassung innerhalb der städtebaulichen „Moderne“ könnte seine Tätigkeit als Mitarbeiter von Erich Mendelsohn mit entscheidend gewesen sein. Seine aktive Zeit als Stadtplaner in Dresden, Braunschweig und Stettin hatte bis zum Ende des Zweiten Weltkriegs wohl in Stettin die stärksten Spuren hinterlassen, wo Reichow nach Beitritt zur NSDAP in der Lage war, mit stark durchgrüntem und gegliederten städtebaulichen Konzepten wesentliche Beiträge zum Konzept der „Ortsgruppe als Siedlungszelle“ zu leisten. Seine Entwürfe für Stettin und – als Mitarbeiter von Konstanty Gutschow – für Hamburg veröffentlicht er nach dem Krieg zunächst unter dem Titel „Organische Stadtbaukunst“ (1948). Nach dem Krieg prägt er mit Entwürfen für Hamburg (Gartenstadt Hohnerkamp 1953/1954) oder die Bielefelder Sennestadt (ab 1954) die Wiederaufbauphase maßgeblich. Seine durchgrüntem Siedlungen wurden vor allem am Stadtrand errichtet, während seine Vorschläge für einen Umbau im Bestand wenig bekannt geworden sind. Reichows Werk grenzt sich von seiner städtebaulichen und architektonischen Form gegenüber den bereits in den späten 1920er und frühen 1930er Jahren bekannt gewordenen strengen Zeilenbaukonzepten etwa in Frankfurt/Main (Westhausen) und Berlin (Reichsforschungssiedlung Haselhorst) deutlich ab. Auch in seinem Spätwerk ist den von ihm realisierten Hochbauten und Siedlungsstrukturen eine etwa Hans Scharoun verwandte Formensprache eigen, die sich nicht zuletzt in einer deutlichen Variation von Gebäudeecken oder Dachformen ausdrückt. Weder dominiert hier der rechte Winkel, noch nehmen die Siedlungen eine Maßstäblichkeit an, die später im Niedergang der städtebaulichen Moderne etwa am Berliner „Märkischen Viertel“ vehement kritisiert wird. Nichtsdestoweniger sind die realisierten Siedlungen Reichows ausgeprägte Vertreter einer weitestgehenden Funktionstrennung und dienen fast ausschließlich dem Wohnen.

4. Ausgangspunkte und Prinzipien der autogerechten Stadt

Reichows eigene Position, die sich zumindest formal deutlich von anderen Vertretern der Moderne absetzt, ist in seinen Schriften deutlich nachvollziehbar. Reichow formuliert eine scharfe Absage nicht nur an den vormodernen Städtebau, sondern auch an die moderne Rationalität, die beispielsweise Le Corbusier zugerechnet und teilweise scharfsinnig analysiert wird: „So offenbart sie ich [eine Sanierung im Sinne Le Corbusiers für Buenos Aires] als Ganzes [...] als Formalismus in wesensfremder Flächengraphik kubistischer und mondrianischer Prägung“ (S. 76). Es ist frappierend zu sehen, wie Reichow sich von Beginn an der Analogie von der Stadt als Organismus zuwendet und dabei versucht, mit dem Erbe des Hippodamos von Milet als ikonenhafter Ursprung rasterförmig angelegter Städte „aufzuräumen“. Dieses berücksichtige nicht hinreichend das mögliche Geländere Relief und erschwere die Einfädung von Autos von untergeordneten in übergeordnete Straßen, die bei organischen Systemen sehr zwanglos möglich sei.

Ausgehend vom Verkehr baut er die Stadt in Analogie zu einem Organismus mit Verweis auf den Blutkreislauf oder Blattstrukturen hierarchisch auf. Durch die Krümmung von Straßen möchte er geringe und damit der jeweiligen Situation angemessene Geschwindigkeiten erzwingen. Verkehrswege unterschiedlicher Verkehrsteilnehmer werden noch konsequenter als in Radburn getrennt. Leitendes Prinzip ist die Vermeidung von Knotenpunkten als neuralgische Punkte im Verkehrssystem, begleitet von einem geradezu manischen Feldzug gegen Ampeln und Verkehrsschilder – hier ist Reichow auch „ganz Architekt“. Der Kritik an der vermeintlichen schlechteren Erreichbarkeit bei Aufgabe des Rastersystems stellt er sich mit plausiblen Argumenten. Dennoch steht auch die Leistungsfähigkeit des Verkehrssystems im Mittelpunkt:

„Wenn man [...] durch die weitsichtige Einrichtung gesonderter Fahrbahnen für die Straßenbahn und andere Verkehrsmittel von der einen

Seite gerecht zu werden sucht, muß man andererseits auch den Kampf gegen die ‚Schleicher‘ aufnehmen, die sonst die erzielte Leistungssteigerung wieder aufheben. Dazu gehört nicht zuletzt das Verbot von Pferdegespannen im Großstadtverkehr (sic!). Vielleicht ist dem Verbot ein anderer Weg vorzuziehen: der Eintausch der Gespanne durch die Stadt gegen Lastkraftwagen. Wahrscheinlich gibt es kaum einen billigeren Weg für die Städte, die Leistungsfähigkeit ihrer Straßen zu heben.“ (S. 53)

Immer wieder scheinen sehr anregende Vorschläge auf – wie der einer Orientierung durch unterschiedlich gefärbte Straßenbeleuchtung –, wenngleich diese nur eingeschränkt zweckmäßig und bisweilen auf groteske Weise überzogen erscheinen (vgl. Abb. 1).

Sehr gut auf den Punkt gebracht wird seine Haltung durch Positionen wie die folgende (S. 25):

- ▷ je weniger Knoten, um so mehr Sicherheit,
- ▷ je weniger Knoten, um so mehr Leistung,
- ▷ je weniger Knoten, um so weniger schädliche Abgase,
- ▷ je weniger Knoten, um so mehr Wirtschaftlichkeit in Anlage und Betrieb.

Damit entstehen allerdings öffentliche Räume, die sich komplett von denen der Nachmoderne unterscheiden. Reichow bekennt sich in seinem Plädoyer für die organische Form in einer Art Überhöhung des vermeintlich Notwendigen klar gegen eine kompakte Stadt: „Wenn man die Dinge zu Ende denkt, so entspricht eine derart grenzfreie Straßenplanung nur sinngemäß dem städtebaulichen Gestaltungs-Objekt des 20. Jahrhunderts, der Stadtlandschaft, die rein geographisch längst an Stelle des Begriffs der kompakten Stadt getreten ist“ (S. 30). In der Formulierung scheint die heutige Zwischenstadt-Debatte ein wenig vorweggenommen, insbesondere dahingehend, wie affirmativ aus einem scheinbar säkularen Trend eine Notwendigkeit abgeleitet wird – hierfür ist Reichow beileibe kein Einzelfall. Noch deutlicher wird die Auffassung Reichows in seiner von der Fußgän-

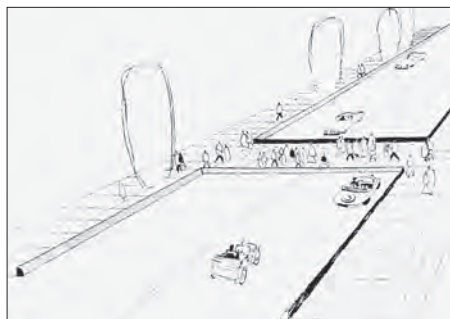


Abb. 1: Vorschlag von Reichow; Bildunterschrift i.O.: „Heb- und versenkbare Borde an Zebrastreifen-Übergängen zum Schutz der Fußgänger. Die Lösung erscheint als einzig sicherer Schutz gegen die Rücksichtslosigkeit mancher Fahrer.“ (S. 53)

gerorientierung abgeleiteten Unterstützung von Einkaufs-Zentren:

„So dient dem Schutz der Fußgänger die zunehmende Ausschaltung des Fahrverkehrs im Innern reiner Einkaufszentren. Sie dient zugleich der Bequemlichkeit und Ungestörtheit der Käufer beim Schauen und Sichunterhalten. Im gleichen Sinne etwa, wie schon in der Antike die Foren Fußgängern vorbehalten waren. Die Zufahrt für Läden und Parkplätze der neuen Kaufzentren sind auf die Rückseite der Läden konzentriert.“ (S. 35)

Dagegen stellt Reichow durchaus Überlegungen für eine Nachbarschaft von Nutzungen an, die sich teilweise sehr eng an Bandstadtprinzipien anlehnen und mithin deutlich machen, wie sehr er einer bestimmten Minderheitenströmung der Moderne zuzurechnen ist (S. 49). Teilweise formuliert er aber auch interessante Überlegungen zu einer weniger feinkörnigen stadtteilbezogenen Mischung im Bestand, beklagt die nach Geschäftsschluss verödenen Innenstädte und erkennt an, dass eine Wohnstadt alleine noch keine Stadt macht (S. 55 f., 73). Aus seinem Vorschlag einer „Eingelung des Verkehrs“ ergeben sich auch andere stadträumliche Muster als der Zeilenbau, die teilweise in Nachkriegssiedlungen verwirklicht worden sind (S. 83).

5. Schlussfolgerungen

Reichow richtet sich gegen die Rationalität der Moderne und gegen eine Dominanz technischer Lösungen. Seine in der Sennestadt Bielefeld weitgehend verwirklichten Prinzipien richten sich auch gegen kompakte Städte. Nichtsdestoweniger ordnet er den Aufbau der Stadt Erschließungsgesichtspunkten unter und bleibt damit einer Machbarkeitslogik der Wiederaufbauzeit verhaftet, die er ausdrücklich als Chance begreift. Seine Vorschläge für den Umgang mit dem Bestand sind relativ behutsam und peilen eine allmähliche Umgestaltung mit Hierarchisierung des Verkehrssystems an. Interessanterweise sind viele seiner dort gemachten Vorschläge viel später als ein Element von Verkehrsberuhigungsmaßnahmen – etwa in Berlin – realisiert worden, wenn Straßen „abgehängt“ und teilweise zurückgebaut wurden (S. 80). Damit hat er durchaus indirekt einen Beitrag zur Zivilisierung des Stadtverkehrs geleistet, wenngleich seine stadträumlichen Ideen stark der Idee des „fließenden Raumes“ huldigen und damit – Ideen für eine Stadtkrone hin oder her – nachmodernen Vorstellungen stark widersprechen. Ähnlich Ernst May in der Sowjetunion mag auch Reichow letztlich an der Bürgerlichkeit der Vorstellungen einfacher Stadtnutzer gescheitert sein, doch bis heute bleiben seine Konzepte den Nachweis schuldig, wie interessante Boulevards und In-

nenstadtbereiche unter Verzicht auf traditionelle städtebauliche Konzepte möglich sein sollen.

Im Hinblick auf seine Motivation wird sein Werk heute allerdings völlig falsch interpretiert. Der Ausgangspunkt, einige wichtige Straßen für den Autoverkehr zu reservieren, damit Wohnbereiche von Emissionen geschützt werden und schwächere Verkehrsteilnehmer sich sicher in der Stadt bewegen können, ist bis heute aktuell. Hier bieten seine Ansätze einige Anregungen, die ebenfalls teilweise Eingang in das nachmoderne Städtebaurepertoire gefunden haben. Der Siegeszug des häufig klein dimensionierten Kreisverkehrs hätte ihm wahrscheinlich späte Genugtuung bereitet. Auch die integrierte Verkehrsplanung ist an einigen Stellen von ihm vorgezeichnet worden.

Allerdings erscheint an vielen Stellen die verkehrsbezogene Optimierung der Stadt, wenn sie auch eher auf Verträglichkeit des Autoverkehrs als auf Ausrichtung der Stadt auf optimale Bedingungen für den Autoverkehr abzielen, zu einseitig. Schon im Hinblick auf die ökonomische Verwertung von Grund und Boden wird man ihm heute nicht folgen wollen, und aus Gründen der Vermeidung von Flächenverbrauch bietet eine kompakte, nutzungsgemischte verkehrsberuhigte Stadt der kurzen Wege aus heutiger Sicht wohl günstigere Eigenschaften.

Bernhard Schäfers

Baukultur und gesellschaftlicher Wandel

Kommentar zu einer aktuellen Neuerscheinung

Mit dem Titel „Baukultur. Spiegel gesellschaftlichen Wandels“ erschien soeben ein sehr wichtiges Buch, das am 7. September 2009 im Rahmen einer Veranstaltung in der Akademie der Künste am Pariser Platz in Berlin vorgestellt wurde. Die Einführung in die Veranstaltung übernahm Prof. Dr. Engelbert Lütke Daldrup, Stadtplaner und Staatssekretär im Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung, den „Kommentar“ Prof. Dr. Bernhard Schäfers, ein Architektursoziologe, der den Lesern unserer Zeitschrift wohl bekannt ist.



WERNER DURTH/
PAUL SIGEL, *Baukultur. Spiegel gesellschaftlichen Wandels*, Berlin: Jovis-Verlag 2009, 570 farb. und 450 s/w Abb., 784 S., EUR 49,80.

Gute Architektur, humane Wohnverhältnisse, die urbane Stadt: das Aufgabenfeld der Baukultur ist so breit wie das Spektrum der gebauten Umwelt. Es gibt kaum eine zwischenmenschliche Handlung, die nicht durch Architektur mitbestimmt ist, bis hin zu ihrer symbolischen und kulturgeschichtlichen Bedeutung. Architektur ist, wie es der Wiener Architekturtheoretiker Friedrich Achleitner ausdrückt, „die einzige Kunst, der der Mensch nicht entkommt“.

Dieses weite Feld von Bedeutsamkeiten wird in dem Buch von Werner Durth und Paul Sigel beackert und kultiviert durch zwei Leitbegriffe: Baukultur und gesellschaftlicher Wandel. In den Umschreibungen und Definitionen für Baukultur, die sich im Text finden oder erschlossen werden können, wird offenkundig, wie viele Bereiche und Handlungsfelder berührt werden. Kein anderes Gebiet ist so breit mit der Alltagskultur und der Lebenswelt der Menschen verknüpft. Ohne Übertreibung lässt sich sagen: Baukultur umfasst, personell und

institutionell, den umfangreichsten Teil von Kultur überhaupt.

Die Erklärung des gesellschaftlichen Wandels im Hinblick auf seine Ursachen und, wenn möglich, auf seine Folgen für die Formen des Zusammenlebens, ist eines der Hauptarbeitsgebiete der Soziologie. Vorliegendes Werk macht auch offenkundig, dass Wohnungs-, Siedlungs- und Stadtentwicklung in den Theorien der Gesellschaft und ihres Wandels unterbelichtet sind. „Die Wechselwirkungen zwischen Industrialisierung und Urbanisierung, technologischen Innovationen und sozialem Strukturwandel“, so die These der Autoren, fordern die „bauliche Gestaltung der veränderten Lebenswelt“ heraus. Diese – die familiäre, berufliche und zumal die städtische Lebenswelt – hat sich in den letzten 120 Jahren so radikal verändert wie in keiner Epoche zuvor. Die Ursache liegt in den wissenschaftlich-technischen und politisch-sozialen Revolutionen, in der „Doppelrevolution“, mit dem Begriff des englischen Sozi-

alhistorikers Eric Hobsbawm. In ihrer vor gut 200 Jahren einsetzenden Dynamik stehen wir noch immer.

Die Etappen des gesellschaftlichen Wandels werden mit fünf historisch-politischen Begriffen bezeichnet; sie reichen vom Kaiserreich bis in die unmittelbare Gegenwart, das Jahr 2009. Fritz Sterns beeindruckende Autobiographie, „Fünf Deutschland und ein Leben“, umfasst annähernd den gleichen Zeitraum und schildert eindringlich die alles verändernden, alles ergreifenden Wandlungen im politischen, sozialen und mentalen Bereich. Im Werk von Durth/Sigel wird deutlich, wie diese Faktoren auf die Baukultur einwirken.

Im Zentrum von Baukultur stehen Bauten in siedlungsstrukturellen – im günstigsten Fall: in urbanen – Kontexten für das Wohnen, für Arbeit, Mobilität und Freizeit, für Konsum und Kultur, um nur diese Bereiche der „baulich-architektonischen Grundversorgung“ zu nennen. Ein reiches, z.T. eigenes Bildmaterial unterstützt die Analysen in ihren baugeschichtlich-ästhetischen Dimensionen. Hierbei ist gewärtig, dass Bauwerke über ihre aktuelle Funktion hinaus „Brücken (bilden) zwischen den Generationen“ (S. 9): Sie ermöglichen räumliche Identität und Orientierung im sozialen und kulturellen Wandel, letztlich so etwas wie Heimat. Gleich einleitend wird hierzu aus Ernst Blochs „Prinzip Hoffnung“ zitiert: Architektur sei ein „Produktionsversuch menschlicher Heimat“. Die Kämpfe um den Erhalt oder Wiederaufbau von Bauwerken, sei es die Frauenkirche in Dresden, das Olympiastadion in München oder das Berliner Stadtschloss, dienen als zeitnahe Beispiele. Sie zeigen zugleich, wie sich der Umfang der Baukultur im Hinblick auf Personen und Institutionen, die einwirken wollen, erweitert und die lokalen, im Falle der Frauenkirche auch die nationalen Grenzen, hinter sich lässt.

Die Analysen beruhen auf breiter empirischer Basis; keine Archivreise wurde gescheut. Für die letzten Jahrzehnte, zumal für die Darstellung der Internationalen Bauausstellungen und die Planungen der neuen Hauptstadt, kommen ergän-

zend hinzu Gespräche mit zahlreichen Akteuren und Zeitzeugen.

Dass Baukultur nicht ohne bestimmte Formen der Institutionalisierung, des Auf-Dauer-Stellens von Qualitätsmaßstäben, auskommt, dafür steht u.a. der im Jahr 1907 gegründete Deutsche Werkbund. Ausstellungen, Planungen und Stellungnahmen des Werkbundes zu Fragen der Baukultur durchziehen wie ein roter Faden den gesamten Band. Vergleichbare Gründungen in anderen europäischen Ländern – die erstaunlichste in England, im ersten Kriegsjahr 1915 – zeigen seinen außerordentlichen Rang.

Die Architektur, die die sichtbaren Ergebnisse der Baukultur hervorbringt, hat es nicht nur mit Eckdaten aus der Bevölkerungs-, Familien-, Haushalts- und Siedlungs-, Arbeits- und Berufsstruktur zu tun, sondern ebenso gewichtig mit den vorherrschenden Normen und Werten und einem zeittypischen kulturellen und politischen Umfeld. Im Kaiserreich waren, ob für private oder öffentliche Bauwerke, Mentalitätslagen, Herrschafts- und Abhängigkeitsstrukturen zu berücksichtigen, die uns fremd, z.T. befremdlich geworden sind. Die Dominanz der bürgerlich-männlichen Klasse war in allen Bereichen, auch im Wahlrecht oder im BGB, das am 1.1.1900 in Kraft trat, festgeschrieben. Am Ende des Jahrhunderts hat sich alles verändert. Zu den kulturellen und sozialen Selbstverständlichkeiten zählen die breite Beteiligung der Frauen an Bildung und Ausbildung, Studium und Beruf, aber auch differenzierte Formen der Partizipation – alles neue, unverzichtbare, oft vorwärts treibende Elemente der Baukultur.

Um ihren Wandel vom Kaiserreich bis in die Gegenwart anschaulich zu machen, wird der in der Wissenschaftsgeschichte prominente Begriff des Paradigmas bzw. des Paradigmenwechsels herangezogen, den Thomas S. Kuhn mit seiner Arbeit über „Die Struktur wissenschaftlicher Revolutionen“ einführte. Diese ereignen sich durch einen abrupten Wechsel der vorherrschenden Methoden und der bisherigen Sicht auf einen Gegenstandsbereich.

Für die Baukultur heben Durth und Sigel mehrere Paradigmenwechsel hervor. Zunächst galt es, das „Referenzsystem des Historismus“ abzulösen. Das geschah um 1900, als sich „die Prinzipien der Rationalisierung, Normierung und Standardisierung als Prämissen technischen, wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Fortschritts“ durchsetzten. Es geschah nicht von selbst, sondern mit viel Programmatik und Durchsetzungskraft von Persönlichkeiten aus Architektur und Stadtplanung, aber auch aus Industrie und Handel, Politik und sich politisch verstehenden Lebensreformbewegungen. Wichtige Etappen waren die große Berliner Gewerbeausstellung von 1896 und die zwei Jahre später gegründete Berliner Secession. Doch es ging nicht nur um ästhetische Fragen. Beispiele aus Wettbewerben und dem seit Ende des 19. Jahrhunderts immer reicheren Schrifttum zu Stadt, Städtebau und Stadtplanung belegen: Zum Paradigmenwechsel gehörte noch vor dem Ersten Weltkrieg die Forderung, für eine demokratische Gesellschaft zu bauen. Das alles ist beeindruckend dokumentiert. Man liest sich fest, freut sich mit den Autoren an so manchem Archivfund und neu entdeckten Zusammenhängen.

Der zweite, letztlich entscheidende Paradigmenwechsel erfolgte nach dem Ersten Weltkrieg in der Weimarer Republik. „Mit revolutionärer Emphase“, so lesen wir, „traten Walter Gropius und Bruno Taut nach 1918 für eine Radikalisierung der um 1900 entfalteten Reformbewegung ein“. Werkbund, Bauhaus und CIAM bezeichnen sehr unterschiedliche Formen der Institutionalisierung.

Als vor 80 Jahren das wohl bekannteste Ensemble des Neuen Bauens und des Internationalen Stils, die Weißenhofsiedlung, unter Federführung des Werkbundes entstand, pilgerten Hunderttausende auf die nahe zum Stuttgarter Zentrum gelegene Anhöhe. Die Frage, welche Bedeutung Architektur im Kulturprozess überhaupt hat, welchen Stellenwert für die Lebensentwürfe der Menschen und ihr politisches Gemeinwesen, wurde nie wieder so leidenschaftlich diskutiert wie damals.

Das hatte Konsequenzen eigener, immer deutlicher auch politisch und weltanschaulich artikulierter Art. Die „Baukultur“, wie ein Nachrichtenblatt ausgerechnet der Modernisierungsgegner ab 1930 hieß, geriet zwischen die sich radikalierenden Fronten, ja, war selbst Teil dieser Fronten. Sachlichkeit, Moderne, Internationaler Stil: Das galt alles als „undeutsch“ und sollte – wie es hieß – durch eine „anständige Baugesinnung“ ersetzt werden.

Die bei Durth/Sigel so detailreich ausgezogenen Linien zu diesen Konflikten werfen die Frage auf: Kann Baukultur nochmals so ins Zentrum unversöhnlicher Auseinandersetzungen, auch in der Politik und der sie tragenden Weltanschauungen, geraten? Um vorzubeugen, sollte Baukultur Teil der allgemeinen, möglichst frühen kulturellen Sozialisation sein. Baukultur könnte, mit Friedrich Schiller gesprochen, nicht der unwichtigste Teil der „ästhetischen Erziehung des Menschengeschlechts“ sein. Im abschließenden Kapitel, „Baukultur als Lernprozess“, werden hierzu viele Hinweise gegeben.

Der dritte Paradigmenwechsel liegt in den 1960er Jahren. Er führt heraus aus der „funktionalistisch vereinseitigten Moderne“ (S. 723). Die Stichworte heißen: Demokratie als Bauherr; Partizipation; Interdisziplinarität. Grundlagen der Soziologie und Sozialpsychologie – man denke an Hans Paul Bahrdt oder Alexander Mitscherlich – wurden zu Elementen der Baukultur. Zum Paradigmenwechsel gehörten auch die Politisierung der Stadtplanung, die Proteste gegen Profitopolis und die kapitalistische Stadt.

Irgendwann habe sich erneut die Frage gestellt: „Was ist eigentlich modern?“ (S. 15). Es war offenkundig, dass für viele Lebensbereiche die gängigen Normen versagten und die meisten sozialwissenschaftlichen Interpretationen hinter der Wirklichkeit herhinkten, z.B. in der Klassen- und Schichtanalyse. Die Postmoderne in der Philosophie und Architekturtheorie schien eine Antwort zu geben. Zustimmend werden die Soziologen Ulrich Beck und Anthony Giddens zitiert, dass nicht von einer Post-

moderne zu sprechen sei, sondern von einer Zeit, „in der sich die Konsequenzen der Moderne radikaler und allgemeiner auswirken als bisher“ (Giddens) - ein Charakteristikum der von Beck/Giddens so genannten „reflexiven Moderne“.

Drei kleine Anmerkungen führen zum Ende dieses Kommentars. Spricht man von Baukultur vom Kaiserreich bis in die Gegenwart, so ist eine Referenz an den *genius loci*, unseren Veranstaltungsort, die Akademie der Künste am Pariser Platz, angezeigt. In prägnanter Zusammenfassung finden Sie das im Werk selbst, ausführlicher bei Durth/Behnisch in einem schönen Dokumentarband über deren Geschichte, Bau und Umbau. Hier kommen zentrale Elemente der Baukultur zusammen: der Streit über das zu Bewahrende und den Denkmalschutz, über die Ästhetik der Fassadengestaltung und „bewahrende Rekonstruktion“, über die Berliner Bautradition und die lebhaft diskutierte Diskussion in der Bevölkerung, weit über Berlin hinaus. Gemangelt hat es hier und da an zivilisierter Streitkultur. Ich spreche bewusst von Zivilisation, um nicht alles dem überstrapazierten Begriff „Kultur“ anzuhängen. Denn eines ist klar: Wo der kulturelle oder auch der religiöse Konsens nicht mehr zureicht, hilft nur noch zivilisiertes Verhalten.

Zweitens: Solch ein Werk schreibt man nicht am Beginn einer wissenschaftlichen und praktischen Laufbahn. In der Mathematik und Physik mag das anders sein, dort ist die Nicht-Berücksichtigung des Existenten oft die Quelle von Inspiration und genialem Entwurf. Das Werk, „Baukultur. Spiegel gesellschaftlichen Wandels“, setzt die jahrzehntlang eingeübte Beherrschung eines schier unübersichtlichen Materials voraus. Das umfangreiche Kapitel über Deutschland in zwei Staaten macht das besonders deutlich. Ohne die großen Dokumentarbände von Durth, Düwel und Gutschow über Architektur und Städtebau in der DDR wäre das kaum möglich gewesen.

Abschließen möchte ich mit dem Hinweis der Autoren, dass das aus historischen Gründen jahrzehntlang gemiedene Wort „Baukultur“ seit der deutschen EU-Ratspräsidentschaft im Jahr 2007 in die internationale Diskussion eingegangen ist und – wie man ergänzen könnte – zusammen mit Kindergarten, Heimat und Zeitgeist - auch andere Sprachen bereichert. Das vorliegende Werk von Werner Durth und Paul Sigel wird diesen Rezeptionsprozess verstärken. Nicht der geringste Lohn würde sein, dass es selbst als ein Element der reflexiven Moderne, mit positiven Rückwirkungen auf die Baukultur, wahrgenommen wird.

Heike Delitz

Soziologische Analysen des aktuellen Städtebaus *Tagungsbericht*

Der dritte Workshop der AG Architektursoziologie¹ – und die mittlerweile sechste Veranstaltung zur Architektursoziologie in der Deutschen Gesellschaft für Soziologie – widmete sich den aktuellen Trends vor allem des bundesdeutschen Städtebaus. Am auffälligsten ist das Phänomen der *Rekonstruktion* historischer Gebäude oder ganzer Stadtkerne. Im Ausgang vom Erfolgsfall der Dresdner Frauenkirche hat die Bundesrepublik eine Rekonstruktionswelle erfasst. Und über die BRD hinaus ist ein Rekonstruktionsbegehren auch in den osteuropäischen Staaten sowie in Russland zu beobachten; aber auch vereinzelt in Frankreich und Großbritannien. Demgegenüber stehen weltweit zwei weitere Trends in Architektur und Städtebau: die *Konstruktion* von Millionenstädten, die vor allem in China wie Pilze aus dem Boden schießen, und die *Dekonstruktion* als Resonanz machende, nachgefragte Formensprache der aktuellen, zeitgenössischen Architektur, neben der Dekonstruktion im Sinne der Zerstörung von Bauten insbesondere, aber nicht nur aus der DDR-Moderne.

1 Workshop „Rekonstruktion, Dekonstruktion, Konstruktion. Soziologische Analysen des aktuellen Städtebaus“ der AG Architektursoziologie der Sektionen Kultursoziologie und Stadt- und Regionalsoziologie der DGS, in Kooperation mit den Lehrstühlen Soziologie II (Richard Münch) und Philosophie II (Christian Illies) der Otto Friedrichs Universität Bamberg (8.-9. Mai 2009); Organisation: Heike Delitz, Universität Bamberg, Lehrstuhl Soziologie II; mit freundlicher Unterstützung der Zeit-Stiftung Ebelin und Gerd Bucerius.

Die Gleichzeitigkeit dieser Formensprachen und die Gleichzeitigkeit der Begehren, die dahinter stehen, verlangen nach einer soziologischen Aufklärung und ermöglichen zugleich eine Gesellschaftsdiagnose: In welcher Gesellschaft leben wir eigentlich, die sich (in Deutschland) in hoch emotionalen Debatten und mit ebenso hohem finanziellen und kognitiven Aufwand das gebaute Gesicht der Gesellschaften vergangener Jahrhunderte wiederherstellt? Und in welcher Gesellschaft leben die Menschen in Ostasien, in diesen Megastädten, die ganz im Gegenteil ein hoch konstruktives, artifiziell gebautes Gesicht haben, in denen jegliche Spur der eigenen Vergangenheit aus der Sichtbarkeit verschwindet?

Um es vorwegzunehmen: Der Workshop hatte auf diese weitreichenden Fragen keine absoluten Antworten, schließlich bedarf es dazu erst noch einiger Forschungsprojekte. Daher drehte sich die überwiegende Zahl der Beiträge um Fragen des deutschen Städtebaus und der deutschen Architektur. Und hier wiederum war (wohl nicht wirklich überraschend) das Phänomen der Rekonstruktion zentral. Zudem fand in Bamberg statt, in einer der wenigen unzerstörten deutschen Städte, so dass das Begehren nach Rekonstruktion – vielleicht aber auch nach Dekonstruktion – nahezu körperlich nachvollziehbar wurde. Dazwischen „funkten“ kreative Querschläger: etwa zur Konstruktion der Favelas oder „krisenfester Bankarchitektur“. Die Beiträge kamen aus den Disziplinen Soziologie, Architektur, Kunstgeschichte und Ethnologie.

Nun – wegen der Vielzahl sehr kursorisch – zu den einzelnen 17 Beiträgen. Es ist nicht leicht,

sie in einer Linie zusammenzufassen. Eher gab es einen frischen Mix, der in der Debatte stets erneut verbunden wurde durch die Frage nach den gesellschaftlichen Gründen und Begründungen der *Rekonstruktion* bzw. *Dekonstruktion* in den deutschen Innenstädten.

Zunächst wurde in dieser Linie in mehreren Beiträgen der Frankfurter Fall verhandelt: die Debatte um das Technische Rathaus, die historisch tief reichenden Begehren nach dem Wiederaufbau der Fachwerkbauung im historischen Stadtzentrum, die von Oliver Schmidtke (Univ. Frankfurt) als Symptom eines grundlegenden Problems mit der modernen Vergesellschaftung sichtbar gemacht wurden. Zugleich wurde die emotionale Debatte um den Wiederaufbau auch seitens der Architekten sichtbar, die in ihrem Berufsverständnis, im Kern ihres Selbstverständnisses herausgefordert sind. Markus Dauss (ebenfalls Univ. Frankfurt) betonte am Fall des Zürich-Hochhauses und des Neubaus des Mäckler-Hochhauses an derselben Stelle die affektive Dimension des Hochbaus: in einem gesellschaftsspezifischen Architekturverständnis, das der Architektur spätestens seit dem 18. Jahrhundert eine besondere emotionale Wirkung zuschreibt, deren soziale Effektivität erkennt, ständig zu steigern sucht und zu einer Emotionalisierung der Debatten führt, wie am Fall der Hochhausdebatten seit den 1920er Jahre zu beobachten ist – eine Emotionalisierung, in der sich soziale Konfliktlinien wie in einem Brennglas konstituieren und kenntlich machen. In Leipzig handelt es sich um eine etwas andere Problematik: die genaue Analyse, der tiefe soziologische Blick ist essentiell, wie die Beiträge von Thomas Schmidt-Lux und Ralph Richter (beide Univ. Leipzig) zeigten. Denn der Fall der Universitätskirche ist kein getreuer Nachbau, sondern ein Kompromiss, eine zeitgenössische Architektur in der Kubatur der historischen Bausubstanz. Und der Streit dreht sich nicht nur um die ästhetische Frage, sondern vor allem auch um die Nutzungsrechte der Räume zwischen Universität und Kirche. An diesem Gebäude kristallisieren sich Kernkonflikte der modernen Gesellschaft

insgesamt: die Trennung von Wissenschaft und Religion, Säkularem und Sakralen; weiterhin geht es aber auch um spezifische politische Fragen der Bundesrepublik wie den Umgang mit der DDR-Architektur im Streit um „Wiedergutmachung“ und Erinnerung (an derselben Stelle, an der die Kirche bis 1968 stand, hing das Karl-Marx-Relief „Aufbruch“). Insgesamt, so Schmidt-Lux, habe man es hier nicht mit einer ästhetischen Konfliktlinie zu tun, sondern mit politischen und religiösen Problematiken, die im „Medium“ Architektur verhandelt werden. Richter schlug am selben Fall vor, die aktuellen Trends zusammenzudenken: Die Gleichzeitigkeit von Rekonstruktion und Dekonstruktion (im Sinne der Avantgarde-Architektur) ist das Problem, das er mit Rekurs auf soziologische Diagnosen der Postmoderne zu beleuchten suchte; der Suche nach Identitätsräumen, von Selbststilisierungen, von Distinktion im Medium der Architektur, die aktuell offenbar verstärkt – auch zwischen den Städten – nachgefragt wird. Dabei sind die städtischen Eigenlogiken (H. Berking/M. Löw) zu beachten. Der Leipziger Fall des „Paulinum“, dieser nahezu dekonstruktivistischen Rekonstruktion, ist so gesehen Ergebnis eines ganz spezifischen Gesellschaftlichen. Silke Steets (TU Darmstadt) beobachtete gesellschaftsvergleichend und -diagnostisch ebenfalls am Leipziger Fall eine Dekonstruktion im Wortsinn: den Abriss des Brühls-Ensembles, einer privilegierten Wohnanlage aus DDR-Zeiten im Zentrum der Innenstadt, in dem es erneut um mehr als um Ästhetik geht – nämlich um die Vorstellung des „guten“ Lebens, um die städtische Einzigartigkeit, um städtische Politiken, die ein Narrativ, ein Bild von sich entfalten und deren Gebäude und Bewohner entsprechend behandeln.

Es gab zwar keinen expliziten Beitrag zu Berlin. Gleichwohl war die Schlossdebatte in der Diskussion stets präsent. Den Blick über den westeuropäischen Tellerrand bot Anamaria Depner (Bamberg) nach Timisoara, wo die rekonstruierende, EU-geförderte Denkmalpflege auf eine vollständig divergente Mentalität und

Gesellschaftsvorstellung prallt. Die Frage, die sich hier am Fall der Architektur aufdrängt, ist, mit welcher Gesellschaft man es in Rumänien zu tun hat – wo sich diese auf dem Weg vom Sozialismus zur westlichen Gesellschaft mit kapitalistischer Wirtschaftsstruktur befindet, oder besser, welchen Weg sie sich augenblicklich wählt.

Hinzu kam der theoretische fallübergreifende Abendvortrag von Joachim Fischer (Dresden/Bamberg), der sich auf zwei Fragen konzentrierte.

1. Warum gibt es in einer medial sich verestehenden Gesellschaft überhaupt Architekturdebatten? *Sozialtheoretisch* begreift Fischer Architektur als das „schwere“ gegenüber den „leichten“ Kommunikationsmedien: moderne Gesellschaft als Ko-Evolution beider Medientypen. Da die soziologische Theorie der Moderne sich notorisch nur auf die „geflügelten“ Kommunikationsmedien (Geld, Sprache, Macht) konzentrierte, falle es ihr schwer, Architekturdebatten zu entschlüsseln, in denen die moderne Gesellschaft (v.a. in ihren Generationen) im Kampf um die Form der „Baukörpergrenzen“ um ihr „Imaginäres“ ringt.

2. Warum also gibt es seit den 1990ern die Rekonstruktionsdebatte, was ist das Imaginäre der Gegenwart? *Gesellschaftstheoretisch* sei die Rekonstruktion – so Fischer – eine genuin soziale Bewegung, tief verstrickt in die europäische Revolution von 1989. Die Transformation der modernen sozialistischen Gesellschaften in moderne „bürgerliche Gesellschaften“ wurde in vielen (ost-)mitteleuropäischen Städten in der Wiederaneignung des städtischen Raumes durch Bürgerbewegungen initiiert. Westeuropa blieb davon nicht unbeeindruckt: In der Rekonstruktionsbewegung beugt sich die kontingenzbewusste „Civil Society“ offenbar in ihren Ursprung (die „okzidentale Stadt“) zurück, den sie bei aller Beschleunigung und aller Befürwortung des Neuen baulich identifizierbar zu halten sucht.

Dieser Konzentration auf die *Rekonstruktion* und darin auf einige Brennpunkte der Debatte standen einzelne, gerade im Vergleich

zur Rekonstruktionsproblematik aufschlussreiche Fälle gegenüber: zur Konstruktion und zum baulichen Wandel der Favelas in Brasilien, die jenem „wildem Denken“ folgen, das Lévi-Strauss beschrieben hatte. Es ist, wie Jan Stefan Becker (Universität Gießen) mit Rekurs auf Deleuze und Guattari ausführte, die „Behausungsmaschine“ einer schriftlosen und von Gewalt geprägten Vergesellschaftung, welche spezifische Raumnutzungsmuster, spezifische Imaginationen der Gesellschaft und spezifische Bewegungsweisen hervorruft. Für das Gebäude der „Bank of England“ in London machte Nona Schulte-Roemer (WZB) die historische Konstruktionsfunktion der Architektur sichtbar: die Vertrauensbildung in das Medium Geld durch eine monumentale, historisierende Architektur und die gleichzeitige Umwandlung der Privatbank zur Noten- und Staatsbank durch (innen-)architektonische Innovationen. Das derzeit viel besprochene Phänomen (oder Theorem) der „kreativen Stadt“ und ihrer Architektur war das Thema von Anna-Lisa Müller (Universität Konstanz) am Fall Dublins: Wie konstruiert man architektonisch eine kreative Stadt? Den unterschiedlichen Umgang mit den in den 1920er Jahren erbauten 16.000 Wohnungen Ernst Mays in Frankfurt-Römerstadt, die als Leitbauten des Wohnens und Lebens entworfen und errichtet worden waren, beobachtete Amalia Barboza (Universität Frankfurt) verbunden mit der Formulierung einer Aufgabe der Architektursoziologie, die mit zu beantworten habe, in welcher Zukunft wir leben wollen. Die aktuelle Konstruktion einer neuen „Stadtgesellschaft“ in der Hafencity in Hamburg wurde mit ähnlich kritisch-emanzipativem Impuls durch Thomas Dörfler (Universität Bayreuth) beobachtet, dabei Henri Lefebvres dreistufige Theorie der Raumwahrnehmung als Analyseinstrument vorschlagend. Den Umgang mit und die Konstruktion der ehemaligen Zonengrenze in Berlin durch die „heritage industry“ (Kulturerbe-Industrie) analysierte Sybille Frank (TU Darmstadt) anhand deren Pionierstätte des Checkpoint Charlie. Sie verband dies mit der

Kritik der Soziologie, die sich für solche Kulturerbe-Konstruktionen und die dahinter stehenden Begehren der Einzelnen nicht interessiere, sondern stets vorschnell von „Disneyfizierung“ spreche. Die These lautete: Statt mit einem öffentlichen Leitbild (etwa der Rekonstruktion) habe man es mit einzelnen Initiativen zu tun, die eine neue „Aufmerksamkeit für Orte“ in Gang setzten. Eine je interessierte Zurichtung des öffentlichen Raums konstatierte auch René Seyfarth (Leipzig), dabei „hegemoniale“ Gruppen und deren Architekturpraxis beobachtend, von denen Minderheiteninteressen ausgeblendet werden. Die Debatte um die Rekonstruktion sei demnach eine hegemoniale Debatte zwischen zwei *Gesellschaftsverständnissen*: den Gegnern der Rekonstruktion („Idealisten“), die auf Authentizität der Substanz bedacht sind, und den Befürwortern („Pragmatikern“), die auf das Erscheinungsbild der Stadt bedacht sind und sich momentan durchzusetzen scheinen. An diesen Haltungen müsse eine soziologische Kritik ansetzen, nicht an der Architektur selbst. Stefanie Duttweiler (Universität Basel) lenkte die Aufmerksamkeit auf den Fall der Rekonstruktion von Kirchen, wo es ebenfalls zwei Standpunkte gibt: zum einen die Frage der Identität des Stadtbildes und der Stadtgesellschaft, zum anderen den Standpunkt der Kirche als einem wirkmächtigen, vielleicht zentralem Symbol der okzidentalen Vergesellschaftung.

Nicht zuletzt waren die Beiträge der Architekturdiziplin instruktiv: die architekturtheoretische und architekturgeschichtlich tief verankerte Kritik des aktuellen Begehrens nach einer

Architektur der Rekonstruktion (Stefan Hajek, Au am Inn) und der ebenso kritische, exemplarische Blick auf ein neu errichtetes Firmengebäude als einer wenig nutzerfreundlichen Architektur, in der sich die globale „Netzwerkgesellschaft“ konstituiere (Christina Hilger, München). Beide Vorträge standen wohl repräsentativ für den Blick des Architekten und damit für diejenigen Fragen, die die Architektur an die Architektursoziologie (erneut) stellen wird: Gefragt sind offenbar neben der gesellschaftstheoretischen Aufklärung vor allem auch Handreichungen und Maßstäbe für das architektonische Schaffen seitens der Gesellschaftswissenschaften. Essentiell wird hier gleichwohl für die (gerade erst sich etablierende) Architektursoziologie die Kultivierung eines *analytischen* Blickes sein: die Trennung von distanzierter („werturteilsfreier“) Analyse und Kritik, gerade in den hoch emotionalen Debatten um die Architektur, von denen Soziologen unter Umständen ebenso affiziert sind wie alle anderen. Man hat sich hier nicht zuletzt das Scheitern der ersten Versuche einer expliziten Architektursoziologie in den 1970er Jahren vor Augen zu führen, als die Soziologie ihre Architekturbeobachtung und die entsprechende Kritik auf die dogmatischen, zu engen Fundamente des zeitgenössischen Neomarxismus stellte.

Der Workshop lebte von der hier nicht darstellbaren, intensiven Diskussion zum Thema, die in jedem Fall weitergeführt zu werden verdient. Eine Auswahl der Beiträge wird im Themenheft „Rekonstruktion und Dekonstruktion“ der Zeitschrift *dérive* (4/2009) erscheinen.

Otto-Borst-Preis 2010

Auslobung des Preises für Stadterneuerung

Die europäische Stadt ist ein städtebauliches, wirtschaftliches und soziales Erfolgsmodell. Gleichwohl gilt es, die vorhandene Stadt an veränderte Bedürfnisse und Anforderungen anzupassen. Planungen und Maßnahmen zur lebendigen Weiterentwicklung der alten Stadt sind besonders geeignet, um beispielhaft die Prinzipien von Stadtentwicklung im Bestand und Weiterbauen deutlich zu machen.

Die Arbeitsgemeinschaft Die alte Stadt e.V. lobt hiermit den Otto-Borst-Preis 2010 – Preis für Stadterneuerung aus. Der Name des Preises erinnert an den Historiker Prof. Dr. Otto Borst (1924 – 2001), Gründer der Arbeitsgemeinschaft und langjähriger Herausgeber der Zeitschrift „Die alte Stadt“.

Der Otto-Borst-Preis wird alljährlich ausgelobt und wechselnd als Wissenschaftspreis oder als Preis für Stadterneuerung vergeben.

1. Auslobung 2010

Für das Jahr 2009 wird der Preis für Stadterneuerung (Erhaltung, Sanierung, Umnutzung, Weiterbau) ausgelobt.

Ausgezeichnet mit diesem Preis werden beispielhafte stadtpolitisch verantwortete Maßnahmen insbesondere mit folgenden Zielen:

- ▷ behutsame Entwicklung historisch prägender Substanz
- ▷ stadtgerechte bauliche und nutzungsmäßige Sanierung
- ▷ Erfüllung der aktuellen Anforderungen an ein angemessenes Stadtleben, das dem Stadtcharakter entspricht.

Wesentliches Kriterium ist, dass ein übergeordneter städtebaulicher Zusammenhang deutlich zu erkennen ist, der dem Leitbild der klassischen europäischen Stadt entspricht.

Dabei können sowohl Maßnahmen bezüglich erhaltenswerter Einzelobjekte als auch die Resultate innerstädtischer strukturell übergreifender Planungskonzepte als preiswürdig gelten.

Einzelne neue Architekturleistungen ohne konsequenten städtebaulichen Kontext stehen allerdings ebenso wenig im Mittelpunkt der Preisvergabe, wie die speziellen Fachleistungen restauratorischer Sanierungsmaßnahmen. Vielmehr sollen jene Projekte gewürdigt werden, die durch bedachte Stadtpolitik baulich, stadträumlich und von der Nutzung her zum Erhalt und zur zeitgemäßen Fortschreibung der jeweiligen historischen Stadtpersönlichkeit als einem gesellschaftlich, kulturell, wirtschaftlich und sozial erstrebten und akzeptierten Lebensraum beitragen.

Teilnahmeberechtigt sind Bauherren in allen Städten im deutschsprachigen Raum, die in kommunaler Verantwortung oder als private Bauherren Leistungen im Sinne der Ausschreibung vorweisen können. Der Abschluss der eingereichten Maßnahme sollte nicht länger als drei Jahre zurückliegen.

2. Einzureichende Unterlagen

Zur vergleichbaren Beurteilung der Maßnahme sind die einzureichenden Unterlagen zu begrenzen. Dies hält auch den zusätzlichen Aufwand für die Bewerber gering. Die Maßnahme sollte im Kontext der Stadtpersönlichkeit dargestellt werden. Das eingereichte Projekt ist auf höchstens zwei Plänen DIN A 3 darzustellen, zusätzliche verbale Erläuterungen sollten auf zwei DIN A 4-Seiten beschränkt werden. Weitere vorhandene Unterlagen wie Vorbereitende Untersuchungen, Rahmenpläne, Übersichtspläne, Sanierungsberichte usw. können ergänzend beigelegt werden, sofern sie das Projekt im

der Auslobung weiter erläutern. Die Unterlagen sollen den Umgang mit dem geschichtlich überkommenen Stadtbestand bzw. mit der historisch geprägten Bausituation sowie die nutzungsbedingten baulich-gestalterischen Veränderungen bzw. die ergänzenden Neubauten zur Würdigung nachvollziehbar machen.

Es ist vorgesehen, bei Erfordernis eine enge Wahl zu bilden, deren Projekte vertieft betrachtet werden.

3. Preisvergabe

Über die Preisvergabe entscheidet eine unabhängige, fachlich qualifizierte Jury aus dem Kreis der Arbeitsgemeinschaft „Die alte Stadt“:

Herr MARTIN RICHARD, Bürgermeister, Limburg an der Lahn – Dipl.-Ing. RAINER BRUHA, Dezernent für Stadtentwicklung i.R., Freiberg/Sachsen – Dipl.-Ing. Arch. JULIUS MIHM, Leiter Stadtplanung und Vermessung, Ludwigsburg – Architekt WOLFGANG GRIESERT, Vor-

stand für Städtebau und Umwelt, Osnabrück – Dipl.-Ing. Architekt WERNER WEISS, Wangen im Allgäu.

Zur Vergabe des Preises lädt der Auslober den oder die Preisträger zu der von ihm veranstalteten internationalen Städtetagung ein, die im Frühjahr 2010 in der Stadt Limburg an der Lahn stattfindet. Dabei stellen Vertreter des Preisträgers die ausgezeichnete Maßnahme im Rahmen der Internationalen Städtetagung vor.

Die Unterlagen sind bis zum 31. Dezember 2009 einzureichen an:

Die alte Stadt e.V.
Stichwort „Otto-Borst-Preis 2010“
Ritterstraße 17, 73728 Esslingen am Neckar.

Persönliche Auskunft erteilt:

Dipl.-Ing. RAINER BRUHA, Brückenstraße 7B,
09599 Freiberg, Tel. +49 3731 696028,
E-mail: bruharainer@web.de

Besprechungen

BERND FUHRMANN, *Die Stadt im Mittelalter*, Stuttgart: Theiss 2006, 128 S. zahlr. Abb., € 24,90.

Die mittelalterliche Stadt ist – man fragt sich ein wenig, warum ausgerechnet momentan – wieder interessant. Neben der Studieneinführung von Felicitas Schmieder und der beachtlichen, durchaus nicht minder breitenkompatiblen Quellensammlung von Evamaria Engel und Frank-Dietrich Jacob ist die Darstellung Bernd Fuhrmanns nun die dritte Neuerscheinung der letzten zwölf Monate, die sich diesem Thema zuwendet. Die überarbeitete Neuauflage von Eberhard Isenmanns „Deutsche Stadt im Spätmittelalter“ ist bereits angekündigt, so dass dem freudig Erstaunten eigentlich nur noch zu fragen bleibt, wann die Klassiker von Ennen und Boockmann einen Neudruck erleben, um den Reigen zu komplettieren.

In diesem breiten Angebot von Überblicksdarstellungen muss sich Fuhrmanns neuer Band positionieren. Als Studienbücher sind die kompakte Einführung von Schmieder oder das umfangreichere Handbuch von Isenmann sicher vorzuziehen; die gesättigte Quellenfülle von Engel/Jacob wird sicher so bald nicht zu erreichen sein. Das Publikum des vorliegenden Bandes wird nirgends explizit angesprochen. Es ist aber sicherlich ein anderes als das der genannten Werke, wendet sich der Band doch offenbar eher dem viel berühmten „interessierten Laien“ zu, setzt also auf Anschaulichkeit und verständliche Darstellung, eben – wie Fuhrmann es selbst formuliert – auf „Mut zur Lücke“ und die „großen Linien“. Diese spannt der Vf., der sich bereits durch eine Reihe kleinerer Publikationen als Kenner mittelalterlicher Stadtgeschichte ausgewiesen hat, in der Tat durchaus anschaulich von den Bischofsstädten als große Kontinuitätslinie

aus der Spätantike ins Frühmittelalter bis zu den sozialen Ausdifferenzierungen in den Städten des Spätmittelalters. Im Mittelpunkt steht dabei deutlich die Entwicklung im Reich; die Behandlung der oberitalienischen Kommunen sowie der Handelszentren in Flandern erfolgt nur exkursorisch. Begleitet wird die Darstellung von einer Vielzahl qualitativ hochwertiger Farbfotografien. Viele davon zeigen moderne Ansichten mittelalterlicher Städte, die eher an Urlaubsfotos erinnern mögen, zumal – freilich der Sache nach nahe liegend – nicht immer ein direkter Bezug zum Text gegeben ist. Hinzu treten aber auch Abbildungen mittelalterlicher Gebrauchsgegenstände, Handschriftenreproduktionen und andere Bildquellen, die einen illustrativen Eindruck vom mittelalterlichen Stadtleben vermitteln sollen und das mehrheitlich auch füglich tun. Umso bedauerlicher ist es da, dass weder in den Beischriften noch im Bildnachweis am Ende des Bandes die eigentlichen Bildquellen, also die Handschriften, Gebäude oder Mobilien, aus oder von denen jene Abbildungen übernommen worden sind, nachgewiesen werden.

Seinen Stoff weiß Fuhrmann durchaus souverän darzulegen, sodass der Band in seinen rund 120 Seiten tatsächlich einen ersten Eindruck vom Werden der deutschen Städte bis zum Vorabend der Neuzeit vermitteln kann. Mehr als ein Eindruck freilich wird es auch nicht werden, der im Gegensatz zu den bereits vorliegenden Handbüchern auf dieser Grundlage auch eher schwerlich zu systematisieren sein dürfte. Der Anlage nach ist das aber auch nicht Ziel des Bandes. Der „private“ Leser hingegen wird Fuhrmanns Arbeit sehr zu schätzen wissen, denn die Kost dürfte für viele Mägen um einiges leichter verdaulich sein als manch andere, gewichtigere Darstellung. Um den üblen Nachgeschmack populärer Wissenschaftsver-

flachung muss der Leser bei diesem Band mit-
hin keine Sorge haben.

Hiram Kümper, Bochum

ANNE-KATHRIN REICH, *Kleidung als Spiegelbild sozialer Differenzierung. Städtische Kleiderordnungen vom 14. bis zum 17. Jahrhundert am Beispiel der Altstadt Hannover (Quellen und Darstellungen zur Geschichte Niedersachsens 125), Hannover: Verlag Hahnsche Buchhandlung 2005, 204 S., € 25,-.*

Die vorliegende Untersuchung wurde 2003 an der Universität Hannover als Dissertation abgeschlossen. Bereits in der Einleitung wird dem Leser deutlich, dass Mode und Kleidung im Spätmittelalter und der frühen Neuzeit von entscheidender Bedeutung für die Gruppenzugehörigkeit war. Kleiderordnungen regelten den Aufwand des Einzelnen an Kleidung, Material, Schmuck und Accessoires und waren ein bedeutender Teil der spätmittelalterlichen und frühneuzeitlichen Gesetzgebung. Kleiderordnungen gab es etwa seit Mitte des 12. Jahrhunderts. Sie lassen sich bis zum Übergang vom 18. zum 19. Jahrhundert feststellen. Sie wurden erlassen, um das Sozialgefüge zu regeln. Damit war Kleidung mehr als „bloße Hülle“. Im ersten Kapitel der Untersuchung geht die Verf. auf die Bedeutung der Kleidung und Mode für die Gesellschaft des späten Mittelalters und der frühen Neuzeit ein. Sie behandelt dabei die Funktionsweise der Mode und deren Beginn, ebenso die Unterschiede von bekleideten und nackten Körpern, die Kennzeichnung der Geschlechter durch die Kleidung und die soziale Verweiskfunktion derselben. Im folgenden Kapitel wendet sie sich den Kleiderordnungen des Spätmittelalters und der frühen Neuzeit zu, geht deren Entwicklung nach und zeigt den rechtshistorischen Hintergrund. Ein weiteres Kapitel widmet sich den städtischen Kleiderordnungen am

Beispiel der Altstadt Hannovers. Dort wurde 1312 die älteste bekannte und datierte Kleiderordnung im deutschsprachigen Raum erlassen, der bis 1671 dann etwa 30 weitere folgten. Die Verf. geht zuerst auf die Quellenlage der Stadt ein, um sich dann dem Aufbau der Kleiderordnungen zu widmen. Sie analysiert deren Publizität und Wirksamkeit. Danach untersucht sie Obrigkeit und Bürgerschaft im Licht der Erlasse. Das vierte Kapitel untersucht die Kleiderordnung als gesellschaftspolitisches Ordnungsinstrument der städtischen Obrigkeit, wobei sie von dem Selbstfindungsprozess der städtischen Gemeinschaft im 14. Jahrhundert über die Gliederung der Bürgerschaft im 15. und 16. Jahrhundert zur städtischen Ausdifferenzierung und dem Ende der städtischen Kleidergesetzgebung im 17. Jahrhundert gelangt. Ehe und Ehrbarkeit wurden von den Kleiderordnungen besonders herausgestellt. Das letzte Kapitel des Werkes befasst sich mit der sozialen Zuschreibung durch Kleidung und Schmuck in den Kleiderordnungen, wobei sowohl eine privilegierte als auch eine stigmatisierte Stellung innerhalb der Bürgerschaft durch die Kleidung angezeigt wurde. Diese Ergebnisse fasst die Verf. nochmals kurz zusammen und schließt ihre Untersuchung mit einem Quellen- und Literaturverzeichnis sowie mit einem Glossar mit Erläuterungen zu Stoff- und Pelzbezeichnungen. Die vorliegende Untersuchung öffnet einen Zugang zu einem bislang weitgehend verschlossen gebliebenen Kapitel der Sozial- und Gesellschaftsgeschichte, das von erheblicher Bedeutung war. Die Arbeit wird in der künftigen Forschung sicherlich öfters erwähnt werden.

Immo Eberl, Ellwangen/Tübingen

RUDOLF BENL (Hrsg.), *Der Erfurter Fürstenkongreß 1808. Hintergründe, Ablauf, Wirkung (Veröffentlichungen des Stadtarchivs Erfurt 1) Erfurt: Stadtarchiv 2008, Abb., 388 S.*

LANDESHAUPTSTADT ERFURT (Hrsg.), „...in unserer unbeschreiblich bedrängten Lage.“ *Erfurt als Domäne Napoleons 1806-1814. Katalog zur Ausstellung. Mit Beiträgen von* RUDOLF BENL *und* WALTER BLAHA, *Erfurt 2008, Abb., 166 S.,*

Im Herbst 1808 schaute Europa für zwei Wochen nach Erfurt, wo die Kaiser Frankreichs und Russlands ihr *entrevue* hatten, zu der auch andere Könige und Fürsten oder deren Gesandte herbeigeeilt waren. Napoleon wünschte von Alexander Unterstützung gegenüber Österreich und England, Alexander von Napoleon Zustimmung zu den Erwerbungen in Finnland und an der Donau. Die französische und russische, nicht weniger die sowjetische Historiographie verkannte den zäsurbildenden Rang dieser *entrevue* nie, wohl aber die deutsche, die bis heute das Treffen lediglich im Zusammenhang der französisch-russischen Beziehungen erwähnt. Demgegenüber hatte es in der lokalen Geschichtsschreibung und Erinnerungskultur stets einen bevorzugten Platz. Insofern war zu erwarten, dass die zweihundertjährige Wiederkehr der schon bald als „Fürstenkongreß“ bezeichneten Begegnung am Ort des Geschehens nicht unbeachtet bleiben würde. Ausstellungen sowie kleinere und größere Veröffentlichungen belegen es. Hier sei auf zwei vom Erfurter Stadtarchiv verantwortete, bemerkenswerte Publikationen hingewiesen. Die erste ist ein Band mit neun lokal-, diplomatie- und kulturgeschichtlich orientierten Aufsätzen. Die beiden ersten von Walter Blaha und Rudolf Benl widmen sich im Allgemeinen dem als „siebenjährige Leidenszeit“ (S. 14) charakterisierten napoleonischen Regime in der *domaine réservé à l'impéreur* und im besondern dem aus unterschiedlichen Quellen sehr detailliert und tagebuchartig zusammengestellten Verlauf des Treffens. Fünf weitere Aufsätze von Michel Kerautret, Claus Scharf, Ernst D. Petritsch, Thomas Stamm-Kuhlmann und Matthias Stickler stellen die Erwartungen und Ergebnisse aus französischer, russischer, österreichischer, preußischer und bayerischer

sowie württembergischer Sicht dar, bevor Claudia Ulbrich das Wirken der französischen Geheimpolizei untersucht und Paul Hoser die bekannte Begegnung Napoleons und Goethes zum Anlass für vergleichende und typologisierende Überlegungen zu Fürstenaudienzen jener Zeit nimmt. Leider fehlt unter den diplomatiegeschichtlichen Aufsätzen einer zur Rheinbundproblematik, die Napoleon durchaus behandelt wissen wollte, zumal der Fürstprimas Dalberg anwesend war. Der Band ist sorgfältig redigiert und mit zahlreichen instruktiven Abbildungen und einem Personenregister versehen.

Die zweite Publikation ist das Dokument einer Ausstellung des Stadtarchivs, die von August bis Oktober 2008 im Kulturhof „Zum gülden Krönbacken“ zu sehen war. Der Katalog gesellt sich zu ändern, mit denen das Archiv die von ihm veranstalteten Ausstellungen zu begleiten pflegt (vgl. *Die Alte Stadt* 1/2005, S. 84 f.). Er gliedert die französische Herrschaft der Jahre 1806 bis 1814 in sieben Kapitel, beginnend mit dem Untergang des deutschen Reichs und endend mit dem Abzug der französischen Truppen aus der Stadt. Dazwischen werden die Anfänge der Fremdherrschaft, die Verwaltung, der „Fürstenkongress“, das gesellschaftliche Leben sowie „Repression und Widerstand“ ins Bild gesetzt. Beeindruckend ist die Zusammenstellung der aus gründlicher Kenntnis ausgewählten, teilweise von weither, aus Paris und Wien, entliehenen Exponate, von denen manche, wie die Erklärung von Franz II. über die Niederlegung der Kaiserkrone (A4) sehr selten zu sehen sind. Die einzelnen Stücke werden ausführlich erläutert, auch auf bezeichnende Details wird verwiesen (C7, C9). Bedauerlicherweise trüben den wissenschaftlichen Wert des sonst sehr gelungenen Katalogs die sich durchziehenden, überdies dem Sachverhalt mitunter nicht gerecht werdenden, eine bestimmte Tendenz verfolgenden moralisierenden Wertungen, die dem Standpunkt des zeitgenössischen preußischen Patrioten entsprechen.

Erfurt, Ulman Weiß

LANDESARCHIV BERLIN (Hrsg.)/
ANDREAS MATSCHENZ (Bearb.), *Stadt-
pläne von Berlin. Geschichte vermessen
(Schriften des Landesarchivs Berlin 10)*,
Berlin: Gebr. Mann Verlag, 2006, 280 S.,
€ 49,-.

Der vorliegende Sammelband erschien aus Anlass des 80. Geburtstages von Günther Schulz am 3. Dezember 2006. Damit ehrt der Herausgeber, das Landesarchiv Berlin, die herausragenden Leistungen des mittlerweile verstorbenen Jubilars um die Erforschung der Kartographiegeschichte Berlins. Schulz, eigentlich Chemiker von Beruf, widmete einen großen Teil seines Lebens der Aufarbeitung der Berliner Stadtpläne. Seine Ergebnisse wurden erstmals 1986 („Die ältesten Stadtpläne Berlins: 1652-1757“) sowie 1998 und 2002 als Bände 3 und 4 der Schriftenreihe des Landesarchivs („Stadtpläne von Berlin 1652 bis 1920“) veröffentlicht. Rund 1.700 Pläne konnte er in Archiven, Bibliotheken und privaten Sammlungen im In- und Ausland aus diesem Zeitraum ausfindig machen. Schulz wertete die Pläne wissenschaftlich aus, kommentierte sie, stellte sie in den historischen Kontext und analysierte ihren Aussagegehalt und ihre Herstellungsverfahren. So konnte er unterschiedliche Phasen der Kartenproduktion ermitteln und nachweisen, welche Pläne lediglich kopiert wurden. Schulz stand damit in der Tradition, die Stadtarchivar Paul Clausewitz 1906 mit der Veröffentlichung eines ersten Verzeichnisses Berliner Stadtpläne begonnen und die Lothar Zögner 1979 mit den Plänen bis 1950 fortgesetzt hatte.

Der vorliegende, von Andreas Matschenz, dem Leiter der Kartenabteilung des Landesarchivs bearbeitete Band, enthält eine Ergänzung des Verzeichnisses von Schulz mit über 70 Nachträgen. In seinem einleitenden Beitrag zur Biographie von Günther Schulz schildert Matschenz diesen leidenschaftlichen Forscher, der sich trotz seiner hauptberuflichen Belastungen als Manager in der Chemischen Industrie und sehr intensiv im Ruhestand mit der syste-

matischen Erfassung dieser historischen Quelle befasst hat. Schulz zeichnete sich durch seine große Wissbegier und durch seine offene und freundliche Art aus und knüpfte schnell Kontakte zu allen wichtigen Institutionen, die über Kartenbestände verfügten.

Auch die weiteren 18 Beiträge des Sammelbandes widmen sich zum größten Teil dem Plan als einer für die Erforschung der Stadtgeschichte unverzichtbaren Quellengattung, doch werden auch andere, z.T. kaum bekannte Quellen wie Photographien, Illustrationen, Architekturzeichnungen und Aktenbestände präsentiert.

Der ehemalige Leiter des Landesarchivs, Jürgen Wetzel, schildert Entstehung und Geschichte der Kartenabteilung von 1818 bis heute. Udo Gentzen, Archivar im Brandenburgischen Landeshauptarchiv in Potsdam, präsentiert Bau- und Lagepläne aus Akten der Kurmärkischen Bauregistratur aus der Zeit zwischen 1722 und 1805. Sabine Harik stellt die Sammlung „Ansichten aus Berlin“ des Photographen Friedrich Albert Schwartz vor, die sich in der Kartenabteilung der Staatsbibliothek befindet und den Stadtbau Berlins in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts dokumentiert. Anhand einer Photographie von Schwartz aus einem 1948 vom Märkischen Museum erworbenen Album beschreibt Gerd Heinemann die Herangehensweise zur Identifikation von Architekturphotographien mit Hilfe von Stadtplänen, Bauakten sowie Adressbüchern. Der Kunsthistoriker Guido Hinterkeuser stellt das Manuskript des in mecklenburgischen Diensten stehenden Baumeisters Christian Friedrich Gottlieb von dem Knesebeck vor, der zwischen 1706 und 1707 zweimal Berlin besuchte und dort sehr akribisch, wenn auch nicht fehlerfrei, zahlreiche Gebäude und die Festungsanlagen der Stadt studierte. Laurenz Demps präsentiert 19 bisher unbekannte Entscheidungen Friedrich Wilhelms III. aus dem Geheimen Staatsarchiv zur planmäßigen Verschönerung der Straße Unter den Linden, die von der Festlegung der Bepflanzung und der Zahl der Baumreihen über die Straßenpflasterung bis zur Bebauung

mit repräsentativen öffentlichen Gebäuden und Palais reichten.

Klaus Kürvers und Michael Niedermeier stellen den Neuköllner „Wunderkreis“ vor, ein 1816 auf dem Turnplatz von Turnvater Jahn in der Hasenheide für Zwecke der körperlichen Erziehung angelegtes Labyrinth, dass nach dem Verbot öffentlicher Turnübungen 1820 eingeebnet und 1844 neu angelegt wurde. Sie zeigen Vorläufer auf und vergleichen ihn mit anderen Anlagen. Mit dem nach Plänen von Hanns Hopp entworfenen und ab 1950 in Panitzsch errichteten „Intelligenzviertel“ für die Mitglieder der politischen und geistigen Elite der DDR beschäftigt sich Ralph Hoppe. Die Kunsthistorikerin Christina Schumacher wirft einen Blick auf die Entwicklung des modernen Berliner Stadtplans als eines wichtigen Orientierungsinstrumentes für Einheimische und Touristen im „Irrgarten“ der Großstadt des späten 19. Jahrhunderts. Ab etwa 1840 mit der Lockerung der Zensur in Preußen etablierte sich in Berlin eine große Anzahl an Steindruckereien und Lithographie-Anstalten, zu denen auch die von Franz Reiterer vorgestellten drei Berliner Bilderverlage der aus Italien stammenden Unternehmerfamilie Sala gehörten, die sich auf satirische Blätter, Papierwaren und Städteansichten konzentrierte. Felix Escher macht in seinem Beitrag darauf aufmerksam, dass bis heute kein historischer Atlas von Berlin existiert, im Gegensatz beispielsweise zu Wien. Er schildert mehrere gescheiterte Vorhaben für die Erstellung eines solchen Werkes seit dem 19. Jahrhundert und erwähnt die wichtigsten veröffentlichten Atlanten mit historischen Karten. Die Entwicklung des Ostberliner VEB Landkartenverlages, bis 1953 im Besitz von Kurt Schaffmann, und seine Instrumentalisierung durch das DDR-Regime schildert Gerald Noack. An den jeweils neuen Auflagen des Stadtplanes ließ sich die politische Entwicklung in Berlin deutlich ablesen. Dies ging bis zu einer aus Moskau befohlenen bewussten Verzerrung des Stadtgebiets mit Hilfe von unterschiedlichen Maßstäben.

Der kritischen Rekonstruktion des Stadtgrundrisses als städtebaulichem Leitbild Berlins seit der IBA 1987 und v.a. seit der Wende widmet sich Harald Bodenschatz, der selbst an mehreren Projekten mitwirkte. Er analysiert die Stärken und Schwächen des 1990 erarbeiteten Regelwerks und seiner Fortführung, des Planwerks Innenstadt von 1995 und die daran anschließende Diskussion. Der allzu oft sehr rigide und rücksichtslose Umgang mit der überkommenen Architektur in Berlin hat schon zahlreiche kritische Stimmen erheben lassen. Lutz Mauersberger liefert dagegen Beispiele, wo Gebäude oder Gebäudefragmente umgesetzt wurden, wie bei der Gerichtslaube, dem Gouverneurshaus oder dem Ephraimipalais. Der stetige Abriss und Verlust der alten Bausubstanz wird auch von Elke Blauert (Kunstabibliothek) am Beispiel der Geschichte der Stuckdecke des 1934 abgerissenen Weydingerhauses thematisiert, die zunächst im Ermelerhaus eingebaut wurde, beim Abriss und Wiederaufbau dieses Gebäudes 1967 an anderer Stelle jedoch verloren ging. Der Beitrag des Architekten York Stuhlemmer beschäftigt sich mit dem Abriss zahlreicher beschädigter, aber wiederaufbaufähiger Gebäude im Stadtzentrum nach 1945. Den Wiederaufbau der Kommandantur anhand von Stückvermessungs-Handrissen, den er detailliert schildert, sieht er als ersten Schritt zur Rekonstruktion des historischen Stadtgrundrisses. Jeder Historiker kennt die Schwierigkeiten der Materialsuche in den unterschiedlichen Archiven, vor allem den kleineren Archiven, deren Bestände mitunter kaum erschlossen sind. Umso wertvoller für die Forschung zur Geschichte der Berliner Grünflächen ist das von der Gartendenkmalpflege finanzierte Projekt, das Falk Wöhlmann vorstellt. Hier wurden seit den 1980er Jahren systematisch die Bestände der bezirklichen Gartenbau- bzw. Grünflächenämter sowie weiterer Archive inventarisiert und ausgewertet und Archivalienhandbücher erstellt. Dadurch lassen sich viele neue Erkenntnisse, beispielsweise über die Grünplanungen von Gustav Meyer oder die Neuvermessung Berlins ab 1876, gewinnen.

Der letzte Beitrag von Carola Gerlach beschreibt die Restaurierung des bedeutsamen, noch dem Leitbild der kompakten Stadt verpflichteten Bauungsplanes für den städtebaulichen Entwurf von Friedrichshain aus dem Jahre 1957/58. Der Plan mit der Stalinallee als zentraler Ost-West-Achse befindet sich im Landesarchiv.

Ein Personen- und Ortsregister schließlich erleichtert die entsprechende Suche. Ein eingelegetes, an einem Band befestigtes Abkürzungsverzeichnis dient zugleich als Lesezeichen. Eine etwas klarere Anordnung der Beiträge nach thematischen oder chronologischen Gesichtspunkten hätte die Übersichtlichkeit des Bandes sicherlich verbessert. Doch sind alle Beiträge lesenswert und ermöglichen gerade dem historisch interessierten, jedoch kartographisch wenig geschulten Leser einen guten Einstieg in die Materie. Der Band vermittelt einen ausgezeichneten Überblick über die ganze Bandbreite der Arbeit mit Plänen sowie auch mit Fotos und Zeichnungen von Berlin.

Thomas Wolfes, Berlin

SABINE MECKING / ANDREAS WIRSCHING (Hrsg.), *Stadtverwaltung im Nationalsozialismus. Systemstabilisierende Dimensionen kommunaler Herrschaft (Forschungen zur Regionalgeschichte 53)*, Paderborn: Schöningh 2005, 418 S., € 46,40.

In den vergangenen Jahren hat sich die Forschung zum Nationalsozialismus verstärkt der kommunalen Ebene zugewandt und die Verstrickung städtischer Verwaltungsbehörden in die verbrecherische Politik des NS-Regimes untersucht. Grundlegende Ergebnisse zu den lokalen Akteuren und der Arbeit der Stadtverwaltungen zwischen 1933 und 1945 hatten bereits 1966 Hans Mommsen über die Beamtenschaft und 1970 Horst Matzerath über die kommunale Selbstverwaltung vorgelegt. Wurde hier jedoch

noch stärker von einem Dualismus zwischen Staat und Partei, einem permanenten Konflikt zwischen den Verwaltungen und den NS-Behörden um Einfluss und Kompetenzen ausgegangen, so verweisen die jüngeren Forschungen wie der von Sabine Mecking und Andreas Wirsching herausgegebene Sammelband auf eine sehr viel stärkere Zusammenarbeit zwischen kommunalen und nationalsozialistischen Behörden. Ebenso lässt sich die These vom Druck auf die Kommunen und von der Erosion der kommunalen Verwaltung nicht länger halten. Die Herausgeber sprechen vielmehr von einer Neubewertung der Rolle der Kommunen im „Dritten Reich“. Trotz durchaus bestehender Konflikte kooperierten die Mitarbeiter der städtischen Verwaltungen insgesamt sehr intensiv mit dem NS-System und gewährleisteten so sein Funktionieren vor Ort.

Am Beispiel der Städte Augsburg, Memmingen, Gelsenkirchen, Münster, Frankfurt am Main, Leipzig und Hannover analysieren die 13 Autoren die Arbeitsweise der Behörden, ihre Tätigkeitsfelder und Handlungsspielräume. Schwerpunkte bilden die Personalpolitik und -verwaltung, Konsolidierung und Versorgung und Verfolgungsmaßnahmen.

Die personelle Situation der Verwaltungen war nach 1933 von einer bemerkenswerten Kontinuität geprägt. Umfangreiche Veränderungen waren schon aufgrund des Mangels an qualifiziertem Personal in der NSDAP die Ausnahme, oftmals wurden lediglich Regimegegner verdrängt und Spitzen- und Schlüsselpositionen besetzt. Städtische Beamte und Mitarbeiter konnten durch die Vernetzung von staatlichen und politischen Ämtern neue Handlungsmöglichkeiten erhalten, wie auch die Verwaltungen insgesamt neue Tätigkeitsfelder erhielten. Die Loyalität gegenüber dem neuen System, die „Selbst-Indienstnahme“, wurde mit einer Mischung aus Disziplinierung und Belohnung erreicht und führte letztendlich zur Herausbildung eines sehr effektiven administrativen Systems, das auch maßgeblich die Entrechtungs- und Verfolgungsmaßnahmen jüdischer und

anderer diskriminierter Mitbürger und den Einsatz von Zwangsarbeitern, in der Regel zu seinen Gunsten, organisierte. Eigenmächtiges Handeln der Städte konnte toleriert werden, solange es nicht grundlegende staatliche Maximen verletzte oder die Leistungsfähigkeit des Staates beeinträchtigte. Während des Krieges waren die Kommunen in der Lage, in Absprache mit der Partei Ressourcen zu mobilisieren und damit die Entbehrungen für die Bevölkerung zu kompensieren.

Die Beiträge des Bandes zeigen in eindrucksvoller Weise, wie sich die öffentliche Verwaltung in die arbeitsteilig organisierte Ausgrenzungs- und Verfolgungsmaschinerie einfügte und zu einer wesentlichen Säule des NS-Staates wurde, zu einem integralen Bestandteil des nationalsozialistischen Herrschafts- und Terrornetzwerkes. Die Städte im NS-Staat trugen erheblich zur Stabilisierung des Systems bei.

Aus dem Umfeld der Autoren des Sammelbandes sind mittlerweile weitere Studien erschienen, so vor allem: Rüdiger Fleiter, Stadtverwaltung im Dritten Reich. Verfolgungspolitik auf kommunaler Ebene am Beispiel Hannovers (=Hannoversche Studien. Schriftenreihe des Stadtarchivs Hannover 10), Hannover: Hahn-sche Buchhandlung, 2006, 385 S., 14,80 Euro, sowie: Bernhard Gotto, Nationalsozialistische Kommunalpolitik [vgl. nachf. Besprechung].

Thomas Wolfes, Berlin

BERNHARD GOTTO, *Nationalsozialistische Kommunalpolitik. Administrative Normalität und Systemstabilisierung durch die Augsburger Stadtverwaltung 1933-1945 (Studien zur Zeitgeschichte 71), München: R. Oldenbourg 2006, VII, 476 S., ill., graph. Darst., € 69,80.*

Nimmt man Max Webers Diktum auf, dass Herrschen im Alltag primär Verwaltung bedeutet, so verdient die Organisation und Arbeit von

Verwaltungen im Nationalsozialismus besondere Beachtung. Die vergangenen Jahre verzeichneten nun einen erfreulichen Zuwachs an regional- und lokalhistorischen Studien zu diesem Thema; und so kann Bernhard Gotto mit seiner Studie zu Augsburg nicht nur auf eine hervorragende lokale Quellsituation, sondern auch auf aktuelle Forschungen aufbauen.

Mit der Stadt Augsburg nimmt sich der Autor eine Großstadt in Bayerisch-Schwaben vor, deren ausgeprägte reichstädtische Tradition sich bis in die NS-Zeit – manche behaupten sogar: bis in die Gegenwart – in den Beziehungen der lokalen sozialmoralischen Milieus untereinander oder im Selbstbewusstsein gegenüber „München“ oder „Berlin“ bemerkbar machen konnte. Als Hauptstadt des Gaus Schwabens kam ihr eine administrative Rolle für Partei und Staat zu. Mit dem Ausbau als Rüstungsstandort (MAN, Messerschmitt) eröffneten sich einerseits beschäftigungspolitische Möglichkeiten, andererseits aber auch wirtschaftspolitische Konflikte und, mit dem Ausbruch des Krieges, eine prekäre Gefahrenlage.

Der Autor macht sich daran, einige liebge-wonnene Thesen zur NS-Verwaltung in Frage zu stellen. So stellt er zunächst fest, dass die Kommunalverwaltung im vorliegenden Fall durchaus ein „ernstzunehmender und eigenständiger Akteur“ (S. 1) gewesen sei. Ihn interessiert zudem weniger der lange dominante Fokus auf den permanenten administrativen „Ausnahmezustand“ zwischen 1933 und 1945, auch nicht die vielbeschworenen personellen Kontinuitäten in der Verwaltung oder ihre vielfältigen Pressionsformen. Er stellt den vermeintlich improvisierten und willkürlichen Charakter der NS-Herrschaft in Frage und formuliert dagegen eine „spezifische administrative Normalität“ als Leitbegriff. Er sucht somit nach dem Rationalen und Regelhaften in der Kommunalverwaltung, arbeitet ihre politische Anpassungsfähigkeit und ihre proaktive Bereitschaft heraus, Staat und Partei „entgegenzuarbeiten“ (Gotto transportiert hier die Formulierung Ian Kershaws auf die lokale Ebene). Nur so sei es

möglich gewesen, dass die Stadtverwaltung bis in den Krieg hinein und bis zum Zusammenbruch eine effektive Stütze der Diktatur bleiben konnte. Dass die Verhältnisse in Augsburg sich so gestalteten, hatte vor allem auch damit zu tun, dass wichtige Entscheidungsträger, namentlich Gauleiter Karl Wahl und Oberbürgermeister Josef Mayr, selbst aus der Verwaltung kamen und eine Politik praktizierten, die Gotto als „schwäbische Variante“ des Nationalsozialismus charakterisiert. Diese habe sich auszeichnet durch eine verhältnismäßig große Konsensorientierung in Konflikten (etwa mit den Kirchen) und eine eher lose ideologische Bindung an den Nationalsozialismus.

Das Handeln dieser Verwaltung untersucht er detailliert anhand ihrer Reorganisation ab 1933, an der Struktur-, Bau- und Sozialpolitik sowie der Arbeit unter den Kriegsbedingungen ab 1939. Hier sah sich die Verwaltung nicht nur mit einer starken Personalreduzierung durch Einberufungen konfrontiert; viele Friedensaufgaben kamen in Fortfall, während andere, etwa in den Bereichen Ernährung, Wirtschaft, Fürsorge und Unterhalt, an Bedeutung gewannen. Die Stadt wurde nicht nur Teil der propagandistisch orchestrierten „Heimatfront“; sie sollte auch bald schon selbst vom Krieg getroffen wer-

den. Seit spätestens 1943 wurde Augsburg zum regelmäßigen Ziel alliierter Luftangriffe, die am 25./26.02.1944 in der weitgehenden Zerstörung der an frühneuzeitlichen Bauten reichen Innenstadt gipfelten. In der Endphase des NS-Regimes hatten Gauleiter und Oberbürgermeister zweifellos eine wichtige Rolle bei der friedlichen Übergabe der Stadt an die anrückende US-Armee gespielt, ein Befund, mit dem Gotto frühere Forschungen noch einmal bestätigt.

War also Augsburg und seine Stadtverwaltung ein Fall von „Nationalsozialismus mit menschlichem Antlitz“? Sicher nicht, denn auch diese Verwaltung war vollständig in die Entrechtung und Verfolgung von Andersdenkenden und Minderheiten eingebunden. Dieser Umstand mag in der vom Autor gewählten Herangehensweise manchmal zu kurz kommen. Doch wer den tatsächlichen Grad der Ideologisierung der Akteure und die Spielräume im administrativen Handeln konkreter bestimmen will, muss nun eben die Ergebnisse des Buches mit anderen lokalen bzw. regionalen Fallbeispielen vergleichen. Hierfür bietet die flüssig geschriebene Studie eine Fülle von neuem Material und prägnanten Thesen.

Markus Pöhlmann, München

Vierteljahresschrift
für Stadtgeschichte,
Stadtsoziologie, Denkmalpflege
und Stadtentwicklung



36. Jahrgang

2009

BAG - Verlag

Inhaltsverzeichnis 36. Jahrgang 2009

Die alte Stadt

Vierteljahresschrift für Stadtgeschichte,
Stadtsoziologie, Denkmalpflege und Stadtentwicklung

Herausgegeben von der Arbeitsgemeinschaft Die alte Stadt
in Verbindung mit Gerd Albers, Helmut Böhme, August Gebeßler †,
Friedrich Mielke, Jürgen Reulecke, Erika Spiegel und Jürgen Zieger

Redaktionskollegium:

HANS SCHULTHEISS (Chefredakteur) -
Dr. Nina Ehresmann (Besprechungen)

PROF. DR. HARALD BODENSCHATZ, TU Berlin,
Institut für Soziologie - PROF. DR. DIETRICH
DENECKE, Universität Göttingen, Geographisches
Institut - PROF. DR. ANDREAS GESTRICH,
Deutsches Historisches Institut, London -
PROF. THERESIA GÜRTLER BERGER, Zürich -
PROF. DR. TILMAN HARLANDER, Universität
Stuttgart, Institut Wohnen und Entwerfen -
PROF. DR. JOHANN JESSEN, Universität Stuttgart,
Städtebau-Institut - PROF. DR. URSULA VON PETZ,
RWTH Aachen - VOLKER ROSCHER, Architektur
Centrum Hamburg - PROF. DR. JOACHIM
SCHULTIS, Heidelberg - PROF. DR. DIETER
SCHOTT, TU Darmstadt, Institut für Geschichte -
PROF. DR. HOLGER SONNABEND, Universität
Stuttgart, Historisches Institut.

Redaktionelle Zuschriften

und Besprechungsexemplare werden an die
Redaktionsadresse erbeten:
Die alte Stadt, Postfach 100355, 73728 Esslingen.
Tel.: 0711 - 3512-3242, Fax: 0711 - 3512-2418.
Email: Hans.Schultheiss@esslingen.de
Internet: <http://www.alte-stadt.de>

Die Zeitschrift Die alte Stadt ist zugleich Mit-
gliederzeitschrift der ca. 110 Städte umfassenden
Arbeitsgemeinschaft Die alte Stadt e.V.

Erscheinungsweise:

jährlich 4 Hefte zu je mind. 88 Seiten.

Bezugsbedingungen:

Jahresabonnement EUR 85,- Einzelheft EUR 24,-
Vorzugspreis für Studierende EUR 64,- jeweils
zzgl. Versandkosten.

Ein Abonnement gilt, falls nicht befristet bestellt,
zur Fortsetzung bis auf Widerruf. Kündigungen
des Abonnements können nur zum Ablauf eines
Jahres erfolgen und müssen bis zum 15. November
des laufenden Jahres beim Verlag oder der Redak-
tion der Arbeitsgemeinschaft Die alte Stadt einge-
gangen sein.

Verlag:

Bernhard Albert Greiner Verlag (BAG-Verlag),
Olgastraße 13, 73630 Remshalden.
Tel.: 07151/2766-45, Email: info@bag-verlag.de
Anzeigenleitung: Dr. Claudia Greiner

Mit Namen gekennzeichnete Beiträge geben nicht
unbedingt die Meinung der Redaktion wieder.
Redaktion und Verlag haften nicht für unverlangt
eingesandte Manuskripte. Die der Redaktion an-
gebotenen Originalbeiträge dürfen nicht gleich-
zeitig in anderen Publikationen veröffentlicht
werden. Mit der Annahme zur Veröffentlichung
überträgt der Autor der Arbeitsgemeinschaft Die
alte Stadt und dem Verlag das ausschließliche Ver-
lagsrecht für die Zeit bis zum Ablauf des Urheber-
rechts. Eingeschlossen sind insbesondere auch das
Recht zur Herstellung elektronischer Versionen
und zur Einspeicherung in Datenbanken sowie das
Recht zu deren Vervielfältigung online und offline.
Alle in dieser Zeitschrift veröffentlichten Beiträge
sind urheberrechtlich geschützt. Kein Teil der
Zeitschrift darf außerhalb der engen Grenzen des
Urheberrechts ohne schriftliche Genehmigung des
Verlags in irgendeiner Form reproduziert oder in
eine von Maschinen, insbesondere von Datenver-
arbeitungsanlagen verwendbare Sprache über-
tragen werden.

Druck: Druckerei Dünnbier, Großschönau

© 2009 BAG-Verlag, Remshalden
Printed in Germany. ISSN 0170-9364

Inhaltsverzeichnis 2009

THEMENHEFTE

Zur Zukunft der alten Stadt – in memoriam August Gebeßler, Heft 1/2009, hrsg. von HARALD BODENSCHATZ und HANS SCHULTHEISS, mit einem Vorwort von JÜRGEN ZIEGER	1 ff.
Suburbanisierung und Reurbanisierung – Wohnungsbau und Immobilienkrise in den USA, Heft 2/2009, hrsg. von TILMAN HARLANDER und DIRK SCHUBERT	169 ff.

ABHANDLUNGEN

ALBERS, GERD: Alte Stadt und neue Zeit	15
ANACKER, KATRIN B./CARR, JAMES H.: Die Immobilienkrise in den USA: Ursachen, Auswirkungen und ein vorläufiger Ausblick	283
ARNDT, LUCIE-PATRIZIA: Washington D.C. – Die Kontroverse um eine republikanische Hauptstadt	315
BAUHARDT, CHRISTINE: Gleichheit – Differenz – Örtlichkeit: Demokratie und öffentlicher Raum	423
BODENSCHATZ, HARALD/SCHULTHEISS, HANS: Abschied von August Gebeßler	7
BRICHETTI, KATHARINA: 100 Jahre Futurismus – gebaute und gescheiterte Realität totaler Beschleunigung	383
FÖBKER, STEFANIE: Selektive Abwanderung oder Umzugschancen für alle? Eine Fallstudie zu innerstädtischen Wanderungen unter Schrumpfungsbedingungen	447
GÖTZ, THOMAS: Provinzialisierung als Verbürgerlichung? Die Residenzstadt Neuburg an der Donau zwischen Alteuropa und moderner Welt (1750-1850)	329
GREIFFENHAGEN, SYLIA: Die Stadt in ihrer Bedeutung für Kinder. Spiel, Erlebnis und Sozialisation	106
HÄFNER, MARKUS: Der Wiederaufbau der deutschen Mittelstädte nach 1945 und seine Bedeutung für die heutige Stadtplanung am Beispiel Hanau	461

HARLANDER, TILMAN: Suburbs, Sun Cities und Gated Communities. Krise und Fragmentierung im Sunbelt der USA	177
JESSEN, JOHANN/MAYER, HEIKE: Vorsprung durch Planung – Portland, Oregon	263
JESSEN, JOHANN/SCHNEIDER, JOCHEM: Wohnscheiben, Bürotürme, Schulzentren und andere Altbauten. Neue städtebauliche Schwer- punkte für Umnutzung und Umbau	77
KALTENBRUNNER, ROBERT: Die Zeit bedenken – zum Wechselspiel von Architektur, Urbanismus und Temporalität	435
KRISCH, RÜDIGER: Levittown Reloaded. Privater Wohnungsbau „von der Stange“ in Long Island / New York	235
MEIER, HANS-RUDOLF: Paradigma oder die Büchse der Pandora? Die Frauenkirche – oder wie Dresden zum Zentrum der gegenwärtigen Rekonstruktionswelle wurde	59
MÜLLER, HANSRUEDI: Altstädte als gewachsene Erlebniswelten.....	115
PEHNT, WOLFGANG: Ein Ende der Wundpflege? Veränderter Umgang mit alter Bausubstanz	25
PODRECCA, BORIS: Der öffentliche Raum – Hier oder irgendwo?	415
RICHTER, BIRGIT: Ostdeutsche Eigenheimsiedlungen der 1970er und 1980er Jahre: Abriss der Vergangenheit oder Vergangenheit mit Zukunft?	354
RODENSTEIN, MARIANNE: Vergessen und Erinnern der im Zweiten Weltkrieg zerstörten Frankfurter Altstadt. Ein Beitrag zur politischen Produktion eines Stadtbildes	45
RUGGERI, DENI: Rückblick auf die städtebauliche Utopie der New Town Irvine	247
SCHUBERT, DIRK: „City of the future“: Modellstadt Greenbelt – Maryland	215
STUART, JOHN: Sozialer Wohnungsbau für farbige Bevölkerungsgruppen: Liberty Square in Miami	199
TESSIN, WULF: Die unerwünschte Moderne. Landschaftsarchitektur zwischen professioneller Ästhetik und Laiengeschmack	372
ZWANZIG, GÜNTER W.: Altstadtsanierung und Denkmalpflege in Weißenburg 1972-1984	88

AUTORINNEN / AUTOREN 164, 307, 390, 475

FORUM

ALTROCK, UWE: Höhepunkt der Moderne oder Wende zur Nachmoderne? Die „autogerechte Stadt“ von Hans Bernhard Reichow – 50 Jahre danach neu gelesen	476
BIGALK, RINGO: „immer mit der Ruhe...“	391
BODENSCHATZ, HARALD: Perspektive „Nachhaltiger Städtebau“ XVI. Kongress des New Urbanism in Austin, Texas	297
BÖHME, HELMUT: Jenseits der Architektur. Die „Alte Stadt“ im Wandel und die aktuelle Frage: Wo bleibt ihre Baukultur?	141
BREUER, TILMAN / STROBEL, RICHARD: Schriftenverzeichnis August Gebeßler	163
DELITZ, HEIKE, Tagungsbericht: Soziologische Analysen des aktuellen Städtebaus	485
HARLANDER, TILMAN: Neues Stadtwohnen – Luxusquartiere und Armutsinseln?	134
JESSEN, JOHANN: Otto-Borst-Preis 2009. Vergabe des Wissenschaftspreises in St. Pölten/Österreich	394
MARTIN, DIETER: Zum Verständnis des rechtlichen Ensembleschutzes. „Ursachen und Gefahren für die Erhaltung“	148
SCHÄFFERS, BERNHARD: Baukultur und gesellschaftlicher Wandel. Kommentar zu einer aktuellen Neuerscheinung	481
SPIEGEL, ERIKA: Stadtmachen.eu – wohin des Weges? Von der Konvergenz zur Divergenz von Standort, Funktion und Gestalt	155
SPIEGEL, ERIKA: Gerd Albers zum 90. Geburtstag	411
VON PETZ, URSULA: Historische Stadt- und Verkehrsplanung in Nürnberg	127

BESPRECHUNGEN

BENL, RUDOLF (Hrsg.): Der Erfurter Fürstenkongreß 1808 (<i>Ulman Weiss</i>)	492
BOYLE, T.C.: Die Frauen [Roman] (<i>Dirk Schubert</i>)	308

DÜWEL, JÖRN / GUTSCHOW, NIELS: Fortgewischt sind alle überflüssigen Zutaten: Hamburg 1943: Zerstörung und Städtebau (<i>Erika Spiegel</i>).....	401
FUHRMANN, BERND: Die Stadt im Mittelalter (<i>Hiram Kümper</i>).....	491
FUHRMEISTER, CHRISTIAN u.a. (Hrsg.), „Führerauftrag Monumentalmalerei“. Eine Fotokampagne 1943-1945 (<i>Stefan Hörner</i>)	406
GOTTO, BERNHARD: Nationalsozialistische Kommunalpolitik. Administrative Normalität und Systemstabilisierung durch die Augsburger Stadtverwaltung 1933-1945 (<i>Markus Pöhlmann</i>)	497
GRAN TORINO [Spielfilm], Regie: CLINT EASTWOOD (<i>Thomas Jocher</i>).....	309
HASCHER, MICHAEL: Politikerberatung durch Experten. Das Beispiel der deutschen Verkehrspolitik im 19. und 20. Jahrhundert (<i>Antjekathrin Graßmann</i>)	405
HUBER, NICOLE / STERN, RALPH: Urbanizing the Mojave Desert (<i>Clemens Zimmermann</i>)	310
JESSEN, JOHANN / MEYER, UTA MARGARETE / SCHNEIDER, JOCHEM: stadtmachen.eu (<i>Christina Simon-Philipp</i>)	403
LANDESARCHIV BERLIN (Hrsg.): Stadtpläne von Berlin. Geschichte vermessen (<i>Thomas Wolfes</i>).....	494
LANDESHAUPTSTADT ERFURT (Hrsg.): „in unserer unbeschreiblich bedrängten Lage“. Erfurt als Domäne Napoleons 1806-1814 (<i>Ulman Weiss</i>).....	493
LÖFFLER, SIGMAR: Geschichte der Stadt Waltershausen (<i>Ulman Weiss</i>).....	398
MECKING, SABINE / WIRSCHING, ANDREAS (Hrsg.): Stadtverwaltung im Nationalsozialismus. Systemstabilisierende Dimensionen kommunaler Herrschaft (<i>Thomas Wolfes</i>)	496
REICH, ANNE-KATHRIN: Kleidung als Spiegelbild sozialer Differenzierung. Städtische Kleiderordnungen vom 14. bis zum 17. Jahrhundert am Beispiel der Altstadt Hannover (<i>Immo Eberl</i>)	492
SCHÜRMAN, SANDRA: Dornröschen und König Bergbau (<i>Clemens Zimmermann</i>).....	399
WITTEK, GUDRUN: concordia magna. Der Magedeburger Stadtfrieden vom 21. Januar 1947 (<i>Immo Eberl</i>).....	397
WOLFRAM, HERWIG (Hrsg.): Quellen zur Salzburger Frühgeschichte (<i>Immo Eberl</i>)	398